

STATISTISCHE BERICHTE

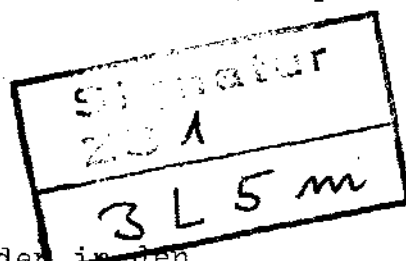


Arbeits-Nr. VII/44/5
Wiesbaden, den 13. April 1957
13. APR. 1957

Herausgeber: Statistisches Bundesamt / Wiesbaden

Arb.Nr. VII/44/5

Erschienen am 3. April 1957



Die Finanzen der Kleingemeinden in den
Rechnungsjahren 1949 bis 1954

(6150) J

Nachdruck - auch auszugsweise -
nur mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt

Seite

A. Gesamtübersicht

1. Zahl und Bevölkerung der Kleingemeinden 3
2. Ausgaben und Einnahmen der Kleingemeinden 6

B. Die Ausgaben der Kleingemeinden

1. Bruttoausgaben nach Aufgabengebieten 9
2. Regionale Unterschiede 12
3. Bruttoausgaben nach Ausgabearten 14
4. Eigenausgaben 16

C. Die Einnahmen der Kleingemeinden

1. Zeitliche Entwicklung 19
2. Spezielle Deckungsmittel 20
3. Allgemeine Deckungsmittel 21
4. Zuweisungen und Darlehen von Gebietskörperschaften .. 23

D. Die Kleingemeinden im kommunalen Finanzausgleich

1. Allgemeines 25
2. Allgemeine Deckungsmittel, Finanzzuweisungen
und Umlagen 26
3. Spezieller Finanzausgleich
 - a) Schulwesen 29
 - b) Straßen- und Wegewesen 32
 - c) Fürsorge 34
 - d) Gemeinschaftsaufgaben zusammen 35
 - e) Übrige Verwaltungszweige und Kämmererverwal-
tungen insgesamt 37
4. Ergebnis des kommunalen Finanzausgleichs 41

Vorbemerkung

Finanzbedarf und Finanzkraft der kleinen kommunalen Körperschaften haben seit der Währungsumstellung eine Entwicklung genommen, die in manchem von den weithin bekannten Entwicklungslinien bei den großen kommunalen und den staatlichen Körperschaften abweicht. In der letzten Zeit sind diese Angaben wiederholt Gegenstand der öffentlichen Diskussion gewesen, so im Zusammenhang mit der Senkung der Gewerbesteuer und der Ausdehnung des Rechts zur Erhebung von Konzessionsabgaben auf Gemeinden mit weniger als 3 000 Einwohnern. Die durch Bundesgesetz vom 5. Oktober 1956 angeordnete Gewerbesteuersenkung wird für eine große Zahl kleiner Gemeinden in den nächsten Jahren einschneidende Veränderungen der Einnahmenstruktur zur Folge haben, die eine Neuordnung der Verteilung von Aufgaben und Deckungsmitteln für die Kleingemeinden notwendig machen werden. Der vorliegende Bericht widmet deshalb der Bedeutung des kommunalen Finanzausgleichs für die Kleingemeinden einen besonderen Abschnitt, der besonders auf die Unterschiede zwischen den Ländern eingeht.

Da die jährlichen Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes¹⁾ die Größenklasse "Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern" nicht gesondert darstellen, werden im Anhang die Ergebnisse der Finanzstatistik für diese Körperschaften in der Form des Veröffentlichungsschemas der Finanzstatistik gebracht.

Abweichend von dem sonst in der Statistik üblichen Gliederungssystem sind in dieser Arbeit die Länder in ihrer Reihenfolge nach der Einwohnerzahl geordnet, damit diejenigen Unterschiede der Finanzmasse, die nur durch verschiedene Einwohnerzahl bedingt sind, leichter erkennbar werden.

A. Gesamtübersicht

1. Zahl und Bevölkerung der Kleingemeinden

Von den rund 24 200 Gemeinden der Bundesrepublik sind in der Finanzstatistik über zwei Drittel, nämlich rund 16 600 mit einer Einwohnerzahl von weniger als 1 000 erfaßt. Sie sind in dieser Arbeit abgekürzt als "Kleingemeinden" bezeichnet.

Der Anteil der Kleingemeinden an der Gesamtzahl aller Gemeinden ist länderweise sehr unterschiedlich; er beträgt in Rheinland-Pfalz fast 80 vH, in Bayern 75 vH, in Hessen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen um 70 vH, in Baden-Württemberg 62 vH und in Nordrhein-Westfalen 45 vH.

Von den 16 600 Kleingemeinden haben 7 500, d.s. 45,3 vH, eine Einwohnerzahl zwischen 200 und 500, weitere 41,7 vH eine Einwohnerzahl zwischen 500 und 1 000; der Anteil der Gemeinden mit weniger als 200 Einwohnern beträgt im Bundesgebiet nur 13,0 vH. Innerhalb der Größenklasse der Kleingemeinden spiegeln sich die oben erwähnten regionalen Unterschiede weitgehend wider. In Rheinland-Pfalz ist der Anteil der Gemeinden mit weniger als 200 Einwohnern am höchsten, der Anteil der Gemeinden mit 500 bis 1 000 Einwohnern

1) Bände zur Statistik der Bundesrepublik Deutschland; für das Rechnungsjahr 1954 Band 164.

1. Daten zur Bevölkerungsstruktur der Kleingemeinden

Gegenstand	Jahr	Nordrhein- Westfalen	Bayern	Baden- Württemberg	Nieder- sachsen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Schleswig- Holstein	Zusammen
A. Zahl der Gemeinden insgesamt	1954	2 383	7 121	3 382	4 271	2 706	2 520	1 395	24 178
darunter: Kleingemeinden	1954	1 070	5 330	2 088	2 957	1 897	2 332	965	16 639
Anteil der Kleingemeinden in vH	1954	44,9	74,8	61,7	69,2	70,1	79,9	69,2	68,8
Von den Kleingemeinden gehörten zur Größenklasse (in vH 1))									
Gemeinden mit weniger als 200 Einw.		13,1	10,8	6,4	12,0	15,8	23,8	9,7	13,0
200 bis unter 500 Einw.	1950	36,4	49,4	43,4	43,4	43,5	46,3	44,4	45,3
500 bis unter 1 000 Einw.		50,5	39,8	50,2	44,6	40,7	29,9	45,9	41,7
B. Zahl der Einwohner insgesamt (in 1 000)	1954	14 411	9 161	6 936	6 586	4 498	3 247	2 325	47 165
	1950	13 196	9 184	6 430	6 797	4 323	3 005	2 595	45 531
darunter:									
in Kleingemeinden (in 1 000)	1954	530	2 267	1 073	1 274	821	943	367	7 274
	1950	551	2 492	1 090	1 447	881	917	461	7 839
Anteil der Einwohner in Kleingemeinden in vH	1954	3,7	24,7	15,5	19,3	18,3	29,0	15,8	15,4
	1950	4,2	27,1	17,1	21,3	20,4	30,5	17,3	17,2
	1946 ²⁾	4,8	28,9	19,0	23,9	22,3	33,0	18,5	19,1
	1939 ²⁾	5,0	34,2	20,7	29,0	24,5	30,8	26,2	20,6
Durchschnittliche Einwohnerzahl einer Kleingemeinde	1954	495	425	514	431	433	404	390	437
	1950	514	468	523	491	464	394	404	472
	1946	513	475	509	489	468	383	526	474
	1939	466	397	481	366	391	383	352	401
C. Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung in vH									
in Gemeinden insgesamt	1950	7,3	20,7	17,4	19,1	14,1	22,5	15,6	15,3
in Kleingemeinden	1950	33,7	45,3	45,1	40,1	35,6	44,8	37,6	41,9
Anteil der Auspendler an den Erwerbspersonen beträgt									
unter 10 vH	1950	8,6	51,2	22,6	28,3	10,6	32,0	20,6	32,2
10 vH bis 20 vH	1950	22,5	30,7	33,2	32,6	24,9	30,9	42,5	30,9
20 vH bis 30 vH (in vH 1))	1950	27,1	11,6	22,1	20,5	32,0	20,7	19,0	19,5
über 30 vH	1950	41,8	6,4	22,2	18,7	32,6	16,4	9,8	17,5
Anteil der Vertriebenen in Gemeinden insgesamt	1950	10,1	17,3	13,6	27,3	16,7	5,2	33,1	17,3
	1954	13,6	20,1	16,6	25,6	17,7	7,7	27,5	17,7
in Kleingemeinden	1950	16,1	25,6	15,2	34,3	23,0	6,1	40,3	23,4

1) der Summe aller Kleingemeinden.- 2) Gebietsstand vom 13.9.1950.

am niedrigsten. Auch in Hessen, Niedersachsen, Bayern und Schleswig-Holstein ist der Anteil der Gemeinden mit weniger als 200 Einwohnern noch bedeutend. In Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg dagegen haben über die Hälfte der Kleingemeinden mehr als 500 Einwohner. Noch deutlicher werden die Strukturunterschiede zwischen den einzelnen Ländern anhand der Einwohnerzahlen (vgl. Teil B und C der Übersicht 1).

Für die Finanzwirtschaft der Kleingemeinden ist die berufliche Schichtung der Einwohnerschaft, die sich im Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung (in der Landwirtschaft Beschäftigte und ihre Angehörigen) widerspiegelt, von Bedeutung. Doch ist die Struktur der "nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung" in den einzelnen Ländern durchaus unterschiedlich: Bei einem Anteil von rund 45 vH landwirtschaftlicher Bevölkerung weisen Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sehr verschiedene Anteile von "Auspendlern" auf; für Hessen und Schleswig-Holstein ergibt sich das gleiche.

Hinsichtlich der bevölkerungsmässigen Entwicklung in den letzten Jahren ist festzustellen, daß der Anteil der Einwohner in Kleingemeinden in allen Bundesländern zurückgeht. An der durchschnittlichen Einwohnerzahl einer Kleingemeinde läßt sich jedoch erkennen, daß infolge der Kriegsergebnisse, insbesondere durch die Aufnahme von Vertriebenen und Evakuierten, die Einwohnerzahl der Kleingemeinden zeitweilig stark anstieg. In den "Flüchtlingsländern" Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bayern und Hessen ist der Kulminationspunkt dieser Entwicklung bereits 1946 erreicht, während die Zahlen für die übrigen Länder infolge der Binnenwanderung erst 1950, in Rheinland-Pfalz sogar um 1954 den Höchststand erreichen.

Die Angaben über den Anteil der Vertriebenen für 1950 zeigen, daß in allen Ländern ein relativ grosser Teil der Vertriebenen eine vorläufige Unterkunft in Kleingemeinden fand; in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bayern und Hessen liegen die Anteilwerte für die Kleingemeinden um rund 7 vH der Gesamtbevölkerung über dem Landesdurchschnitt. Zwischen 1950 und 1954 ist in Schleswig-Holstein und Niedersachsen infolge der Abwanderung in andere Bundesländer ein Rückgang des Vertriebenenanteils festzustellen, während die Anteile in allen übrigen Ländern steigen. Entsprechende Zahlen liegen für die Kleingemeinden leider nicht vor, doch kann aus den Ergebnissen der Wanderungstatistik entnommen werden, daß der Abgang dort besonders hoch, der Zugang in den Aufnahmeländern relativ gering ist.

Die in Übersicht 1 enthaltenen Zahlen sind im Wege der finanzstatistischen Berichterstattung festgestellt worden, und zwar in der Weise, daß die Größenklassengliederung im Zeitpunkt der Volkszählung (13.9.1950) im wesentlichen beibehalten wurde. Die Untersuchung erstreckt sich somit auf etwa rund 16 600 Gemeinden, die im Herbst 1950 weniger als 1 000 Einwohner zählten. Die Regelung wurde mit Rücksicht auf eine möglichst weitgehende zeitliche Vergleichbarkeit über einen Zeitraum von mehreren Jahren hinweg getroffen. Nach den Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung haben zwischen 1950 und 1954 rund 500 Kleingemeinden die Größenklasse gewechselt. Durch die oben dargestellte Abwanderung bzw. Umsiedlung ist die Einwohnerzahl vieler Gemeinden unter 1 000 gesunken, so daß die Gesamtzahl der Kleingemeinden um rund 480 gestiegen ist, davon in Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein um je rund 150; auch in Hessen und Nordrhein-Westfalen ist die geringfügig gestiegen, in Rheinland-Pfalz dagegen etwas gesunken.

2. Ausgaben und Einnahmen der Kleingemeinden

Nach Art. 28 GG muß "den Gemeinden das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln". Die Entscheidung der Frage, welche Angelegenheiten solche der örtlichen Gemeinschaft sind und welche überörtlichen Charakter tragen, ist allerdings den Ländern vorbehalten, ebenso die Entscheidung, ob sie überörtliche Aufgaben durch eigene (staatliche) Behörden erledigen oder den Gemeinden übertragen, g.F. in welcher Form dies geschieht ("Auftragsangelegenheiten", "Weisungsaufgaben").

Der Grundsatz der möglichst weitgehenden Aufgabenverlagerung "nach unten" gilt auch innerhalb des kommunalen Bereichs. Somit ergibt sich für jede Stufe der kommunalen Verwaltung bzw. jede Art kommunaler Körperschaften ein charakteristisches Bild der Verwaltungstätigkeit, die sich bei den Kleingemeinden auf einige wenige Aufgaben konzentriert.

2. Bereinigte Ausgaben der Kämmererverwaltungen im Rechnungsjahr 1954

Verwaltungszweig	Kleingemeinden		Übrige kreisangehörige Gemeinden	Land- kreise	Kreisangehörige Gemeinden, Ämter und Landkreise		Gemeinden und Gemeindeverbände	
	Mill. DM	vH	Mill. DM	Mill. DM	Mill. DM	vH	Mill. DM	vH
Allgemeine Verwaltung	65,0	12,8	323,9	118,6	507,6	9,2	825,2	6,9
Öffentl. Sicherheit und Ordnung	2,6	0,6	75,1	54,2	131,9	2,4	404,0	3,4
Schulen und Kultur	120,9	23,9	770,3	210,2	1 101,4	19,9	2 270,7	19,1
darunter:								
Volks- und Hilfsschulen	103,8	20,6	472,0	18,8	594,6	10,8	932,5	7,8
Fürsorge und Jugendhilfe, Gesund- heits- und Jugendpflege	21,9	4,3	482,7	871,9	1 376,5	24,3	3 145,9	26,3
Bau- und Wohnungswesen	121,7	24,1	694,8	328,4	1 144,9	20,7	2 360,8	19,7
darunter:								
Straßen, Wege, Brücken u. sonst. Tiefbau	101,2	20,0	392,8	228,7	722,7	13,1	1 373,2	11,5
Öffentl. Einrichtungen, Wirtschafts- förderung	100,0	19,8	579,4	55,0	734,5	13,3	1 768,3	14,8
Finanz- und Steuerverwaltung, nicht aufteilbarer Schuldendienst	16,5	3,3	134,7	30,5	181,7	3,3	318,5	2,7
Erwerbsvermögen, soweit den Kämmerer- verwaltungen zugerechnet	56,6	11,2	265,2	25,6	347,4	6,3	867,3	7,3
Kämmererverwaltungen zusammen	505,1	100	3 326,3	1 694,4	5 525,8	100	11 960,7	100
Abzüglich Erstattungen	.		13,4	12,5	25,9		262,1	
Zusammen	.		3 312,9	1 681,9	5 499,9		11 698,6	

Je ein Fünftel der bereinigten Ausgaben der Kämmereiverwaltungen¹⁾ der Kleingemeinden entfällt auf Volksschulen (der Anteil der Hilfs- und Sonderschulen ist bei den Kleingemeinden unbedeutend), auf Straßen, Wege, Brücken und sonstigen Tiefbau und auf öffentliche Einrichtungen einschließlich der Wirtschaftsförderung, je über ein Zehntel auf die allgemeine Verwaltung und das Erwerbsvermögen. In der Summe "kreisangehörige Gemeinden, Ämter und Landkreise" sinkt der Anteil der genannten Aufgabenbereiche von 84,4 vH bei den Kleingemeinden auf 52,7 vH, für die Summe aller Gemeinden und Gemeindeverbände auf 48,3 vH. In der Zusammenfassung mit den Landkreisen macht sich die ausgeprägte Aufgabenverteilung innerhalb des "ländlichen Bereichs" (der Ausdruck ist in dieser Schrift der Kürze wegen für die Summe "kreisangehörige Gemeinden, Ämter und Landkreise" gebraucht) bemerkbar. Die Fürsorge und Jugendhilfe tritt stark in Erscheinung; weiter macht sich das finanzielle Gewicht überörtlicher Aufgaben, insbesondere im Gesundheitswesen (z.B. Krankenanstalten), im Bau- und Wohnungswesen, im Schulwesen außerdem die Belastung durch weiterführende Schulen bemerkbar. Nimmt man zur Summe "kreisangehörige Gemeinden, Ämter und Landkreise" noch die kreisfreien Städte und kommunalen Verbände höherer Ordnung hinzu, ergibt sich keine grundlegende Änderung dieses Bildes. Die kommunalen Aufgaben im "ländlichen Bereich", die etwa die Hälfte der kommunalen Finanzmasse beanspruchen, weisen somit grundsätzlich die gleiche Struktur auf wie die gesamte kommunale Verwaltung. Diese an sich überraschende Feststellung muß insofern eingeschränkt werden, als innerhalb der Einzelpläne (z.B. Öffentliche Ordnung, Schulwesen, Bau- und Wohnungswesen, Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung) hinsichtlich der Art und Höhe der Ausgaben beträchtliche Unterschiede zwischen "Stadt" und "Land" bestehen und die hier verwandte, technisch bedingte Zusammenfassung der Landkreise und kreisangehörigen Gemeinden nur in etwa der Abgrenzung des "ländlichen Bereichs" entspricht. Trotz dieser Einschränkungen spiegeln die Zahlen deutlich die Angleichung der Aufgaben der ländlichen an die der städtischen Selbstverwaltung wider - Folgen von Wandlungen der Bevölkerungsstruktur auf dem Lande (Gewerbegemeinden, Pendlergemeinden), der erhöhten zivilisatorischen und hygienischen Ansprüche und wirtschaftlicher Notwendigkeiten (z.B. Straßenbau und Wasserversorgung für Gewerbebetriebe) - welche die Verwaltungen der Kleingemeinden vor schwierige Probleme stellt.

Betrachtet man die Ausgaben der Kleingemeinden für sich, ist die Absetzung von Einnahmen aus dem Verrechnungsverkehr mit anderen Gebietskörperschaften nicht erforderlich. Als Ausgaben sind dann außerdem der Kämmereiverwaltungen noch die Umlagen und die Zuführungen an Rücklagen für den Gesamthaushalt zu zählen, die 19 bzw. 1 vH der Gesamtausgaben beanspruchen. Von den Umlageausgaben entfällt der größte Teil, für 1954 105,9 Mill.DM, auf die Kreisumlage, 20,3 Mill.DM auf die Amtsumlage.

1) Summe der Ausgaben der Kämmereiverwaltungen (also ohne die allgemeinen Deckungsmittel), abzüglich der verwaltungszweiggebundenen Zuweisungen und Darlehen von anderen kommunalen Körperschaften, für die Summe der Verwaltungszweige auch abzüglich der Erstattungen, die allerdings bei den Kleingemeinden wegen ihrer geringen Bedeutung nicht erfragt werden.

3. Ausgaben und Einnahmen der Kleinstgemeinden
im Rechnungsjahr 1954

- Mill.DM -

Verwaltungszweig	Ausgaben	Einnahmen
Allgemeine Verwaltung, öffentliche Sicherheit und Ordnung	58,5	7,7
Schulen und Kultur	125,5	44,1
darunter:		
Volks- und Hilfsschulen	107,9	42,0
Fürsorge und Jugendhilfe, Gesundheits- und Jugendpflege	23,5	8,8
Bau- und Wohnungswesen	130,3	65,3
darunter:		
Straßen, Wege, Brücken und sonstiger Tiefbau	109,2	53,9
Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	102,5	52,8
Finanz- und Steuerverwaltung, nicht aufteilbarer Schuldendienst	15,5	2,7
Erwerbsvermögen, soweit den Kämmergeverwaltungen zugerechnet	53,2	46,0
Kämmergeverwaltungen zusammen	524,9	228,3
Allgemeine Finanzaufweisungen ¹⁾ und Umlagen	125,3	77,6
Steuern und steuerähnliche Einnahmen	-	293,5
Erwerbsvermögen (soweit den allgemeinen Deckungsmitteln zugerechnet)	-	65,4
Rücklagen für den Gesamthaushalt	6,9	3,0
Insgesamt	558,0	668,7
Mehreinnahmen	-	10,7
darunter: außerordentliche Rechnung	-	4,3

1) Saldo.

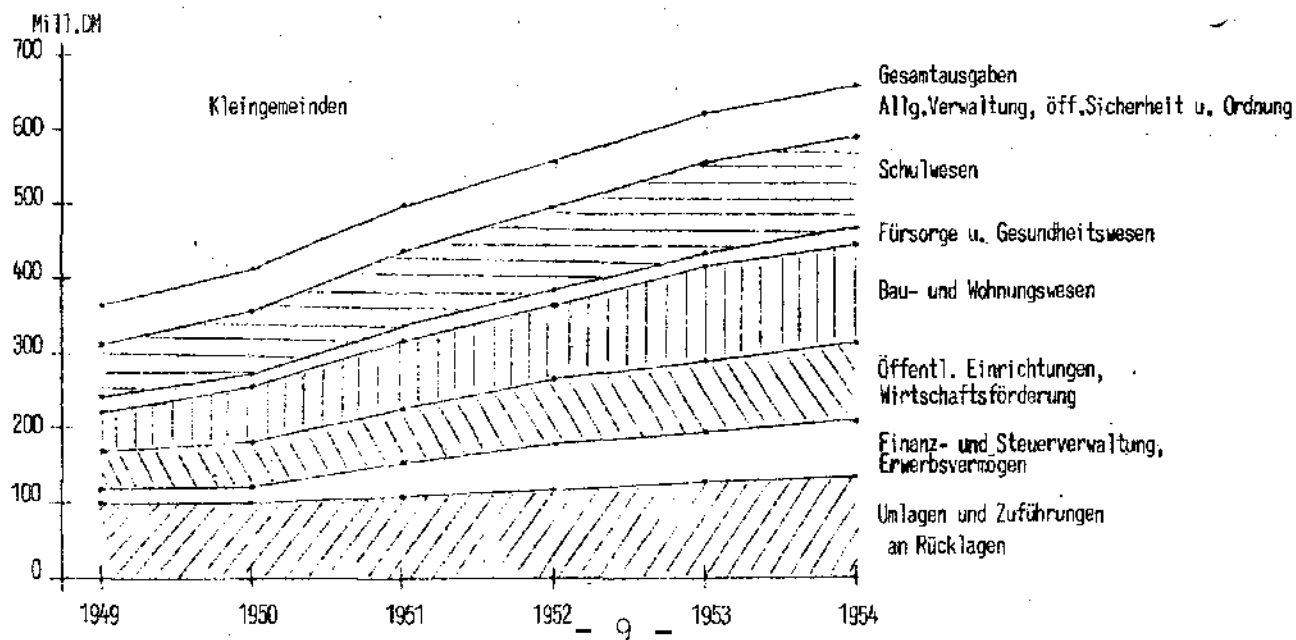
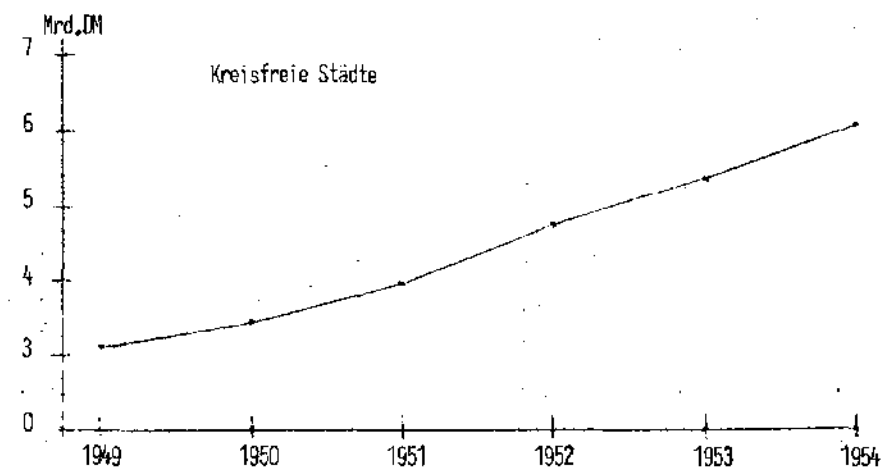
Während von den Gesamtausgaben der Kleingemeinden vier Fünftel den Kämmergeverwaltungen zuzurechnen sind, beträgt dieser Anteil auf der Einnahmenseite nur etwas über ein Drittel. Ausgaben der Kämmergeverwaltungen von 524,9 Mill.DM (1954) stehen Einnahmen von nur 228,3 Mill.DM gegenüber. Die Einnahmen der Kämmergeverwaltungen bestehen zum größten Teil aus speziellen Deckungsmitteln im engeren Sinne (143,4 Mill.DM), weiter aus Zuweisungen und Darlehen des Bundes, der Länder oder kommunaler Körperschaften. Saldiert man Ausgaben und Einnahmen der einzelnen Verwaltungszweige, erhält man den Zuschußbedarf der ordentlichen Rechnung - vermehrt bzw. vermindert um die in der Regel nicht entscheidend ins Gewicht fallenden Mehrausgaben oder -einnahmen der ao. Rechnung - eine Größe, die bei den rein "verwaltungsmäßigen" Tätigkeitsbereichen der Kleingemeinden, der allgemeinen und der Finanz- und Steuerverwaltung, mit fast neun Zehnteln der Ausgaben relativ am höchsten ist. Die Einnahmen der einzelnen Verwaltungszweige haben sehr verschiedenen Charakter, da sie zu einem stark unterschiedlichen Anteil aus Mitteln anderer Gebietskörperschaften (Zuweisungen oder Darlehen) stammen (vgl. im einzelnen Abschnitt C). Von den allgemeinen Deckungsmitteln haben bei den Kleingemeinden Steuern und steuerähnliche Einnahmen mit 43,9 vH der Gesamteinnahmen das größte Gewicht.

Die Bedeutung der an den Verwaltungszweig gebundenen Einnahmen ist bei den übrigen kommunalen Körperschaften wesentlich grösser. Der Anteil an den Gesamteinnahmen beträgt für die Summe "kreisangehörige Gemeinden, Ämter und Landkreise" etwa die Hälfte, für die Summe aller Gemeinden und Gemeindeverbände etwas darüber. Unter den allgemeinen Deckungsmitteln spielen bei den übrigen Körperschaften die Steuern und steuerähnlichen Einnahmen eine grössere Rolle als bei den Kleingemeinden, wo sie nur zwei Drittel der allgemeinen Deckungsmittel ausmachen, gegenüber rund drei Viertel bei den anderen hier genannten Zusammenfassungen von Körperschaften. Im wesentlichen ist dies durch die Einnahmen aus Erwerbsvermögen bedingt, deren Anteil an den allgemeinen Deckungsmitteln bei den Kleingemeinden mit 15 vH doppelt so hoch ist, wie bei den anderen Zusammenfassungen. Fast 10 vH aller Einnahmen der Kleingemeinden entfallen auf diese Einnahmequelle, bei allen Gemeinden und Gemeindeverbänden dagegen nur 3,6 vH.

B. Die Ausgaben der Kleingemeinden

Die Gesamtausgaben der Kleingemeinden (einschl. der Umlagen und Zuführungen zu allgemeinen Rücklagen, vgl. Übersicht 3) sind seit 1949 von 366,6 Mill.DM auf 658,0 Mill.DM angestiegen.

Entwicklung der Gesamtausgaben 1949 bis 1954



Wie aus der umseitigen Graphik ersichtlich, haben sich die Umlageausgaben (die graphische Darstellung schließt die geringen Zuführungen an Rücklagen für den Gesamthaushalt mit ein) weitaus weniger erhöht als die Ausgaben der Kämmererverwaltungen. Die entsprechende Kurve für die kreisfreien Städte (allerdings in Mrd.DM) zeigt bis 1951 eine schwächere, von 1953 auf 1954 jedoch kontinuierliche Steigerung der Ausgaben, während sich die Gesamtausgaben der Kleingemeinden degressiv entwickeln.

1. Bruttoausgaben nach Aufgabengebieten

Die Ausgaben der Kämmererverwaltungen ¹⁾ der Kleingemeinden sind von 1950 auf 1951 um 75,6 Mill.DM bzw. 24,2 vH absolut und Verhältnismässig am stärksten gestiegen; der Zugang sinkt in den folgenden Jahren. Da die Steigerung in den zwei Rechnungsjahren von 1949 bis 1951 und in den drei Rechnungsjahren von 1951 bis 1954 dem Umfang nach etwa gleich ist, sind in den folgenden Übersichten die Bruttoausgaben der Kämmererverwaltung für 1951 = 100 vH gesetzt. Dabei zeigt sich, daß die Entwicklung der einzelnen Aufgabengebiete sehr unterschiedlich verläuft.

4. Entwicklung der Ausgaben ¹⁾ der Kleingemeinden

- Beträge 1951 = 100 -

Verwaltungszweig	1949	1950	1952	1953	1954
Allgemeine Verwaltung, öffentliche Sicherheit und Ordnung	89,3	90,4	107,5	111,1	113,9
Schulen und Kultur	58,0	86,3	110,3	122,2	125,7
darunter: Volks- und Hilfsschulen	67,8	86,4	110,4	123,3	121,1
Fürsorge und Jugendhilfe, Gesundheits- und Jugendpflege	131,7	96,2	119,5	130,4	140,1
Bau- und Wohnungswesen	55,9	80,0	107,0	134,3	140,4
darunter: Straßen, Wege, Brücken	56,2	74,2	116,2	150,2	159,5
Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	68,8	79,1	113,8	123,6	136,3
Finanz- und Steuerverwaltung, nicht aufteilbarer Schuldendienst	83,3	91,6	111,8	122,7	125,6
Erwerbsvermögen (soweit den Kämmererverwaltungen zugerechnet)	23,3	32,4	153,5	163,1	194,1
Kämmererverwaltungen zusammen	68,4	80,5	113,6	127,2	135,3

1) Bruttoausgaben der Kämmererverwaltungen.

Bei der allgemeinen Verwaltung einschließlich der Ordnungsverwaltung ist der geringste Anstieg festzustellen; die Ausgaben entwickeln sich ab 1951 stark degressiv. Ein ähnliches Bild zeigt sich für die Finanz- und Steuerverwaltung.

1) Also ohne Umlagen und Zuführungen an Rücklagen für den Gesamthaushalt.

Beim Schulwesen dagegen setzt die Steigerung der Ausgaben bereits von 1949 auf 1950 ein und hält bis 1953 an; von 1953 auf 1954 ist eine fühlbare Verringerung des Zugangs, bei den Volksschulen sogar ein geringer Rückgang der Ausgaben festzustellen, was allerdings in erster Linie auf die erhebliche Verbesserung des kommunalen Finanzausgleichs in Niedersachsen¹⁾ zurückzuführen ist. Aber auch in Schleswig-Holstein und Hessen gehen die Ausgaben der Kleingemeinden für das Schul- und Volksschulwesen von 1953 auf 1954 zurück. Die hier festgestellte Abschwächung der Entwicklung liegt bei den übrigen kommunalen Körperschaften des "ländlichen Bereichs" nicht im gleichen Ausmaß vor. Wie aus den Vergleichszahlen der Übersicht 5 zu ersehen ist, stiegen die Bruttoausgaben aller kreisangehörigen Gemeinden, Ämter und Landkreise von 1951 bis 1954 um 50,9 vH, die aller Gemeinden und Gemeindeverbände um 53,6 vH. Für die Summe aller kommunalen Körperschaften sind nur in Schleswig-Holstein die Bruttoausgaben für das Schulwesen geringfügig zurückgegangen.

1) Finanzausgleichsgesetz vom 20.5.1954, GVBl. S. 33.

5. Entwicklung der kommunalen Ausgaben¹⁾
im ländlichen Bereich bzw. im gesamten kommunalen Bereich

- Beträge 1951 = 100 -

Verwaltungsweig	Kreisangeh. Gemeinden, Ämter und Landkreise		Gemeinden und Gemeinde- verbände zusammen	
	1949	1954	1949	1954
Allgemeine Verwaltung, öffentliche Sicherheit und Ordnung	85,5	119,3	88,0	123,6
Schulen und Kultur	61,1	150,9	66,6	153,6
darunter: Volks- und Hilfsschulen	60,9	135,7	64,5	140,3
Fürsorge- und Jugendhilfe, Gesundheits- und Jugendpflege	105,4	131,1	95,9	146,1
Bau- und Wohnungswesen	68,7	139,8	68,8	155,4
darunter: Straßen, Wege, Brücken	65,0	158,2	65,7	179,7
Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	77,3	164,3	74,0	157,7
Finanz- und Steuerverwaltung, nicht aufteilbarer Schuldendienst	73,6	135,2	74,1	134,5
Erwerbsvermögen (soweit den Kämmererverwaltungen zugerechnet)	53,9	180,4	67,3	204,3
Kämmererverwaltungen zusammen	80,2	141,2	79,2	150,8

1) Bruttoausgaben der Kämmererverwaltungen.

Die Ausgaben für das Fürsorge- und Gesundheitswesen lagen 1949 fast in gleicher Höhe wie 1954. Durch das Eintreten des Bundes bzw. Soforthilfefonds wurden 1950 insbesondere die Kleingemeinden erheblich entlastet. Ab 1951 sind die Ausgaben, in der Hauptsache durch Erhöhung der Leistungen, gestiegen. In der Summe der kommunalen Körperschaften des "ländlichen Bereichs" und bei der Summe aller kommunalen Körperschaften verläuft die Entwicklung wesentlich ausgeglichener.

Im Bau- und Wohnungswesen, insbesondere im Verwaltungszweig "Straßen, Wege, Brücken" ist der absolute Anstieg der Ausgaben am bedeutendsten. Er ist hier besonders in den ersten Jahren nach der Geldumstellung wesentlich stärker als bei den anderen Zusammenfassungen kommunaler Körperschaften, was in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß die Leistungsfähigkeit der Kleingemeinden 1949 noch außerordentlich gering war. Die Entwicklung nach 1951 verläuft bei den Kleingemeinden bis 1953 gleichmäßig, zeigt jedoch auch in diesem Verwaltungszweig eine merkliche Abschwächung von 1953 auf 1954. Die gleiche Erscheinung ist im gesamten "ländlichen Bereich" zu beobachten, während die Ausgaben aller kommunalen Körperschaften zusammen für das Bau- und Wohnungswesen im Rechnungsjahr 1954 um 20 vH, für "Straßen, Wege, Brücken" um 37 vH der Ausgaben für 1951 anstiegen.

Im Verwaltungszweig "Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung" ist eine relativ kontinuierliche Steigerung der Ausgaben festzustellen. Im Vergleich zu den übrigen Körperschaften begann die Entwicklung auch hier in den ersten Jahren nach der Geldumstellung auf einem niedrigen Stand; in den letzten Jahren schwächt sie merklich ab.

Die stärkste relative Steigerung zeigen die Ausgaben für das Erwerbsvermögen (soweit den Kämmererverwaltungen zugerechnet); die absoluten Werte waren allerdings 1949 (7,0 Mill. DM) recht niedrig. Die gegenüber den anderen Zusammenfassungen kommunaler Körperschaften geringen vH-Werte für 1949 und 1950 lassen erkennen, daß die finanziellen Möglichkeiten der Kleingemeinden für diese Verwaltungsaufgaben bis 1951 sehr beschränkt waren. Die Entwicklung nach 1951 hält sich etwa im gleichen Rahmen wie bei den übrigen Körperschaften.

Aus der Untersuchung wird deutlich, daß die Besonderheiten in der finanziellen Entwicklung der Kleingemeinden in der Hauptsache durch die Konzentration der Verwaltungstätigkeit auf bestimmte Aufgaben bedingt sind. Eine allgemeine Abschwächung der Entwicklung seit 1953 ist unverkennbar.

2. Regionale Unterschiede

Die in Abschnitt 1 dargestellte Verteilung der Ausgaben auf die Aufgabenbereiche ist ein Ergebnis der im ganzen recht unterschiedlichen Verteilung der Verwaltungsaufgaben in den einzelnen Bundesländern. Neben den wichtigsten Aufgaben der Kleingemeinden - Volksschulen, Straßen, Wege und Brücken, öffentliche Einrichtungen - deren Bedeutung in allen Ländern überwiegt, nehmen die Kleingemeinden in unterschiedlichem Ausmaß andere Aufgaben wahr. Dabei fällt in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein die Entlastung durch die Ämter ins Gewicht, die sich insbesondere in der allgemeinen und der Finanzverwaltung auswirkt. In Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein liegt auch der Anteil an "Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung" und "Erwerbsvermögen" erheblich unter dem Durchschnitt (vgl. Übersicht 6).

6. Ausgaben ¹⁾ der Kleingemeinden 1954
nach Verwaltungszweigen
a) Mill. DM. b) vH

Verwaltungszweig		Nordrhein- Westfalen	Bayern	Baden- Württemberg	Nieder- Sachsen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Schleswig- Holstein	Bundes- gebiet
Allgemeine Verwaltung:	a)	1,8	18,1	21,0	8,0	8,3	9,3	1,9	68,5
Öffentliche Sicher- heit u. Ordnung	b)	4,5	15,6	15,4	12,6	12,2	12,6	7,4	13,1
Schulen; Kultur	a)	15,1	24,4	29,5	23,2	13,3	12,6	7,4	125,5
	b)	37,7	20,9	21,7	36,3	19,3	17,1	28,7	23,9
darunter:									
Volks- und Hilfsschulen	a)	14,6	19,0	25,7	18,7	11,6	11,2	7,1	107,9
	b)	36,4	16,3	18,9	29,2	16,8	15,2	27,6	20,6
Fürsorge- und Jugendhilfe, Gesundheits- und Jugendpflege	a)	2,9	3,9	5,5	3,1	3,3	3,1	1,7	23,5
	b)	7,1	3,3	4,1	4,9	4,8	4,2	6,6	4,5
Bau- und Wohnungswesen	a)	13,8	30,7	21,0	17,5	12,7	23,3	11,4	130,3
	b)	34,3	26,4	15,4	27,3	18,5	31,6	44,0	24,8
darunter: Straßen, Wege, Brücken	a)	12,3	25,5	14,4	15,7	9,9	21,1	10,3	109,2
	b)	30,5	21,9	10,6	24,5	14,5	28,6	39,9	20,8
Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	a)	3,8	22,1	35,6	6,5	18,1	14,8	1,6	102,5
	b)	9,5	19,0	26,2	10,1	26,4	20,0	6,1	19,5
Finanz- und Steuerverwaltung, nicht aufteilbarer Schulden- dienst	a)	0,2	4,8	3,6	2,3	3,6	1,9	0,1	16,5
	b)	0,5	4,1	2,6	3,7	5,2	2,6	0,3	3,1
Erwerbsvermögen (soweit den Kämmereiverwaltungen zuge- rechnet)	a)	2,6	12,4	20,0	3,3	9,4	8,7	1,8	58,2
	b)	6,4	10,7	14,7	5,2	13,7	11,8	6,9	11,1
Kämmereiverwaltungen zusammen:	a)	40,2	116,4	136,1	64,0	68,6	73,7	25,9	524,9
	b)	100	100	100	100	100	100	100	100

1) Bruttoausgaben der Kämmereiverwaltungen.

3. Bruttoausgaben nach Ausgabearten

Aus der weitgehenden Konzentration der Verwaltungstätigkeit der Kleingemeinden ergibt sich ein Bild der Ausgabenstruktur, das von dem für andere kommunale Gebietskörperschaften erheblich abweicht. 1954 besteht fast die Hälfte der Bruttoausgaben aus Bau- und Unterhaltungsaufwendungen und Neuanschaffung beweglichen Vermögens, wobei die Ausgaben für Bauten mit fast 38 vH der Gesamtsumme die weitaus wichtigste Rolle spielen. Dagegen liegen die Anteile des Personalaufwandes und der Darlehensgewährung beträchtlich unter dem Stand bei den übrigen kommunalen Körperschaften.

7. Ausgaben der Kleingemeinden nach Arten

Art der Ausgabe	1949	1950	1951	1952	1953	1954			
						Mill. DM	vH	vH der Summe	
								Ka. Gemeinden, Ämter und Landkreise	Gemeinden und Gemeindeverb.
vH									
Persönliche Ausgaben	20,1	16,5	14,5	13,5	12,9	62,4	11,9	4,6	1,9
Unterhaltung u. Instandsetzung unbew. Vermögens	8,1	39,1	7,4	16,1	8,5
Schuldendienst	0,3	0,5	0,7	1,3	1,7	15,1	2,9	9,3	4,1
Darlehensgewährung	3,4	3,9	0,8	0,7	0,6	3,4	0,7	2,4	0,7
Zuführungen an Rückl. u. Kapital- vermögen, Erwerb von Grundver- mögen			3,4	4,3	4,1	25,3	4,8	7,5	3,3
Bauten			21,8	32,1	37,8	37,3	37,3	199,1	37,9
Neuanschaffung von bewegl. Vermögen			3,9	3,5	3,3	16,9	3,2	12,4	6,2
Zuweisungen an Gebietskörper- schaften	14,0	13,0	7,3	7,2	7,3	39,3	7,5	7,8	4,7
Übrige Ausgaben	40,4 ²⁾	34,0 ²⁾	31,6 ²⁾	32,2 ²⁾	24,7	124,4	23,7	8,5	4,0
Zusammen ¹⁾	100	100	100	100	100	524,9	100	9,0	4,3

1) Bruttoausgaben der Kämmererverwaltungen. - 2) Einschl. Unterhaltung und Instandsetzung unbeweglichen Vermögens.

Wie aus Übersicht 7 ersichtlich, ist der Anteil der persönlichen und der laufenden sächlichen Ausgaben seit 1949 dauernd zurückgegangen. Dagegen sind die Ausgaben für Bauten und für Vermögenserwerb anteilmäßig bis 1952 merklich gestiegen.

Von den persönlichen Ausgaben in Höhe von 62,4 Mill.DM (1954) entfallen sieben Zehntel auf die Allgemeine u. die Finanz- und Steuerverwaltung. Die Ausgaben für Unterhaltung unbeweglichen Vermögens liegen überwiegend beim Bau- und Wohnungswesen. Die Zuweisungen der Kleingemeinden an die Länder von 13,9 Mill.DM sind fast ausschließlich Stellenbeiträge für Volksschullehrer. Auch die Zuweisungen der Kleingemeinden an kommunale Gebietskörperschaften in Höhe von 25,4 Mill.DM entfallen zu 45 vH (11,5 Mill.DM) auf

das Schulwesen - allerdings zum grösseren Teil auf die weiterführenden Schulen (z.B. Gastschulgelder) - zu 32 vH (8,1 Mill.DM) auf die Fürsorge, überwiegend Zahlungen an Bezirksfürsorgeverbände. An den Zuweisungen an sonstige Körperschaften, Verbände u.dgl. von 23,6 Mill.DM hat wiederum das Volksschulwesen mit 11,7 Mill.DM hervorragenden Anteil; es handelt sich vorwiegend um Zahlungen an Schulzweckverbände.

Die Zuordnung der Ausgaben zur ordentlichen bzw. außerordentlichen Rechnung ist nach dem kommunalen Haushaltsrecht in erster Linie von der Einnahmeseite her bestimmt: Außerordentliche Ausgaben sind solche, die durch außerordentliche Einnahmen gedeckt werden. Eine Aufgliederung der Ausgaben nach der ordentlichen (o.R.) bzw. außerordentlichen Rechnung (ao.R.) deutet somit hauptsächlich auf den Charakter der Finanzierung der betreffenden Ausgaben hin.

B. Ausgaben der Kleingemeinden 1954
nach ordentlicher und außerordentlicher Rechnung
- Mill. DM -

Art der Ausgabe		Insgesamt	Darunter:			
			Schulen	Straßen, Wege, Brücken	Öffentliche Einrichtungen, Wirtschafts- förderung	Erwerbs- vermögen
Bruttoausgaben zusammen	o.R. ¹⁾	386,1	87,7	71,3	83,5	17,4
	ao.R.	172,9	35,3	46,6	25,3	49,6
darunter:						
Tilgung	o.R.	7,9	2,6	2,8	1,5	0,0
	ao.R.	1,9	0,4	0,3	0,2	0,9
Gewährung von Darlehen, Zuführungen an Rücklagen	o.R.	15,2	2,8	3,2	2,6	3,2
	ao.R.	5,0	0,6	0,3	0,6	3,0
Erwerb von Grundvermögen	o.R.	4,8	0,3	0,3	0,3	2,8
	ao.R.	3,7	0,2	0,4	0,2	2,1
Neu- und Wiederaufbau	o.R.	41,5	3,6	22,2	9,8	1,3
	ao.R.	157,6	33,3	45,1	23,1	41,9
Neuanschaffungen	o.R.	15,0	3,5	0,2	9,3	0,0
	ao.R.	1,9	0,5	0,0	0,9	0,3
Zuweisungen und Übrige Ausgaben	o.R.	160,7	54,7	6,7	41,9	1,1
	ao.R.	2,9	0,3	0,5	0,3	1,4
Anteilbeträge an ao.R.		34,1	6,7	8,7	6,3	8,8

1) Einschl. Anteilbeträge an ao.R.

Der Anteil außerordentlicher Ausgaben am Gesamthaushalt ist bei den Kleingemeinden mit einem Drittel wesentlich höher als bei allen Gemeinden und Gemeindeverbänden (23 vH). Das ist in erster Linie auf den sehr hohen Anteil der Bauten und übrigen Sachinvestitionen an den Ausgaben dieser Körperschaften zurückzuführen. Bei den Kleingemeinden ist auch der Anteil der über den außerordentlichen Haushalt finanzierten Bauausgaben (etwa vier Fünftel) höher als bei der Summe der kommunalen Körperschaften (72 vH). Andererseits verlegen die Kleingemeinden Grunderwerb und Tilgung in wesentlich größerem Umfang in den ordentlichen Haushalt, als dies im gesamten kommunalen Bereich geschieht.

Alle Ausgaben der außerordentlichen Rechnung sowie die in der ordentlichen Rechnung verbuchten Tilgungen, Darlehensgewährungen, Zuführungen an Rücklagen und Kapitalvermögen, Ausgaben für Grund-erwerb, Neuanschaffung von beweglichem Vermögen und Bauten aller Art sind nicht nur Ausgaben der gemeindlichen Haushaltsrechnung, sondern bewirken zugleich Zugänge in der Vermögensverrechnung. Diese "vermögenswirksamen" Ausgaben beanspruchen bei den Kleingemeinden rund die Hälfte der Ausgaben, bei allen Gemeinden und Gemeindeverbänden etwas über ein Drittel. Im Zusammenhang mit der Untersuchung über den kommunalen Finanzausgleich (Abschnitt D) ist die Unterscheidung zwischen vermögenswirksamen und -unwirksamen Ausgaben und ihre Deckung durch entsprechende Einnahmen von Bedeutung.

4. Eigenausgaben

Die Aufgaben der Kleingemeinden sind in ihrem Umfang nur zum Teil auf die finanziellen Möglichkeiten der einzelnen Gemeinden abgestimmt. Ein großer Teil der Ausgaben unterliegt nicht der freien Entscheidung der örtlichen kommunalen Vertretungskörperschaften, sondern ist durch staatliche Gesetzgebung, allgemeine wirtschaftliche oder politische Entwicklungen und andere Momente festgelegt. Aufgabe des kommunalen Finanzausgleichs ist es daher, den Gemeinden die Mittel zur ausreichenden Erfüllung insbesondere dieser Aufgaben zu geben. Ein erheblicher Teil der Zahlungen zwischen den Ländern und ihren Gemeinden ist somit ausdrücklich für bestimmte Aufgaben, d.h. also an den Verwaltungszweig gebunden.

Setzt man alle Einnahmen aus diesem "verwaltungszweiggebundenen" Verrechnungsverkehr von den Bruttoausgaben ab, erhält man die Eigenausgaben der betreffenden Körperschaften¹⁾. Sie stellen für jeden einzelnen Verwaltungszweig der Kämmererverwaltungen die Belastung dar, die durch

- a) spezielle Deckungsmittel (Verwaltungseinnahmen, Schuldenaufnahmen, Vermögensentnahmen)
- b) allgemeine Finanzaufweisungen des Landes oder Umlagen
- c) sonstige allgemeine Deckungsmittel (hauptsächlich Steuern)

zu decken ist.

Ein Vergleich der Eigenausgaben mit den Bruttoausgaben der Kämmererverwaltungen der Kleingemeinden zeigt folgendes:

1. Die zeitliche Entwicklung erscheint bei den Eigenausgaben schwächer. Setzt man 1951 = 100 (vgl. Übersicht 4), ergibt sich für

	1949	1950	1951	1952	1953	1954
Bruttoausgaben	68,4	80,5	100	113,6	127,2	135,3
Eigenausgaben	71,1	82,4	100	113,7	125,3	131,5

¹⁾ Die Erstattungen der einzelnen Verwaltungszweige untereinander, die in der Finanzstatistik von der Summe der Eigenausgaben aller Verwaltungszweige abgesetzt worden, sind wegen ihrer geringen Bedeutung bei den Kleingemeinden nicht gesondert erfaßt und können daher auch nicht abgesetzt werden.

Die Entlastung der Kleingemeinden durch Einnahmen aus dem verwaltungszweiggebundenen Verrechnungsverkehr ist somit im Laufe der Jahre gestiegen.

2. Der Anteil der Kleingemeinden an den Ausgaben größerer Zusammenfassungen kommunaler Gebietskörperschaften errechnet sich anhand der Eigenausgaben etwas höher als anhand der Bruttoausgaben.

Anteil der Kleingemeinden an der Summe	Kämmerei- verwaltungen zusammen		darunter					
	Brutto- ausgaben	Eigen- ausgaben	Schulen		Bau- und Wohnungswesen		Öffentl. Einricht., Wirtschafts- förderung	
			Brutto- ausgaben	Eigen- ausgaben	Brutto- ausgaben	Eigen- ausgaben	Brutto- ausgaben	Eigen- ausgaben
Kreisangehörige Gemeinden, Ämter und Landkreise	9,0	9,6	10,3	11,0	10,9	10,4	13,7	14,0
Gemeinden und Gemeinde- verbände zusammen	4,3	4,4	5,7	5,9	5,4	5,1	5,8	5,6

Daraus ergibt sich, daß die Entlastung durch den verwaltungszweiggebundenen Verrechnungsverkehr 1954 bei den Kleingemeinden im Ergebnis geringer ist als bei den übrigen Gemeinden und Gemeindeverbänden. Die Verhältnisse liegen bei den einzelnen Verwaltungszweigen verschieden: Die Entlastung der Kleingemeinden durch verwaltungszweiggebundene Zuweisungen und Darlehen ist in der Hauptsache beim Bau- und Wohnungswesen, bei den öffentlichen Einrichtungen und bei den wirtschaftlichen Unternehmen stärker als bei allen Gemeinden und Gemeindeverbänden zusammen; für die übrigen Verwaltungszweige dagegen fließen den größeren kommunalen Körperschaften relativ bedeutendere Mittel zu. Die Frage ist bei der Untersuchung über den kommunalen Finanzausgleich von Seite des Zuweisungsverkehrs beleuchtet (Abschnitt D).

Untersucht man den Anteil der Kleingemeinden an den Eigenausgaben größerer Zusammenfassungen von kommunalen Körperschaften für die einzelnen Aufgabenbereiche in regionaler Gliederung, ergibt sich folgendes Bild (vgl. auch Übersicht 9):

In den Aufgabenbereichen, auf die sich die Verwaltungstätigkeit der Kleingemeinden besonders konzentriert (Volksschulen, Straßen, öffentliche Einrichtungen) liegen die Anteilsätze relativ hoch, doch lassen die vH-Werte erkennen, daß diese Aufgaben auch für andere kommunale Körperschaften von besonderer Bedeutung sind. Im Schulwesen ragt der Anteilsatz bei den Volksschulen besonders hervor; die übrigen Schularten spielen bei den Kleingemeinden kaum eine Rolle. Die Eigenausgaben für den Verwaltungszweig "Kultur" werden im ländlichen Bereich zu 17,1 vH von den Kleingemeinden nachgewiesen. Es handelt sich hier überwiegend um

9. Eigenausgaben der Kämmererverwaltungen der Kleingemeinden 1954

a) vH der Summe Kreisangeh. Gemeinden, Ämter und Landkreise

b) vH der Summe Gemeinden und Gemeindeverbände

Verwaltungszweig		Nordrhein-Westfalen	Bayern	Baden-Württemberg	Niedersachsen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Schleswig-Holstein	Bundesgebiet
Allgemeine Verwaltung, öffentl.	a)	1,1	18,1	16,5	10,4	12,4	19,1	5,9	11,1
Sicherheit und Ordnung	b)	0,5	8,6	10,5	7,4	6,4	13,2	4,1	6,0
Schulen; Kultur	a)	3,8	19,2	12,4	13,5	12,5	21,2	14,7	11,4
	b)	1,5	8,3	8,0	7,9	5,6	11,8	7,8	5,5
darunter: Volks- und Hilfsschulen	a)	6,8	24,4	19,7	19,2	20,7	35,3	22,7	17,4
	b)	3,8	14,3	15,2	12,3	14,0	25,3	16,8	11,2
Fürsorge und Jugendhilfe, Gesundheits- und Jugend- pflege	a)	0,7	2,3	2,3	1,7	3,5	5,5	1,9	2,0
	b)	0,2	0,8	1,3	0,9	1,0	2,7	1,2	0,8
Bau- und Wohnungswesen	a)	3,8	15,0	8,5	11,2	12,3	20,9	13,9	10,4
	b)	1,4	7,5	5,3	6,2	5,3	12,4	8,7	5,1
darunter: Straßen, Wege, Brücken	a)	5,9	16,8	10,3	15,6	16,9	28,3	18,0	13,9
	b)	2,3	10,2	6,8	9,7	8,7	19,7	12,7	7,6
Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	a)	2,0	24,8	16,9	8,5	20,7	27,1	3,9	14,0
	b)	0,6	8,3	10,2	3,4	8,5	13,8	1,7	5,6
Finanz- und Steuerverwaltung, nicht aufteilbarer Schuldendienst	a)	0,4	18,0	9,9	10,8	18,6	11,2	0,8	9,1
	b)	0,2	9,4	7,2	7,0	9,5	7,7	0,5	5,2
Erwerbsvermögen (soweit den Kämmererverwaltungen zuge- rechnet)	a)	2,6	24,7	17,1	8,0	19,3	31,0	2,2	14,0
	b)	0,6	7,1	9,1	3,5	7,8	17,7	1,1	5,1
Zusammen	a)	2,3	15,0	11,2	8,9	13,0	19,4	6,7	9,6
	b)	0,8	6,2	6,9	4,9	5,4	11,1	3,9	4,4

Aufgaben der Heimatpflege u.ä., die für Landkreise und größere kreisangehörige Gemeinden keine so große Bedeutung haben. Im Aufgabengebiet "Bau- und Wohnungswesen" liegen nur die Anteile des Straßenwesens über, die für Wohnungsbau und Wohnsiedlung dagegen erheblich unter dem Durchschnitt. Die über dem Durchschnitt für alle Verwaltungszweige festgestellten Anteile im Verwaltungszweig "Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung" sind durch die

relativ hohen Ausgaben der Kleingemeinden (1954 : 37,6 Mill. DM) für Wirtschaftsförderung bedingt, die 31,2 vH der entsprechenden Ausgaben im "ländlichen Bereich", 19,3 vH bei allen kommunalen Gebietskörperschaften ausmachen. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um Ausgaben zur Förderung der Landwirtschaft, wie Bau von Feldwegen, Entwässerung, Flurbereinigung, Schädlings- und Seuchenbekämpfung u.dgl. Die Eigenausgaben für öffentliche Einrichtungen liegen dagegen mit ihren Anteilen nur wenig über ("ländlicher Bereich") bzw. unter (Gemeinden und Gemeindeverbände) dem Durchschnitt für alle Verwaltungszweige.

C. Die Einnahmen der Kleingemeinden

1. Zeitliche Entwicklung

Ein allgemeiner Überblick über die derzeitige Struktur der Einnahmen der Kleingemeinden wurde bereits in Abschnitt A, 2 gegeben. Dabei wurden die - gegenüber den anderen kommunalen Körperschaften relativ niedrigen - verwaltungszweiggebundenen Einnahmen den Ausgaben der betreffenden Verwaltungszweige gegenübergestellt. Bei den allgemeinen Deckungsmitteln wurde ein relativ niedriger Anteil der Steuern und steuerähnlichen Einnahmen, dagegen ein relativ hoher Anteil der Einnahmen aus Erwerbsvermögen ermittelt.

10. Einnahmen der Kleingemeinden

- vH -

Art der Einnahme	1949	1950	1951	1952	1953	1954
Spezielle Deckungsmittel ¹⁾ zus.	13,2	18,0	19,3	18,9	19,9	21,4
darunter:						
Gebühren	.	.	3,3	3,6	3,9	4,1
Schuldenaufnahmen aus Kreditmarktmitteln	.	.	2,9	3,7	5,0	6,6
Entnahmen aus Rücklagen	.	.	2,6	2,2	2,3	2,3
Allgem. Deckungsmittel ¹⁾ zus.	66,7	60,3	58,6	59,1	55,9	53,8
darunter:						
Grundsteuer A ²⁾	33,8	32,0	27,2	24,9	24,0	22,7
Grundsteuer B ³⁾	6,1	5,8	5,1	4,7	4,6	4,5
Gewerbesteuer (Ertrag u. Kap.) ²⁾	7,6	7,8	10,7	12,3	13,4	13,8
Erwerbsvermögen	16,7	12,1	13,0	14,6	10,9	9,9
Verrechnungsverkehr						
Verwaltungszweiggeb. Zuweisungen	7,2	8,8	7,9	8,5	9,9	10,1
Darlehen von Gebietskörperschaften	.	.	2,7	2,1	2,1	2,6
Allgem. Finanzzuweisungen ⁴⁾ (Saldo)	12,6	12,7	11,2	11,0	11,6	11,6
Entnahmen aus Rücklagen für den Gesamthaushalt	0,2	0,2	0,3	0,4	0,4	0,4
Einnahmen insgesamt	100	100	100	100	100	100

1) Ohne Verrechnungsverkehr. - 2) Grundsteuerbeteiligungsbeträge bzw. Gewerbesteuerausgleichszuschüsse abgeglichen. -

3) Einschl. Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten. - 4) Einschl. Erstausrüstung (Saldo, 1949 = 2,3 Mill. DM).

Wie aus Textübersicht 10 zu ersehen, ist der Anteil der speziellen Deckungsmittel seit 1949 merklich gestiegen, was zu einem Großteil auf die Entwicklung der Schuldenaufnahmen zurückzuführen ist (vgl. Abschnitt 2).

Bei den allgemeinen Deckungsmitteln haben sich die Steuereinnahmen zwar zwischen 1949 und 1954 um rund 100 Mill. DM erhöht, der Anteil der für die Kleingemeinden wichtigsten Steuer - der Grundsteuer von landwirtschaftlichen Betrieben - an den Gesamteinnahmen ist jedoch von 33,8 vH auf 22,7 vH gesunken. Der an sich geringe Anteil der Grundsteuer B ist ebenfalls gesunken. Dagegen ist die Bedeutung der Gewerbesteuer auch bei den Kleingemeinden erheblich gestiegen. Die Einnahmen aus Erwerbsvermögen schwanken naturgemäß jährlich stark (z.B. vermehrte Einnahmen aus Waldbesitz durch überhöhte Einschläge wegen Sturmschäden); im ganzen ist ihre Bedeutung gegenüber 1949 (16,7 vH aller Einnahmen) stark zurückgegangen.

Der Zuweisungsverkehr erbrachte den Kleingemeinden im RJ. 21,7 vH aller Einnahmen, gegenüber 19,8 vH 1949. Dabei ist ein Stagnieren der Darlehensgewährung von Gebietskörperschaften sowie der allgemeinen Finanzaufweisungen zu beobachten, wogegen die Bedeutung der verwaltungszweiggebundenen Zuweisungen kontinuierlich wächst.

2. Spezielle Deckungsmittel

Unter den speziellen Deckungsmitteln im engeren Sinne (d.h. ohne Einnahmen aus dem verwaltungszweiggebundenen Verrechnungsverkehr) überwiegen bei den Kleingemeinden die vermögenswirksamen Einnahmen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Einnahmen aus Gebühren, Entgelten und Strafen, die bei den größeren Körperschaften ein beträchtliches Gewicht haben, hier nur knapp ein Fünftel der speziellen Deckungsmittel betragen. Die übrigen vermögensunwirksamen Einnahmen (Zinsen, Mieten und Pachten, Ersätze) liegen anteilmäßig etwa in der gleichen Höhe wie bei den übrigen kommunalen Körperschaften.

11. Spezielle Deckungsmittel der Kleingemeinden 1954

- Mill. DM -

Verwaltungszweig	Vermögensunwirksame Einnahmen		Vermögenswirksame Einnahmen			Spezielle Deckungsmittel insgesamt
	Zusammen	Darunter: Gebühren, Entgelte, Strafen	Zusammen	Darunter:		
				Schuldenaufnahmen aus Kreditmarktmitteln usw.	Entnahmen aus Rücklagen, Vermögenserlöse	
Kämmereiverwaltungen zusammen	60,3	27,6	83,1	43,8	26,4	143,4
dagl. in vH der Summe						
Kreisangeh. Gemeinden, Ämter und Landkreise	6,2	4,8	9,4	7,9	11,0	7,8
Gemeinden u. Gemeindeverbände	2,3	1,6	4,0	2,9	5,8	3,2
Darunter:						
Schulen	7,8	0,2	13,9	7,3	5,5	21,6
Bau- und Wohnungswesen	7,5	2,4	26,7	15,2	6,4	34,3
Öffentl. Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	29,5	16,7	12,9	6,9	4,1	42,4
Wirtschaftliche Unternehmen	-	-	23,2	12,8	5,6	23,2

Unter den vermögenswirksamen speziellen Deckungsmitteln, die 1954 mit 83,1 Mill.DM 58 vH aller speziellen Deckungsmittel der Kleingemeinden ausmachen, sind die Schuldenaufnahmen aus Kreditmarktmitteln und inneren Darlehen mit 43,8 Mill.DM am bedeutendsten. Einschließlich der Darlehen von Gebietskörperschaften (vgl. Abschnitt 4) belief sich die Kreditaufnahme der Kleingemeinden somit im Rechnungsjahr 1954 auf 61,4 Mill.DM. Unter den speziellen Deckungsmitteln spielen weiter Vermögenserlöse und Entnahmen aus Rücklagen und Kapitalvermögen eine große Rolle. Der Anteil dieser Einnahmen und der Schuldenaufnahme vom Kreditmarkt ist insbesondere im Verhältnis zu den entsprechenden Einnahmen anderer kommunaler Körperschaften beachtlich. 1954 entfielen 9,1 vH aller Vermögenserlöse der gemeindlichen Körperschaften auf die Kleingemeinden. Auch diese Einnahmen konzentrieren sich bei den Kleingemeinden auf einige Verwaltungszweige:

Verwaltungszweig	Anteile der Kleingemeinden in vH der Summe			
	Kreisangehörige Gemeinden, Ämter und Landkreise		Gemeinden und Gemeindeverbände	
	Schuldenaufnahmen 1)	Vermögenserlöse 2)	Schuldenaufnahmen 1)	Vermögenserlöse 2)
Volksschulen	11,3	15,6	6,2	12,2
Straßen, Wege und Brücken	14,0	20,3	6,7	9,0
Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	7,0	13,3	3,0	6,7
Erwerbsvermögen	11,5	11,9	3,3	5,6

1) Ohne solche bei Gebietskörperschaften. - 2) Einschl. Entnahmen aus Rücklagen und Kapitalvermögen.

Die übrigen vermögenswirksamen Einnahmen bestehen zu mehr als der Hälfte aus Zahlungen von Zweckverbänden und sonstigen Körperschaften, Verbänden und Vereinen, die in den außerordentlichen Rechnungen der Kleingemeinden verbucht wurden - überwiegend beim Bau- und Wohnungswesen und Erwerbsvermögen - und anderen außerordentlichen Einnahmen; Darlehensrückflüsse von 1,9 Mill.DM sind ebenfalls hier nachgewiesen. Die vermögenswirksamen speziellen Deckungsmittel sind vorwiegend in der a.o. Rechnung der Kleingemeinden verbucht, nur ein Teil der Rücklagenentnahmen, Vermögenserlöse und Darlehensrückflüsse erscheint in der ordentlichen Rechnung.

3. Allgemeine Deckungsmittel (ohne allgemeine Finanzzuweisungen)

Grundlage der Finanzkraft sind auch bei den Kleingemeinden die Steuereinnahmen; sie erbringen 42 vH aller Einnahmen. Ihr Anteil an der Summe der allgemeinen Deckungsmittel ist allerdings bei den Kleingemeinden mit 66 vH niedriger als bei der Summe aller kommunalen Körperschaften (etwa drei Viertel).

12. Allgemeine Deckungsmittel der Kleingemeinden 1954

(ohne allgem. Finanzzuweisungen)

Bezeichnung	Nord- rhein- West- falen	Bayern	Baden- Würt- tem- berg	Nieder- sach- sen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Schles- wig- Hol- stein	Bundes- gebiet
- Mill. DM -								
A. Steuern u. steuerähnliche Einnahmen								
1. Realsteuern								
Grundsteuer A 1)	7,4	44,1	25,2	32,7	13,9	16,3	12,1	151,8
Grundsteuer B 2)	3,1	6,8	5,7	5,3	2,8	4,0	2,0	29,8
Gewerbesteuer nach Ertrag u. Kapital	8,2	17,7	15,9	14,7	7,0	11,2	3,3	78,1
Lohnsummensteuer	0,2	-	-	0,1	0,2	0,4	-	0,9
Gewerbesteuerausgleichszuschüsse								
- Saldo -	1,9	2,7	3,7	2,1	2,2	1,6	0,3	14,4
Realsteuern zusammen	20,8	71,4	50,5	55,0	25,1	33,5	17,7	275,0
2. Übrige Gemeindesteuern	0,5	1,6	1,2	0,8	0,5	1,4	0,4	6,5
Steuern zusammen	21,3	72,9	51,7	55,9	26,6	34,9	18,1	281,5
3. Steuerähnliche Einnahmen	0,7	5,2	2,1	1,3	0,9	1,4	0,4	12,0
B. Erwerbsvermögen (soweit den allgem. Deckungsmitteln zugerechnet)								
4. Überschüsse der wirtschaftlichen Unternehmen	2,7	8,2	21,3	0,0	11,8	13,3	- 0,1	57,1
davon:								
Wasserversorgung	- 0,4	- 0,2	- 1,9	- 0,1	- 0,5	- 1,5	- 0,0	- 4,5
Land- u. forstwirtschaftl. Unternehmen	2,9	7,4	23,1	0,1	12,3	14,4	0,0	60,2
Sonst. wirtschaftl. Unternehmen	0,1	1,0	0,1	- 0,0	0,1	0,4	- 0,1	1,5
5. Erträge des allgem. Kapital- und Grundvermögens	0,9	2,8	1,3	1,1	1,7	1,1	0,4	9,3
Erwerbsvermögen zusammen	3,6	11,0	22,6	1,1	13,5	14,3	0,3	66,4
Gesamtsumme	25,6	89,1	76,4	58,3	41,0	50,7	18,7	359,9
- vH der Summe "kreisangehörige Gemeinden, Ämter und Landkreise" -								
Grundsteuer A 1)	22,2	60,7	41,4	47,0	44,6	52,3	46,8	46,7
Grundsteuer B 2)	2,7	13,3	8,2	10,0	9,5	14,2	8,3	8,0
Gewerbesteuer nach Ertrag u. Kapital	2,0	10,8	5,2	9,1	5,8	14,1	7,3	6,1
Realsteuern zusammen	3,3	24,3	11,4	18,7	15,0	23,0	18,2	13,2
Steuern insgesamt	3,1	22,8	10,9	17,6	14,3	22,0	16,7	12,5
Steuerähnliche Einnahmen	20,0	62,4	29,6	35,2	44,5	41,6	33,9	41,0
Überschüsse der wirtschaftlichen Unternehmen	7,2	35,7	33,8	0,3	30,1	51,1	.	27,5
darunter: Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	25,8	38,8	39,2	5,3	39,2	68,0	0,1	41,5
Erträge des allgem. Kapital- und Grundvermögens	9,1	43,3	16,6	17,5	29,4	38,5	23,3	22,6
Gesamtsumme	3,5	25,0	13,8	17,1	17,6	26,6	16,1	14,3

1) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen. - 2) Einschl. Grundsteuerbeiträge für Arbeiterwohnstätten.

Die wichtigste Einnahmequelle der Kleingemeinden ist nach wie vor die Grundsteuer A, die diesen Körperschaften 1954 151,9 Mill.DM erbrachte. Ihr Aufkommen im "ländlichen Bereich" fließt zwischen 40 und 50 vH den Kleingemeinden zu; in Bayern beträgt der Anteil 60 vH, in Nordrhein-Westfalen 22 vH.

Die Gewerbesteuer einschließlich der Lohnsummensteuer brachte den Kleingemeinden 1954 78,1 Mill.DM. Ihre Bedeutung ist länderspezifisch sehr verschieden. In Nordrhein-Westfalen übersteigt ihr Ertrag für die Kleingemeinden den der Grundsteuer A; auch in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg sind die Einnahmen gemessen an den Erträgen der Grundsteuer A bedeutend. Im ganzen vereinnahmen die Kleingemeinden allerdings nur 6 vH des Gewerbesteueraufkommens im "ländlichen Bereich". Der Gewerbesteuerausgleich bringt naturgemäß in allen Ländern weitere Einnahmen für die Kleingemeinden.

Von den Verbrauch- und Aufwandsteuern, die für die Kleingemeinden 1954 6,2 Mill.DM ergaben, hat nur die Hundesteuer (3,9 Mill.DM) größeres Gewicht. Ihr Aufkommen im ländlichen Bereich fällt im Durchschnitt zwischen 17,6 vH, in Rheinland-Pfalz und Bayern zu einem Drittel den Kleingemeinden zu. Steuerähnliche Einnahmen, in der Hauptsache aus Hand- und Spanndiensten oder nicht verteilten Pachteinahmen, werden vor allem in Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz nachgewiesen. Aus dem Erwerbsvermögen fallen den Kleingemeinden 9,9 vH ihrer Gesamteinnahmen zu. Bei den kreisangehörigen Gemeinden, Ämtern und Landkreisen zusammen beträgt dieser Anteil 4,1 vH, bei allen kommunalen Körperschaften 3,6 vH. Den Großteil dieser Einnahmen erbringen den Kleingemeinden land- und forstwirtschaftliche Unternehmen (1954 : 60,2 Mill.DM), in der Hauptsache Waldbesitz, während die wichtigsten Versorgungsbetriebe dieser Gemeindegrößenklasse, die Wasserwerke, in allen Ländern Zuschüsse erfordern (1954 : 4,5 Mill.DM). Die Erträge aus land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen fallen 1954 zu vier Zehntel in Baden-Württemberg an. Von den Erträgen des allgemeinen Kapital- und Grundvermögens sind insbesondere die Einnahmen der Kleingemeinden in Bayern von Bedeutung.

4. Zuweisungen und Darlehen von Gebietskörperschaften

Die Einnahmen und Ausgaben aus dem Verrechnungsverkehr mit anderen Gebietskörperschaften und die Bedeutung dieser Zahlungen für die Finanzwirtschaft der Kleingemeinden werden im einzelnen in Abschnitt D dieses Berichts behandelt. Hier soll nur ein Überblick über Art und Umfang der Einnahmen aus Zuweisungen und Darlehen gegeben werden.

88 vH der Einnahmen der Kleingemeinden aus dem Verrechnungsverkehr stammen aus den staatlichen Haushalten, über die Hälfte davon aus allgemeinen Finanzausweisungen (1954 : 77,6 Mill.DM), von denen die Schlüsselzuweisungen die wichtigsten sind. Die Zahlungen der Länder zum Ausgleich der weggefallenen Bürgersteuer sind 1954 im allgemeinen (mit Ausnahme von Niedersachsen und Restbeträgen in Baden-Württemberg) bei Errechnung der Schlüsselmasse berücksichtigt. In einzelnen Ländern, insbesondere in Baden-Württemberg, erhalten die Kleingemeinden beträchtliche Bedarfszuweisungen.

13. Verrchnungsverkehr der Kleingemeinden
im Rechnungsjahr 1954

- Mill.DM -

Art der Einnahme	Nordrhein- Westfalen	Bayern	Baden- Württem- berg	Nieder- sachsen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Schles- wig- Holstein	Bundes- gebiet
1. Verwaltungszweiggeb. Zuweisungen								
a) der Länder	6,9	8,9	10,5	4,1	7,7	6,3	6,4	50,8
darunter:								
Volks- u. Hilfsschulen	3,9	1,3	2,3	2,3	2,8	1,6	1,0	15,1
Straßen, Wege, Brücken	1,4	4,5	1,3	1,1	1,1	3,0	3,3	15,7
Übriges Bau- u. Wohnungswesen	0,2	0,1	0,7	0,0	0,3	0,1	0,1	1,5
Öffentl. Einrichtungen, Wirtschafts- förderung	0,4	0,9	2,1	0,3	1,4	0,7	0,5	6,3
Wirtschaftl. Unternehmen	0,5	2,0	3,8	0,3	1,7	0,8	1,4	10,6
b) der Gemeinden (Gv.)	3,0	3,2	1,8	3,1	1,8	2,5	1,0	16,5
darunter:								
Volks- u. Hilfsschulen	0,4	0,7	0,4	0,6	0,6	0,3	0,1	3,0
Straßen, Wege, Brücken	2,0	1,7	0,3	1,3	0,3	1,0	0,8	7,4
2. Darlehen								
a) der Länder	1,0	4,4	2,9	0,7	1,4	2,0	1,9	14,3
darunter:								
Volks- u. Hilfsschulen	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,6	0,4	1,4
Straßen, Wege, Brücken	0,5	1,7	0,3	0,2	0,1	0,3	0,9	4,0
Übriges Bau- u. Wohnungswesen	0,3	0,3	0,6	0,1	0,2	0,2	0,6	2,2
Öffentl. Einrichtungen, Wirtschafts- förderung	0,1	0,1	0,6	0,1	0,4	0,3	-	1,6
Wirtschaftl. Unternehmen	0,0	2,2	1,2	0,2	0,6	0,7	0,0	5,0
b) der Gemeinden (Gv.)	0,2	0,5	0,6	0,6	1,0	0,4	0,1	3,3
darunter:								
Volks- u. Hilfsschulen	0,1	0,1	0,2	0,4	0,1	0,0	0,0	1,0
Straßen, Wege, Brücken	-	0,2	0,0	0,1	0,1	0,1	0,0	0,6
3. Allgemeine Finanzzuweisungen	15,0	16,1	21,1	9,8	5,5	7,1	2,9	77,6
davon:								
Schlüsselzuweisungen	12,9	15,6	14,1	7,0	5,4	6,2	2,7	64,1
Bürgersteuerausgleichbeträge	-	-	0,1	2,3	-	-	-	2,4
Grundsteuerausgleichzuweisungen	0,2	0,0	-	-	0,0	0,2	-	0,3
Bedarfszuweisungen	1,9	0,5	6,9	0,2	0,1	0,6	0,1	10,3
darunter:								
aus dem Ausgleichfonds	1,9	-	6,8	0,2	0,0	0,6	0,1	9,8
Sonstige	-	0,0	0,0	0,3	0,0	0,1	0,0	0,4
Zusammen	26,1	33,2	36,8	18,3	17,3	18,4	12,3	162,5

Den Einnahmen der Kleingemeinden aus verwaltungszweiggebundenen Zuweisungen der staatlichen Haushalte in Höhe von 50,8 Mill.DM stehen Zuweisungsausgaben der kleinen Gemeinden (ohne Umlagen) von 13,9 Mill.DM gegenüber (vgl. Abschnitt B, 3). Von den Einnahmen entfallen etwa je 30 vH auf das Volksschul- und Straßenwesen, etwa 20 vH auf wirtschaftliche Unternehmen und etwa 12 vH auf öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung (hauptsächlich auf öffentliche Einrichtungen). Die Darlehensgewährung der Länder an Kleingemeinden war 1954 in Bayern und Baden-Württemberg am höchsten. Die Kredite entfallen zu einem Drittel auf wirtschaftliche Unternehmen, zu etwa 28 vH auf das Straßenwesen. Der Verrechnungsverkehr zwischen den staatlichen Körperschaften und den Kleingemeinden erhält dadurch eine besondere Note, daß außer den Darlehen auch ein relativ hoher Teil der Zuweisungen in der außerordentlichen Rechnung der Gemeinden nachgewiesen ist (vgl. auch Abschnitt D).

Die Kleingemeinden vereinnahmten 1954 aus verwaltungszweiggebundenen Zuweisungen anderer kommunaler Körperschaften 16,5 Mill.DM, denen Zuweisungsausgaben der Kleingemeinden in Höhe von 25,4 Mill.DM gegenüberstehen. Die Zuweisungseinnahmen fallen hauptsächlich im Straßenwesen (7,4 Mill.DM), bei Volksschulen (3,0 Mill.DM) und öffentlichen Einrichtungen (1,6 Mill.DM) an. Darlehen von anderen kommunalen Körperschaften (3,3 Mill.DM) wurden ebenfalls überwiegend für Volksschulen und im Bau- und Wohnungswesen gewährt.

D. Die Kleingemeinden im kommunalen Finanzausgleich

1. Allgemeines

Finanzausgleich im weiteren Sinne sind alle Maßnahmen zur Verteilung öffentlicher Aufgaben und Deckungsmittel, die

eine möglichst reibungslose Erfüllung der öffentlichen Aufgaben bei möglichst geringen Kosten und

eine möglichst gleichmäßige Verteilung der öffentlichen Leistungen über das ganze Staatsgebiet

sicherstellen sollen. Das Ziel des Finanzausgleichs kann somit durch

- a) Maßnahmen der Aufgabenverteilung
 - b) Zuweisung laufender Einnahmen
 - c) Überweisung von Deckungsmitteln
- einer an andere Gebietskörperschaften

erreicht werden. Alle drei Momente müssen bei Untersuchung des Finanzausgleichs für die Kleingemeinden, insbesondere beim regionalen Vergleich berücksichtigt werden.

Die Finanzausgleichsgesetzgebung der Länder geht im allgemeinen von der landesrechtlich geregelten Aufgabenverteilung aus. Trotz einschneidender regionaler Unterschiede hat sie das Grundkonzept des preußischen Finanzausgleichs nicht verlassen, nach dem

die Realsteuern die Grundlage der gemeindlichen Finanzkraft bilden - für die Gemeindeverbände im Wege der Umlagen;

die Gemeinden am Aufkommen aus Steuern des Staates durch allgemeine Finanzausgleichsleistungen beteiligt sind;

zweckgebundene Zuschüsse und Beiträge das System ergänzen, insbesondere regionale Unterschiede ausgleichen.

Die Landesgesetzgebung hat darüber, welche Lasten durch allgemeine Finanzausgleichsleistungen, welche durch spezielle Zuweisungen ausgeglichen werden sollen, in Einzelfällen unterschiedlich entschieden. Die folgende Untersuchung hält zwar aus Gründen der statistischen Darstellung an der Trennung zwischen "allgemeinem" und "speziellem" Finanzausgleich fest; regionale Vergleiche sollen jedoch im allgemeinen den gesamten Finanzausgleich berücksichtigen.

2. Allgemeine Deckungsmittel, Finanzausgleichsleistungen und Umlagen

Die allgemeinen Deckungsmittel der Kleingemeinden, einschließlich der allgemeinen Finanzausgleichsleistungen sind in den Abschnitten B 2 und 4 dargestellt. Eine Umrechnung der absoluten Beträge in DM je Einwohner zeigt im einzelnen folgendes:

Die Einnahmen der Kleingemeinden aus allgemeinen Deckungsmitteln (ohne Finanzausgleichsleistungen) liegen in Baden-Württemberg wegen der hohen Steuerkraft und der überdurchschnittlichen Einnahmen aus Erwerbsvermögen relativ hoch. Baden-Württemberg ist auch das einzige Land, in dem die Einnahmen der Kleingemeinden aus allgemeinen Finanzausgleichsleistungen die Umlageausgaben übersteigen, was z.T. auf die Höhe der Bedarfszuweisungen (6,9 Mill.DM) zurückzuführen ist.

Im übrigen liegen nur noch die Finanzausgleichsleistungen in Nordrhein-Westfalen erheblich über dem Durchschnitt. Die Umlagen fallen insbesondere in den Ländern mit Ämterverfassung (Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein) ins Gewicht. In Niedersachsen und Bayern ist der Umlagebedarf der Landkreise z.T. auch durch eine Landes- bzw. Bezirksumlage erhöht (in Bayern werden die Stellenbeiträge für Volksschullehrer von den Bezirksverbänden in Form einer allgemeinen Umlage an das Land geleistet). Der Gewerbesteuerenausgleich hat für die Kleingemeinden als Mittel des zwischengemeindlichen Finanzausgleichs von 1949 (4,1 Mill.DM) auf 1954 (14,4 Mill.DM) an Bedeutung gewonnen.

Aus den beiden letzten Spalten der Übersicht 14 ist ersichtlich, daß im gesamten "ländlichen Bereich" die allgemeinen Finanzausgleichsleistungen zwar in DM je Einwohner berechnet erheblich höher liegen als bei den Kleingemeinden, im Verhältnis zu den eigenen allgemeinen Deckungsmitteln jedoch etwa die gleiche Rolle spielen wie bei den Kleingemeinden, während ihre Bedeutung für die Summe der Gemeinden und Gemeindeverbände etwas zurücktritt. Durch Weitergabe allgemeiner Mittel an Aufgabenträger einer höheren Ebene in Form von Umlagen entsteht dagegen für den gesamten kommunalen Bereich kaum eine Veränderung, so daß sich die allgemeinen Mittel der kommunalen Körperschaften durch den allgemeinen Finanzausgleich merklich erhöhen.

14. Allgemeine Deckungsmittel, Finanzzuweisungen und Umlagen

der Kleingemeinden 1954

Einnahmen aus	Nord- rhein- West- falen	Bayern	Baden- Würt- tem- berg	Nieder- sach- sen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Schles- wig - Hol- stein	Zu- sammen	Dagegen	
									Ka. Gemein- den und Ämter, Land- kreise	Gemein- den und Gemeinde- verbände insgesamt
Mill. DM										
Steuern und Erwerbsvermögen ¹⁾	23,7	86,4	72,7	56,2	38,9	49,1	18,5	345,5	2 485,9	5 152,0
Gewerbesteuer ausgleich	1,9	2,7	3,7	2,1	2,2	1,6	0,3	14,4	36,4	1,9
Allgem. Finanzzuweisungen ²⁾	15,0	16,1	21,1	9,8	5,5	7,1	2,9	77,6	548,5	879,9
Zusammen	40,6	105,2	97,5	68,2	46,6	57,8	21,6	437,5	3 070,8	6 033,8
davon ab:										
Kreisumlagen ²⁾	9,0	37,0	12,7	22,6	8,8	10,7	5,1	105,9	121,3 ³⁾	97,3 ³⁾
Ämterumlagen	9,1	-	-	-	-	8,4	2,8	20,3		
Verbleibende Deckungsmittel	22,5	68,3	84,8	45,6	37,8	38,7	13,5	311,2	2 949,5	5 936,5
DM je Einwohner										
Steuern und Erwerbsvermögen ¹⁾	44,82	38,13	67,74	44,14	47,34	52,03	50,33	47,49	80,71	109,23
Gewerbesteuer ausgleich	3,54	1,19	3,46	1,65	2,63	1,69	0,78	1,98	1,18	0,04
Allgem. Finanzzuweisungen ²⁾	28,36	7,10	19,66	7,70	6,75	7,55	7,84	10,66	17,81	18,66
Zusammen	76,73	46,43	90,86	53,48	56,72	61,27	58,95	60,14	99,70	127,93
davon ab:										
Kreisumlagen ²⁾	17,05	16,30	11,81	17,71	10,68	11,30	14,48	14,56	3,94 ³⁾	2,06 ³⁾
Ämterumlagen	17,20	-	-	-	-	8,95	7,60	2,80		
Verbleibende Deckungsmittel	42,48	30,13	79,04	35,78	46,04	41,02	36,87	42,78	95,76	125,87

1) Einschl. steuerähnlicher Einnahmen, aber ohne Gewerbesteuer ausgleich. - 2) Jeweils Saldo. - 3) Alle Umlagen (Saldo).

Die laufenden Veränderungen der Aufgaben der öffentlichen Verwaltung und deren Kosten einerseits, der eigenen Einnahmen auf den einzelnen Ebenen der Verwaltung andererseits machen eine ständige Anpassung auch der allgemeinen Finanzzuweisungen und Umlagen erforderlich. Eine automatische Angleichung - wenigstens an die Entwicklung der Einnahmen - ist das Ziel des "Steuerverbundes", der im Rechnungsjahr 1954 in Baden-Württemberg und Niedersachsen eingeführt wurde ¹⁾. Inwieweit

1) Schleswig-Holstein führt den Finanzausgleich nach Grundsätzen des Steuerverbundes ab 1955, Hessen ab 1956 durch.

die allgemeinen Finanzaufweisungen tatsächlich mit der Entwicklung der allgemeinen Deckungsmittel im ganzen Schritt halten, zeigt Übersicht 15.

Zwischen 1951 und 1954 sind die allgemeinen Einnahmen im kommunalen Bereich etwa im gleichen Ausmaß gestiegen wie bei den Ländern. Der Zeitabschnitt ist willkürlich gewählt, die Entwicklung auf staatlicher Seite durch die wechselnde Verteilung der Steuern zwischen Bund und den Ländern, auf kommunaler Seite durch die Steigerung des Gewerbesteueraufkommens (Einsetzen der endgültigen Veranlagungen) stark beeinflusst. Auch Verwaltungsumgliederungen, wie z.B. durch das hessische Gesetz über die Mittelstufe der Verwaltung und die nordrhein-westfälische Landschaftsverbandsordnung von 1953 bewirken erhebliche Veränderungen. Von 1954 auf 1955 setzt sich im übrigen bereits eine stärkere Erhöhung der Länder- und eine abgeschwächte der kommunalen Einnahmen durch, wie aus Ergebnissen der Vierteljahresstatistiken zu erkennen ist.

15. Entwicklung der allgemeinen Deckungsmittel

- vH -

Art der Einnahmen	1951	1952	1953	1954
1. Allgemeine Deckungsmittel der Länder zusammen	100,0	119,8	125,9	132,0
2. Allgemeine Deckungsmittel der Gemeinden und Gemeindeverbände zusammen ¹⁾	100,0	114,8	123,5	135,7 (133,1) ³⁾
darunter:				
Finanzaufweisungen ²⁾	100,0	105,3	105,3	111,5 (104,4) ³⁾
Steuern, steuerähnliche Einnahmen und Erwerbsvermögen	100,0	117,6	128,3	140,2
3. Allgemeine Deckungsmittel der Kleingemeinden zusammen ¹⁾	100,0	114,0	117,5	124,4
davon:				
Allgemeine Finanzaufweisungen ²⁾	100,0	110,2	127,1	137,9
Allgemeine Umlagen ²⁾	100,0	110,1	119,7	125,1
Übrige	100,0	113,4	116,5	122,1

1) Einschl. allgemeiner Finanzaufweisungen und Umlagen (Salden). - 2) Saldo. - 3) Ohne Landschaftsverbände in Nordrhein-Westfalen.

Für die vorliegende Untersuchung reichen die Angaben jedoch aus. Sie zeigen, daß die allgemeinen Finanzaufweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände - bei länderweise sehr unterschiedlicher Entwicklung - in der Summe seit 1952 stagnieren, wenn der Zugang, der 1954 durch die Erfassung der nordrhein-westfälischen Landschaftsverbände in der Gemeindefinanzstatistik entsteht, unberücksichtigt bleibt. Bei den Kleingemeinden sind

die eigenen allgemeinen Deckungsmittel wesentlich schwächer gestiegen, als bei den Ländern und den übrigen kommunalen Körperschaften, die Zugangsräte bei den allgemeinen Finanzzuweisungen dagegen übersteigt die der allgemeinen Deckungsmittel der Länder. Die Erhöhung der Umlagen liegt geringfügig über dem Anstieg der allgemeinen Deckungsmittel einschließlich des Verrechnungsverkehrs.

3. Spezieller Finanzausgleich

Die zweckgebundenen Zuschüsse und Beiträge, die den "speziellen Finanzausgleich" ausmachen, sind seit jeher nur zu einem Teil in den Finanzausgleichsgesetzen verankert. Im allgemeinen werden Staatszuschüsse gewährt, wenn Gemeinden an der Erfüllung staatlicher oder gemeinschaftlicher Aufgaben mitwirkten, im umgekehrten Fall zieht der Staat die Gemeinden zu Beiträgen heran. Der verwaltungszweckgebundene Verrechnungsverkehr dient insoweit der Finanzierung der sogenannten "Gemeinschaftsaufgaben". Der Zwang zu einem beschleunigten Wiederaufbau der öffentlichen Verwaltung und insbesondere ihrer Einrichtungen nach dem Zusammenbruch hat darüber hinaus den Einsatz erheblicher staatlicher Mittel, die in Form von Zuschüssen oder Darlehen gegeben werden, erforderlich gemacht. Schließlich entstehen den Gemeinden durch die Ausführung staatlicher Maßnahmen zur Liquidation der Kriegsfolgen erhebliche Ausgaben, die vom Staat ganz oder zum Teil übernommen werden (z.B. Kriegsfolgenhilfe, Lastenausgleich).

Für die Kleingemeinden haben nur einige der traditionellen Gebiete des speziellen Finanzausgleichs Bedeutung, nämlich die Verteilung der Lasten des Schulwesens, insbesondere des Volksschulwesens, des Straßenwesens und der Fürsorge. Andererseits ist hier die finanzielle Mitwirkung des Staates bei den öffentlichen Einrichtungen und den wirtschaftlichen Unternehmen von großer Wichtigkeit.

Um dem Zweck der einzelnen Finanzausgleichsleistungen besser gerecht zu werden, sind in der folgenden Untersuchung Ausgaben und Einnahmen weitgehend nach vermögenswirksamen bzw. vermögensunwirksamen getrennt. Zu den Verhältniswerten in DM je Einwohner ist zu bemerken, daß diese Umrechnung nur eine allgemeine Vorstellung der Größenordnungen bei Ausschaltung regionaler Unterschiede vermitteln können. Bei Spezialuntersuchungen über den Rahmen der hier gebotenen Auswertung hinaus sind die Angaben mit Vorsicht zu verwenden. Insbesondere muß allgemein in Rechnung gestellt werden, daß in Ländern, in denen die Einwohnerzahl der Kleingemeinden in den letzten Jahren stark gesunken ist (Schleswig-Holstein), die Verhältniswerte überhöht erscheinen.

a) Schulwesen

Stellt man die unmittelbaren Ausgaben ¹⁾ der Kleingemeinden für das Schulwesen den speziellen Deckungsmitteln gegenüber, ergibt sich für die vermögensunwirksame Rechnung ein regional ziemlich ausgeglichenes Bild. Nur Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen ragen durch relativ hohe Ausgaben je Einwohner

1) Bruttoausgaben abzüglich der Zuweisungen an Gebietskörperschaften.

16. Spezieller Finanzausgleich für die Kleingemeinden 1954

a) Schulwesen

- Mill. DM -

Bezeichnung	Nord- rhein- West- falen	Bayern	Baden- Würt- ten- berg	Nieder- sach- sen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Schles- wig- Hol- stein	Zu- sammen
A. Vermögensunwirksame Rechnung								
1. Unmittelbare Ausgaben ¹⁾	4,6	10,9	7,4	8,0	4,2	5,0	3,9	43,9
Spezielle Deckungsmittel	0,6	1,5	1,3	1,6	1,1	1,1	0,6	7,8
Mehrausgabe	4,0	9,4	6,1	6,4	3,1	3,9	3,3	36,2
DM je Einwohner	7,51	4,13	5,65	4,99	3,80	4,13	9,13	4,97
2. Verrechnungsverkehr zwischen Gemeinden und Gv. Ausgabe	0,1	1,5	1,0	8,4	0,2	0,1	0,1	11,4
Einnahme	0,1	0,5	0,5	0,1	0,1	0,1	0,1	1,5
Mehrausgabe ²⁾	0,0	1,1	0,5	8,3	0,1	- 0,1	0,0	9,9
1 und 2 zusammen	4,0	10,4	6,6	14,6	3,2	3,9	3,4	46,1
DM je Einwohner	7,56	4,60	6,14	11,49	3,87	4,12	9,24	6,34
3. Verrechnungsverkehr zwischen Bund/Land und Gemeinden/ Gemeindeverbänden Ausgabe	3,6	-	7,5	0,1	0,0	-	1,5	12,9
Einnahme	1,2	0,2	0,3	0,7	0,3	0,2	0,7	3,5
Mehrausgabe ²⁾	2,5	- 0,2	7,2	- 0,6	- 0,3	- 0,2	0,9	9,3
1 bis 3 zusammen	6,5	10,3	13,8	14,1	2,9	3,7	4,2	55,4
DM je Einwohner	12,26	4,53	12,85	11,04	3,52	3,87	11,57	7,62
B. Vermögenswirksame Rechnung								
1. Unmittelbare Ausgaben ¹⁾	6,4	9,1	11,0	6,4	7,3	6,2	1,7	40,1
Spezielle Deckungsmittel	1,4	3,1	3,9	2,1	1,5	1,5	0,3	13,9
Mehrausgabe	5,0	6,0	7,1	4,3	5,8	4,7	1,4	34,2
DM je Einwohner	9,36	2,65	6,66	3,35	7,04	5,01	3,75	4,71
2. Verrechnungsverkehr zwischen Gemeinden und Gv., Mehreinnahme	0,4	0,5	0,2	0,9	0,6	0,2	0,1	2,9
1 und 2 zusammen	4,6	5,5	6,9	3,4	5,2	4,5	1,3	31,3
DM je Einwohner	8,59	2,42	6,44	2,67	6,29	4,78	3,57	4,31
3. Verrechnungsverkehr zwischen Bund/Land und Gemeinden/ Gemeindeverbänden Mehreinnahme	2,8	1,2	2,0	1,8	2,6	1,9	0,7	13,0
1 bis 3 zusammen	1,8	4,3	4,9	1,6	2,6	2,6	0,6	18,3
DM je Einwohner	3,31	1,90	4,53	1,26	3,13	2,76	1,58	2,52

1) Ausgaben ohne Zuweisungen an Gebietskörperschaften. - 2) Mehreinnahmen - Minus (-).

hervor. Durch den interkommunalen Verrechnungsverkehr werden in fast allen Ländern die Kleingemeinden belastet, allerdings länderweise sehr unterschiedlich: Von der Mehrbelastung in Höhe von 9,9 Mill.DM entfallen 8,3 Mill.DM auf Niedersachsen, 1,1 Mill.DM auf Bayern. Es handelt sich im wesentlichen um Zahlungen an größere Gemeinden, zu einem beträchtlichen Teil für weiterführende Schulen. Eine weitere erhebliche Verschiebung der Belastung ergibt sich aus den Stellen- bzw. Mehrstellenbeiträgen (insgesamt 12,9 Mill.DM), die zum großen Teil von den Kleingemeinden Baden-Württembergs (7,5 Mill.DM), Nordrhein-Westfalens und Schleswig-Holsteins geleistet werden. In Bayern werden die Stellenbeiträge von den Bezirksverbänden gezahlt, was sich auf die Höhe der Umlage auswirkt. Die vermögensunwirksame Rechnung für das Schulwesen ergibt eine Belastung der Kleingemeinden von 11 bis 12 DM je Einwohner in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, gegenüber Belastungen von 3,50 bis 4,50 DM je Einwohner in Hessen, Rheinland-Pfalz und Bayern.

Die Ausgaben der vermögenswirksamen Rechnung der Kleingemeinden sind in ihrer Höhe im wesentlichen durch die Finanzkraft der betreffenden Körperschaften bedingt. Für das Schulwesen liegen sie in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Hessen am höchsten. Durch vermögenswirksame spezielle Deckungsmittel, hauptsächlich Schuldenaufnahmen, Rücklagenentnahmen und Vermögenserlöse werden in den einzelnen Ländern zwischen 17 vH (Schleswig-Holstein) und 35 vH der Ausgaben gedeckt, wobei der Anteil in Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen ein Drittel übersteigt. Darlehen und außerordentliche Zuweisungen an Gebietskörperschaften kommen kaum vor. Dagegen fließen den Kleingemeinden solche Mittel in erheblichem Umfange von anderen kommunalen Gebietskörperschaften zu. Von der nach Abwicklung des interkommunalen Verrechnungsverkehrs verbleibenden Belastung (Saldo 1 und 2 der Übersicht 16 a) werden über 40 vH durch außerordentliche Zuweisungen (11,7 Mill.DM) und Darlehen (1,4 Mill.DM) des Staates gedeckt. Es handelt sich dabei sowohl um gesetzliche ("Baudritteln") als auch um freiwillige Leistungen (Wiederaufbaumittel u.dgl.). Die Entlastung ist in Nordrhein-Westfalen mit 61,4 vH relativ am stärksten; auch in Niedersachsen, Hessen und Schleswig-Holstein wird über die Hälfte der angegebenen Ausgaben durch staatliche Zuschüsse oder Darlehen finanziert. Die verbleibende, durch allgemeine Deckungsmittel zu deckende Belastung ist in Baden-Württemberg am höchsten. Sie ist gemessen am Zuschußbedarf der vermögensunwirksamen Rechnung relativ gering.

Ein Vergleich mit den entsprechenden Werten für alle Gemeinden und Gemeindeverbände zeigt, daß die Ausgaben im Einklang mit der höheren Finanzkraft der grösseren Körperschaften wesentlich höher liegen, daß sich jedoch die Entlastung durch staatliche Zuweisungen und Darlehen bei weitem nicht so stark auswirkt.

b) Straßen- und Wegewesen

Im Straßen- und Wegewesen der Kleingemeinden überwiegen vermögenswirksame Ausgaben stärker, als dies bei allen Gemeinden und Gemeindeverbänden der Fall ist, denn in der vermögensunwirksamen Rechnung fällt neben den sächlichen, vorwiegend Unterhaltungsausgaben nur geringer Personalaufwand an. Nach Abzug der vermögensunwirksamen speziellen Deckungsmittel, die regional recht unterschiedlich vereinnahmt werden, liegt die relative Belastung in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, aber auch in Schleswig-Holstein erheblich über dem Durchschnitt. Der zwischengemeindliche Verrechnungsverkehr hat keine große Bedeutung. Die relativ hohen Einnahmen der Kleingemeinden in Nordrhein-Westfalen stammen z.T. von den Landschaftsverbänden, denen u.a. auch die Förderung des gemeindlichen Wegebaues obliegt.

Die Kleingemeinden tragen die Straßenbaulast nur für Gemeindestraßen und -wege, im übrigen für Ortsdurchfahrten im Zuge von Landstraßen außerhalb eines 6 m, bei Bundesstraßen 9 m breiten Streifens, dessen Baulast das Land bzw. der Bund trägt. Die staatlichen Zuweisungen für die Kleingemeinden beschränken sich daher auf die Förderung des Baues und der Unterhaltung dieser Straßen bzw. Straßenteile. Nur 27 vH dieser Staatszuschüsse sind in den ordentlichen Rechnungen der Kleingemeinden nachgewiesen worden, wobei sich die Entlastung in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz relativ am stärksten auswirkte.

Sieben Zehntel der Ausgaben der Kleingemeinden für das Straßen- und Wegewesen gehören der vermögenswirksamen Rechnung an. Die Finanzierung durch spezielle Deckungsmittel - hier noch stärker als im Schulwesen auf Schuldenaufnahmen konzentriert - beträgt in Bayern, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz über 30 vH, in Baden-Württemberg und Hessen etwa 25 vH; sie ist in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen am niedrigsten. Der zwischengemeindliche Verrechnungsverkehr ist ohne große Bedeutung. Somit ergibt sich eine relative Belastung der Kleingemeinden, die in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz 11 DM je Einwohner und mehr beträgt, in allen übrigen Ländern zwischen 4,80 und 5,90 DM.

Durch staatliche Zuweisungen und Darlehen wird diese Belastung vor allem in Schleswig-Holstein stark herabgesetzt; auch in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und in Bayern fließen den Kleingemeinden erhebliche Mittel zu. Trotzdem verbleiben in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz über 8 DM je Einwohner durch allgemeine Deckungsmittel zu finanzieren; in Bayern (2,62 DM) und Schleswig-Holstein (3,39 DM) liegen diese Werte am niedrigsten.

16. Spezieller Finanzausgleich für die Kleingemeinden 1954

b) Straßen, Wege, Brücken und sonstiger Tiefbau

- Mill.DM -

Bezeichnung	Nord- rhein- West- falen	Bayern	Baden- Würt- tem- berg	Nieder- sach- sen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Schles- wig- Hol- stein	Zu- sammen
A. Vermögensunwirksame Rechnung								
1. Unmittelbare Ausgaben ¹⁾	4,5	7,9	6,8	3,5	3,1	4,8	2,4	33,0
Spezielle Deckungsmittel	0,7	1,2	0,5	1,1	1,1	1,2	0,2	6,0
Mehrausgabe	3,7	6,7	6,3	2,5	2,0	3,6	2,2	27,0
DM je Einwohner	7,00	2,95	5,86	1,94	2,48	3,85	5,90	3,71
2. Verrechnungsverkehr zwischen Gemeinden und Gv.								
Ausgabe	0,0	0,2	0,1	0,1	0,1	0,3	0,0	0,8
Einnahme	1,2	0,6	0,1	0,6	0,1	0,4	0,1	3,0
Mehrausgabe ²⁾	1,2	0,3	0,0	0,6	0,0	0,1	0,0	2,2
1 und 2 zusammen	2,5	6,3	6,3	1,9	2,0	3,5	2,2	24,8
DM je Einwohner	4,77	2,80	5,85	1,51	2,45	3,74	5,89	3,40
3. Verrechnungsverkehr zwischen Bund/Land und Gemeinden/ Gemeindeverbände								
Ausgabe	-	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-	0,1
Einnahme	0,7	1,2	0,6	0,4	0,6	0,8	0,0	4,3
Mehrausgabe ²⁾	0,7	1,2	0,5	0,4	0,6	0,8	0,0	4,2
1 bis 3 zusammen	1,8	5,1	5,7	1,5	1,5	2,8	2,1	20,6
DM je Einwohner	3,48	2,25	5,35	1,20	1,78	2,93	5,76	2,83
B. Vermögenswirksame Rechnung								
1. Unmittelbare Ausgaben ¹⁾	7,8	17,4	7,4	12,0	6,7	15,7	7,9	74,8
Spezielle Deckungsmittel	1,1	5,1	1,9	3,8	1,8	4,9	1,7	20,3
Mehrausgabe	6,6	12,3	5,5	8,2	5,0	10,8	6,1	54,6
DM je Einwohner	12,51	5,42	5,15	6,44	6,07	11,44	16,73	7,50
2. Verrechnungsverkehr zwischen Gemeinden und Gv.								
Mehreinnahme	0,8	1,4	0,2	0,7	0,3	0,5	0,8	4,5
1 und 2 zusammen	5,8	10,9	5,4	7,5	4,7	10,3	5,4	50,0
DM je Einwohner	11,04	4,81	5,01	5,92	5,68	10,94	14,65	6,88
3. Verrechnungsverkehr zwischen Bund/Land und Gemeinden/ Gemeindeverbänden								
Mehreinnahme	1,2	5,0	1,0	0,8	0,6	2,6	4,1	15,3
1 bis 3 zusammen	4,6	9,9	4,4	6,7	4,4	7,7	1,2	34,7
DM je Einwohner	8,73	2,62	4,06	5,26	4,98	8,20	3,39	4,77

1) Ausgaben ohne Zuweisungen an Gebietskörperschaften. - 2) Mehreinnahmen = Minus (-).

c) Fürsorge

Der für die Gesamtheit der kommunalen Körperschaften wichtige Ausgleich der Fürsorgelasten zwischen Staat und Gemeinden hat für die Kleingemeinden wenig Bedeutung. Dagegen fällt für sie der Verrechnungsverkehr mit den hauptsächlich Trägern der Fürsorge, den Bezirksfürsorgeverbänden, ins Gewicht. Da bei der Fürsorge von geringen Bauausgaben abgesehen hauptsächlich Bar- oder Sachleistungen getätigt werden, braucht auf die vermögenswirksame Rechnung nicht besonders eingegangen werden.

16. Spezieller Finanzausgleich für die Kleingemeinden 1954

c. Fürsorge und Jugendhilfe

- Mill.DM -

Bezeichnung	Nord- rhein- West- falen	Bayern	Baden- Württem- berg	Nieder- sachsen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Schles- wig- Holstein	Zusammen
1. Unmittelbare Ausgaben ¹⁾	1,0	1,1	2,5	0,3	0,3	0,8	0,1	6,0
Spezielle Deckungsmittel	0,2	0,4	0,7	0,2	0,3	0,2	0,0	1,9
Mehrausgabe	0,8	0,7	1,8	0,1	0,0	0,6	0,1	4,1
DM je Einwohner	1,49	0,31	1,66	0,11	0,00	0,64	0,31	0,57
2. Zuweisungsverkehr zwischen Gemeinden und Gv.								
Ausgabe	1,5	0,1	0,5	1,9	1,5	1,3	1,3	8,1
Einnahme	0,5	0,0	0,1	0,3	0,0	0,2	0,1	1,3
Mehrausgabe	0,9	0,1	0,4	1,7	1,5	1,1	1,2	6,8
1 und 2 zusammen	1,7	0,8	2,1	1,8	1,5	1,7	1,3	11,0
DM je Einwohner	3,28	0,34	2,00	1,40	1,78	1,83	3,64	1,51
3. Verrechnungsverkehr zwischen Bund/Land und Gemeinden/ Gemeindeverbänden Mehreinnahme	0,4	0,0	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6
1 bis 3 zusammen	1,4	0,8	2,0	1,8	1,4	1,7	1,3	10,4
DM je Einwohner	2,61	0,33	1,84	1,39	1,76	1,81	3,64	1,43

1) Ausgaben ohne Zuweisungen an Gebietskörperschaften.

Entsprechend der Aufgabenverteilung im Fürsorgewesen sind die unmittelbaren Ausgaben der Kleingemeinden in den meisten Ländern niedrig und werden durch spezielle Deckungsmittel, in der Hauptsache Ersätze, weiter vermindert (z.B. Hessen, Niedersachsen). Erhebliche Ausgaben entstehen in der Regel (abgesehen von Bayern) durch den zwischengemeindlichen Zuweisungsverkehr. Der Verrechnungsverkehr mit den Ländern verändert das Bild nicht wesentlich. Im Ergebnis haben die Kleingemeinden in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen eine erhebliche, in Bayern eine stark unterdurchschnittliche Belastung zu tragen.

Zu den traditionellen Gebieten des speziellen Finanzausgleichs gehört auch das Gesundheitswesen, das allerdings bei den Kleingemeinden keine große Bedeutung hat, da die Gesundheitsämter und Einrichtungen (Krankenanstalten u.dgl.) in der Regel von größeren Körperschaften getragen werden. Außerdem sind die Ausgaben und Einnahmen statistisch zusammen mit denen für Leibesübungen und Jugendpflege erfaßt, die nicht als Gemeinschaftsaufgaben anzusehen sind. Die Ausgaben der Kleingemeinden für diese Verwaltungszweige von 9,4 Mill.DM werden durch spezielle Deckungsmittel auf 4,3 Mill.DM vermindert. Der Zuweisungsverkehr mit anderen Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie mit staatlichen Körperschaften ist unbedeutend.

d) Gemeinschaftsaufgaben zusammen

Aus vorhergegangenen Abschnitten ist ersichtlich, daß die finanzstatistische Erfassung der "Gemeinschaftsaufgaben" bei den Kleingemeinden zwar begrifflich nicht restlos befriedigt, hinsichtlich der Abgrenzung statistisch relevanter Größenordnungen jedoch ausreicht. Die folgende Darstellung soll die Belastung der Kleingemeinden durch Gemeinschaftsaufgaben, unter besonderer Berücksichtigung des Verrechnungsverkehrs, zeigen, wobei auch hier auf die Frage, ob die relative Höhe der Belastung (in DM je Einwohner) eine Folge der Aufgabenverteilung oder eine Funktion der Finanzkraft ist, zunächst noch nicht eingegangen werden kann. Allgemein kann jedoch gesagt werden, daß Unterschiede in der Aufgabenverteilung für die vermögenswirksame Rechnung wenig Bedeutung haben, weshalb die gesonderte Darstellung der beiden Rechnungsarten beibehalten ist.

Die unmittelbaren Ausgaben der vermögensunwirksamen Rechnung für Gemeinschaftsaufgaben sind im Vergleich zu den entsprechenden Ausgaben aller Gemeinden und Gemeindeverbände gering. Sie werden durch spezielle Deckungsmittel fast um ein Viertel gemindert. Durch den zwischengemeindlichen Zuweisungsverkehr tritt im allgemeinen (Ausnahme: Nordrhein-Westfalen wegen der Zuweisungen im Straßenwesen) eine beträchtliche Vermehrung der Belastung ein, hauptsächlich durch das Schulwesen (Niedersachsen !) und die Fürsorge. Die Belastung ist danach in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Baden-Württemberg mit 14 bis 19 DM je Einwohner wesentlich höher als in Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz (8 bis 10 DM je Einwohner).

Durch den Verrechnungsverkehr mit den staatlichen Körperschaften werden die Kleingemeinden in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein belastet, und zwar hauptsächlich durch Schulstellenbeiträge, in den übrigen Ländern im Ergebnis entlastet. Allerdings übersteigt diese Entlastung in keinem Land wesentlich 1 DM je Einwohner; sie beträgt in Hessen 12,8 vH, in Rheinland-Pfalz 10,7 vH, in Bayern 7,9 vH und in Niedersachsen 5,2 vH der Belastung (Saldo 1 und 2 der Übersicht 16 d).

15. Spezieller Finanzausgleich für die Kleingemeinden 1954

d) Gemeinschaftsaufgaben zusammen
(Schulen, Fürsorge, Gesundheits- und Jugendpflege, Straßen, Wege, Brücken)

- Mill. DM -

Bezeichnung	Nord- rhein- West- falen	Bayern	Baden- Würt- tem- berg	Nieder- sach- sen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Schles- wig- Hol- stein	Zu- sammen
A. Vermögensunwirksame Rechnung								
1. Unmittelbare Ausgaben ¹⁾	10,2	22,0	17,3	12,4	8,3	11,2	6,6	88,0
Spezielle Deckungsmittel	1,6	5,2	3,0	2,9	2,5	2,7	0,9	18,8
Mehrausgabe	9,6	16,8	14,3	9,5	5,8	8,4	5,8	69,2
DM je Einwohner	16,29	7,40	13,31	7,45	7,07	8,96	15,75	9,51
2. Verrechnungsverkehr zwischen Gemeinden und Gv.								
Ausgabe	1,6	1,8	1,7	10,6	1,8	1,8	1,5	20,8
Einnahme	1,9	1,0	0,8	1,1	0,3	0,8	0,2	6,1
Mehrausgabe ²⁾	0,2	0,8	0,9	9,5	1,5	1,0	1,3	14,7
1 und 2 zusammen	8,4	17,6	15,2	18,9	7,3	9,4	7,1	83,9
DM je Einwohner	15,89	7,75	14,15	14,87	8,90	10,01	19,27	11,54
3. Verrechnungsverkehr zwischen Bund/Land und Gemeinden/ Gemeindeverbänden								
Ausgabe	3,6	0,0	7,6	0,1	0,0	0,0	1,5	13,0
Einnahme	2,2	1,4	1,0	1,1	1,0	1,0	0,7	8,5
Mehrausgabe ²⁾	1,4	1,4	6,6	1,0	0,9	1,0	0,8	4,5
1 bis 3 zusammen	9,8	16,2	21,8	18,0	6,4	8,4	7,9	88,5
DM je Einwohner	18,35	7,14	20,33	14,10	7,76	8,94	21,46	12,16
B. Vermögenswirksame Rechnung								
1. Unmittelbare Ausgaben ¹⁾	14,4	27,0	20,3	18,6	14,7	22,2	9,6	126,7
Spezielle Deckungsmittel	2,5	8,4	6,5	6,0	3,3	6,4	2,0	35,2
Mehrausgabe	11,8	18,6	13,9	12,6	11,3	15,8	7,5	91,5
DM je Einwohner	22,22	8,22	12,95	9,88	13,78	16,70	20,54	12,58
2. Verrechnungsverkehr zwischen Gemeinden und Gv. Mehreinnahme	1,2	1,9	0,4	1,5	1,0	0,7	0,8	7,5
1 und 2 zusammen	10,6	16,7	13,5	11,1	10,4	15,1	6,7	84,0
DM je Einwohner	19,97	7,38	12,55	8,67	12,63	15,98	18,28	11,54
3. Verrechnungsverkehr zwischen Bund/Land und Gemeinden/ Gemeindeverbänden Mehreinnahme	4,0	6,2	3,2	2,7	3,3	4,5	4,9	28,7
1 bis 3 zusammen	6,5	10,6	10,2	8,4	7,0	10,6	1,8	55,2
DM je Einwohner	12,35	4,67	9,54	6,52	8,57	11,23	5,03	7,59

1) Ausgaben ohne Zuweisungen an Gebietskörperschaften. - 2) Mehreinnahmen = Minus (-).

Unter Berücksichtigung des gesamten Zuweisungsverkehrs stellt sich in der vermögensunwirksamen Rechnung der Kleingemeinden die Belastung in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg mit 19 bis 21 DM je Einwohner am höchsten, in Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz mit 7 bis 9 DM je Einwohner relativ niedrig, während Niedersachsen mit 14 DM je Einwohner etwas über dem Bundesdurchschnitt liegt.

Der Zuweisungsverkehr mit den staatlichen Körperschaften wirkt sich bei den Kleingemeinden also wesentlich anders (nämlich in einer Mehrbelastung von etwa 5 vH) aus als bei der Summe aller Gemeinden und Gemeindeverbände, deren Belastung um ein Viertel verringert wird. Dies ist auf die hohen Zuweisungen an Bezirksfürsorgeverbände und im Straßenwesen zurückzuführen. Daher ist die Belastung aller kommunalen Körperschaften durch vermögensunwirksame Ausgaben und Einnahmen für die Gemeinschaftsaufgaben je Einwohner vor Abwicklung des Verrechnungsverkehrs mit den Ländern etwa fünf mal so hoch wie die der Kleingemeinden, danach dagegen nur 3 1/2 mal so hoch.

In der vermögenswirksamen Rechnung für die Gemeinschaftsaufgaben bildet Schleswig-Holstein einen Sonderfall. Die für die Finanzkraft dieser Körperschaften außerordentlich hohe Belastung von 18,28 DM je Einwohner (nach Abgleich des zwischengemeindlichen Verrechnungsverkehrs) entsteht hauptsächlich durch hohe Aufwendungen für den Straßen- und Wegebau (14,65 DM je Einwohner), die zu einem großen Teil durch außerordentliche Zuweisungen und Darlehen staatlicher Körperschaften gedeckt werden, so daß die verbleibende Belastung der Kleingemeinden gering ist. Die Belastung der Kleingemeinden in Rheinland-Pfalz, im wesentlichen bedingt durch hohe Aufwendungen für Straßen und Wege, erscheint im Verhältnis zur Finanzkraft dieser Körperschaften ebenfalls recht hoch (15,98 DM je Einwohner, davon zwei Drittel für Straßen und Wege). Auch die Aufwendungen der Kleingemeinden in Nordrhein-Westfalen sind bedeutend (fast 20 DM je Einwohner), doch stehen hier beträchtliche Landesmittel zur Verfügung. Die Entlastung durch staatliche Zuweisungen und Darlehen beträgt in Nordrhein-Westfalen und Bayern etwa 37 bis 38 vH, in Hessen 32 vH, in Baden-Württemberg und Niedersachsen 24 vH.

e) Übrige Verwaltungszweige und Kämmereiverwaltungen zusammen

Die übrigen Aufgabenbereiche, die in den Finanzausgleichsgesetzen eine Rolle spielen, insbesondere die Polizei und das Gesundheitswesen, sind für die Kleingemeinden ohne besondere Bedeutung. Andere Verwaltungszweige dagegen, die nicht als "Gemeinschaftsaufgaben" der staatlichen und kommunalen Verwaltung angesprochen werden können, beeinflussen sowohl wegen der Höhe der Ausgaben, als auch wegen der bedeutenden Staatszuschüsse und Darlehen, die dafür gewährt werden, die Struktur der Finanzen der Kleingemeinden in hohem Maße.

Am zwischengemeindlichen Verrechnungsverkehr haben außer den unter a bis c dargestellten Aufgabengebieten einige Verwaltungszweige besonderen Anteil. Die verbleibenden Zuweisungen an andere Gemeinden und Gemeindeverbände von 4,6 Mill. DM entfallen zum Großteil (2,9 Mill. DM) auf die allgemeine Verwaltung,

überwiegend Erstattungen für Verwaltungsleistungen an Ämter, und Landkreise. Dagegen vereinnahmen die Kleingemeinden Zuweisungen und Darlehen anderer kommunaler Körperschaften in Höhe von 6,1 Mill.DM, von denen 3,9 Mill.DM bei den öffentlichen Einrichtungen, der Wirtschaftsförderung und den wirtschaftlichen Unternehmen nachgewiesen werden, zu mehr als der Hälfte in Form außerordentlicher Zuweisungen oder Darlehen.

Zuweisungen an staatliche Körperschaften sind außerhalb der unter a bis c dargestellten Verwaltungsaufgaben selten (0,8 Mill.DM). Dagegen vereinnahmen die Kleingemeinden hier Zuweisungen und Darlehen staatlicher Körperschaften von insgesamt 28,3 Mill.DM, von denen 15,5 Mill.DM auf die wirtschaftlichen Unternehmen, 6,6 Mill.DM auf öffentliche Einrichtungen, 3,8 Mill.DM auf das Bau- und Wohnungswesen, soweit nicht zum Straßenwesen gehörig, und 1,3 Mill.DM auf Wirtschaftsförderung entfallen. Diese Zahlungen haben überwiegend vermögenswirksamen Charakter. Über die Hälfte (rd. 16 Mill.DM) sind als Zuweisungen in der außerordentlichen Rechnung nachgewiesen, 8,9 Mill.DM als Darlehen.

Für die Kämmererverwaltungen der Kleingemeinden zusammen ergibt sich folgendes Bild (vgl. Übersicht 16 e):

Die Salden aus unmittelbaren Ausgaben und speziellen Deckungsmitteln sind in der vermögensunwirksamen und vermögenswirksamen Rechnung fast gleich. Die Beträge in DM je Einwohner liegen nur in Baden-Württemberg stark über dem Durchschnitt. Durch den zwischengemeindlichen Verrechnungsverkehr tritt allgemein eine Verminderung der vermögenswirksamen Ausgaben und (besonders in Niedersachsen) eine Vermehrung der vermögensunwirksamen ein. Durch den Verrechnungsverkehr mit staatlichen Körperschaften wird die verbleibende Belastung der Kleingemeinden im Ergebnis insgesamt um ein Siebentel, in der vermögenswirksamen Rechnung um ein Drittel verringert; in der vermögensunwirksamen Rechnung sind die Zuweisungen an staatliche Körperschaften geringfügig höher als die entsprechenden Einnahmen. Die Entlastung wirkt sich jedoch regional sehr unterschiedlich aus; sie beträgt (in vH des Saldos 1 und 2 der Übersicht 16 e) in

	Nord- rhein- West- falen	Bayern	Baden- Württem- berg	Nieder- sachsen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Schles- wig- Holstein	Zusammen
In der vermögensunwirksamen Rechnung	- 9,6 ¹⁾	2,8	- 11,3 ¹⁾	3,9	5,5	6,9	- 5,9 ¹⁾	- 1,2
in der vermögenswirksamen Rechnung	36,5	33,4	28,7	22,2	32,6	27,0	74,2	32,8
Insgesamt	16,3	16,5	6,4	10,1	20,0	17,8	34,3	14,7

1) Mehrausgaben der Kleingemeinden.

16. Spezieller Finanzausgleich für die Kleingemeinden 1954

e) Vermögensunwirksame bzw. vermögenswirksame Ausgaben
und Einnahmen der Kämmererverwaltungen zusammen
nach Ländern

- Mill. DM -

Bezeichnung	Nord- rhein- West- falen	Bayern	Baden- Würt- tem- berg	Nieder- sach- sen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Schles- wig- Hol- stein	Zu- sammen
A. Vermögensunwirksame Rechnung								
1. Unmittelbare Ausgaben ¹⁾	14,3	59,4	60,9	26,0	28,9	29,9	9,6	229,1
Spezielle Deckungsmittel	3,0	18,0	13,9	5,0	9,4	10,0	1,1	60,3
Mehrausgabe	11,3	41,5	47,0	21,0	19,5	19,9	8,6	168,8
DM je Einwohner	21,34	18,29	43,83	16,48	23,78	21,13	23,33	23,20
2. Verrechnungsverkehr zwischen Gemeinden und Gv.								
Ausgabe	1,9	1,9	3,4	11,0	2,1	2,8	1,6	24,7
Einnahme	1,9	1,3	1,1	1,7	0,6	1,4	0,2	8,3
Mehrausgabe ²⁾	0,0	0,5	2,3	9,3	1,5	1,4	1,3	16,4
1 und 2 zusammen	11,3	2,0	49,3	30,3	21,1	21,3	9,9	185,2
DM je Einwohner	21,32	18,52	45,95	23,79	25,65	22,59	26,98	25,45
3. Verrechnungsverkehr zwischen Bund/Land und Gemeinden/ Gemeindeverbänden								
Ausgabe	3,6	0,7	7,7	0,1	0,0	0,0	1,5	13,8
Einnahme	2,6	1,9	2,1	1,3	1,2	1,5	1,0	11,5
Mehrausgabe ²⁾	1,1	1,2	5,6	1,2	1,2	1,5	0,6	2,2
1 bis 3 zusammen	12,4	40,8	54,9	29,1	19,9	19,8	10,5	187,4
DM je Einwohner	23,36	18,01	51,13	22,87	24,24	21,02	28,56	25,76
B. Vermögenswirksame Rechnung								
1. Unmittelbare Ausgaben ¹⁾	20,3	54,4	63,9	26,8	37,5	40,6	13,1	256,6
Spezielle Deckungsmittel	4,5	17,8	23,9	9,2	11,4	14,1	2,3	83,1
Mehrausgabe	15,8	36,6	40,0	17,6	26,2	26,5	10,8	173,5
DM je Einwohner	29,92	16,13	37,28	13,79	31,85	28,15	29,42	23,85
2. Verrechnungsverkehr zwischen Gemeinden und Gv.								
Mehreinnahme	1,3	2,4	1,0	1,9	2,1	1,2	0,8	10,8
1 und 2 zusammen	14,6	34,1	39,0	15,7	24,1	25,3	10,0	162,7
DM je Einwohner	27,48	15,06	36,31	12,30	29,30	26,86	27,15	22,36
3. Verrechnungsverkehr zwischen Bund/Land und Gemeinden/ Gemeindeverbänden								
Mehreinnahme	5,3	11,4	11,2	3,5	7,9	6,8	7,4	53,5
1 bis 3 zusammen	9,2	22,7	27,8	12,2	16,2	18,5	2,6	109,2
DM je Einwohner	17,46	10,03	25,88	9,57	19,73	19,62	6,99	15,02

1) Ausgaben ohne Zuweisungen an Gebietskörperschaften. - 2) Mehreinnahmen = Minus (-).

Bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden zusammen wird etwa der gleiche Anteil der Ausgaben durch den Verrechnungsverkehr mit dem Staat gedeckt (18,4 vH). Allerdings wird hier sowohl die vermögenswirksame Rechnung (um 21,4 vH der Ausgaben) als auch die vermögensunwirksame (um 16,9 vH) entlastet.

Bei Darstellung des speziellen Verrechnungsvorkehrrs erhebt sich auch die Frage, in welchem Umfang vermögenswirksame Ausgaben der Kleingemeinden durch vermögenswirksame Zuweisungen und Darlehen anderer Körperschaften bzw. durch andere vermögenswirksame Einnahmen gedeckt werden.

17. Finanzierung der vermögenswirksamen Ausgaben
der Kleingemeinden 1954

- 1 000 DM. -

Ausgaben/Einnahmen	Nord- rhein- West- falen	Bayern	Baden- Württem- berg	Nieder- sachsen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Schles- wig- Holstein	Zusammen
Vermögenswirksame Ausgaben zusammen	20,3	54,4	64,1	26,8	37,6	41,0	13,1	257,4
Davon gedeckt durch:								
Schuldenaufnahmen aus Kreditmarkt-, aus öffentlichen Sondermitteln und inneren Darlehen	2,1	9,9	12,2	5,5	5,9	7,1	1,2	43,8
vH ¹⁾	10,2	18,1	19,1	20,5	15,6	17,3	9,2	17,0
von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0,2	0,5	0,6	0,6	1,0	0,4	0,1	3,3
von Bund/Land	1,0	4,4	2,9	0,7	1,4	2,0	1,9	14,3
zusammen	3,2	14,8	15,7	6,8	8,2	9,5	3,2	61,4
vH ¹⁾	15,7	27,1	24,5	25,4	21,8	23,3	24,4	23,9
Zuweisungen von Gemeinden (Gv.)	1,1	1,9	0,6	1,3	1,2	1,1	0,8	8,1
Zuweisungen von Bund/Land	4,4	7,0	8,4	2,8	6,5	4,8	5,5	39,3
vH ¹⁾	21,4	12,9	13,0	10,5	17,2	11,7	41,8	15,3
Entnahmen aus Rücklagen, Vermögenser- löse und sonstige außerordentliche Einnahmen	2,4	7,9	11,6	3,7	5,5	7,0	1,1	39,3
Vermögenswirksame Einnahmen zusammen	11,1	31,7	36,4	14,6	21,4	22,5	10,5	148,1
vH ¹⁾	54,6	58,2	56,7	54,6	56,9	54,8	80,4	57,6

1) der vermögenswirksamen Ausgaben.

Dabei zeigt sich, daß der Anteil der Schuldenaufnahmen bei den Kleingemeinden wesentlich niedriger ist als bei allen Gemeinden und Gemeindeverbänden, und zwar wegen des erheblich niedrigeren Anteils der Kreditmarkt- bzw. öffentlichen Sondermittel und inneren Darlehen. Dagegen ist der Anteil der außerordentlichen Zuweisungen staatlicher Körperschaften mehr als doppelt so hoch wie bei der Summe der kommunalen Körperschaften. Wesentlich durch diese Zahlungen beeinflusst, ist

der Anteil der durch vermögenswirksame spezielle Deckungsmittel nicht gedeckten, d.h. durch allgemeine Deckungsmittel zu finanzierenden Ausgaben bei der Summe der Kleingemeinden nicht erheblich höher als bei allen kommunalen Körperschaften.

4. Ergebnis des kommunalen Finanzausgleichs

Die in Abschnitt D durchgeführten Einzeluntersuchungen lassen sich zu der Übersicht 18 zusammenfassen, aus der sich einige Grundzüge der regional unterschiedlichen Bedeutung des Finanzausgleichs für die Kleingemeinden ergeben. Dabei ist zu beachten, daß die Zahlen nur die Auswirkung des Finanzausgleichs auf die kommunalen Haushalte, nicht dagegen seine Rolle im Rahmen der staatlichen Haushaltswirtschaft erkennen lassen; dies würde eine Gegenüberstellung der Finanzausgleichsleistungen der Länder mit den ihnen zur Verfügung stehenden Deckungsmitteln erfordern, die den Rahmen der Arbeit sprengen würde.

Die Darstellung stellt das Verhältnis zwischen Land und den Kleingemeinden in den Vordergrund. Deshalb ist bei den allgemeinen Deckungsmitteln der Gewerbesteuerausgleich nicht besonders berücksichtigt. Die Kreisumlagen sind von den allgemeinen Deckungsmitteln abgesetzt. Obwohl diese Zahlungen in den Finanzausgleichsgesetzen geregelt sind, liegen sie doch begrifflich "vor" dem Ausgleich zwischen Land und Gemeinden. Nach der Aufgabenverteilung im kommunalen Bereich fallen bei den Landkreisen überwiegend Ausgaben für Gemeinschaftsaufgaben an, während die Ämter in der Hauptsache andere Verwaltungsaufgaben erledigen. Daher ist die Amtsumlage nicht als Kürzung der vor Durchführung des kommunalen Finanzausgleichs zur Verfügung stehenden allgemeinen Deckungsmittel, sondern als Ausgabe für Nicht-Gemeinschaftsaufgaben, die aus den nach Abwicklung des Finanzausgleichs verbleibenden Deckungsmitteln zu finanzieren ist, angesehen. Dadurch werden auch die durch die Ämterverfassung entstehenden Unterschiede teilweise ausgeglichen.

Als Belastung der Kleingemeinden durch Gemeinschaftsaufgaben sind nur die Posten der vermögensunwirksamen Rechnung berücksichtigt. Die außerordentlichen Zuweisungen und Darlehen der Länder für Gemeinschaftsaufgaben (28,7 Mill. DM) sind unter den "Sonstigen Zuweisungen und Darlehen vom "Land" enthalten.

Das "Ergebnis" des Finanzausgleichs für die Kleingemeinden, nämlich der Betrag an allgemeinen Deckungsmitteln, der nach Abzug der Aufwendungen für Gemeinschaftsaufgaben und nach Ergänzung um die Zuweisungen und Darlehen seitens des Landes, für sonstige Aufgaben zur Verfügung steht, ist in den einzelnen Ländern außerordentlich verschieden. Dies zeigt sich insbesondere, wenn man die absoluten Beträge in Beziehung setzt einmal zur Zahl der Einwohner und zweitens zur Höhe der allgemeinen Deckungsmittel.

Zu einem Teil erklären sich diese großen Unterschiede schon dadurch, daß den Kleingemeinden in sehr stark abweichendem Umfang allgemeine Deckungsmittel zur Verfügung stehen.

18. Ergebnis des kommunalen Finanzausgleichs für die Kleingemeinden nach Ländern
- 8j. 1954 -

Art der Ausgabe/Einnahme	Nord- rhein- Westfalen	Bayern	Baden- Württem- berg	Nieder- sachsen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Schles- wig- Holstein	Bundes- gebiet
I. in Mill. DM								
1. Allgemeine Deckungsmittel								
Steuern und steuerähnliche Einnahmen	22,0	78,1	53,8	57,2	27,5	36,3	18,5	293,5
Erwerbsvermögen	3,6	11,0	22,6	1,1	13,5	14,3	0,3	66,4
davon ab: Kreisumlage	9,9	36,9	12,7	22,6	8,8	10,7	5,3	105,9
Allgem. Deckungsmittel zus.	16,6	52,2	63,7	35,8	32,3	40,0	13,4	254,0
2. Gemeinschaftsaufgaben (Saldo der vermögensunwirksamen Rechnung)	9,8	16,2	21,8	18,0	6,4	8,4	7,9	88,5
Summe 1 abzüglich 2	6,8	36,0	41,9	17,8	25,9	31,6	5,6	165,5
3. Allgem. Finanzausweisungen vom Land	15,0	16,1	21,1	9,5	5,5	7,1	2,9	77,2
4. Sonstige Zuweisungen und Darlehen vom Land	5,6	11,2	12,3	3,7	8,1	7,3	7,6	55,7
5. Verbleibende allgem. Deckungsmittel	27,4	63,3	75,2	31,0	39,5	46,0	16,1	298,4
II. in DM je Einwohner								
1. Allgemeine Deckungsmittel								
Steuern und steuerähnliche Einnahmen	41,56	34,47	50,15	44,90	33,54	38,50	50,41	40,35
Erwerbsvermögen	6,80	4,86	21,04	0,89	16,42	15,21	0,70	9,13
davon ab: Kreisumlage	17,05	16,30	11,81	17,71	10,68	11,30	14,48	14,56
Allgem. Deckungsmittel zus.	31,32	23,03	59,39	28,08	39,29	42,42	36,63	34,91
2. Gemeinschaftsaufgaben	18,55	7,14	20,33	14,10	7,76	8,94	21,46	12,16
3. Allgem. Finanzausweisungen	28,36	7,10	19,66	7,48	6,68	7,51	7,84	10,61
4. Sonstige Zuweisungen und Darlehen	10,63	4,94	11,42	2,88	9,84	7,74	20,77	7,66
5. Verbleibende allgem. Deckungsmittel	51,76	27,92	70,13	24,35	48,05	48,73	43,78	41,03
III. in vH der allgem. Deckungsmittel								
2. Gemeinschaftsaufgaben	59,2	31,0	34,2	50,2	19,8	21,1	58,6	34,8
3. Allgem. Finanzausweisungen	90,6	30,8	33,1	26,7	17,0	17,7	21,4	30,4
4. Sonstige Zuweisungen und Darlehen	34,0	21,4	19,2	10,3	25,0	18,2	56,7	21,9
5. Verbleibende allgem. Deckungsmittel	165,3	121,3	113,1	86,7	122,3	114,9	119,5	117,5

Entsprechend den bekannten Unterschieden der Steuerkraft liegen auch bei den Kleingemeinden die Steuereinnahmen in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen über und in Rheinland-Pfalz und Bayern unter dem Bundesdurchschnitt. Bemerkenswerte Abweichungen von den Auswirkungen der unterschiedlichen Steuerkraft sind allerdings bei den Kleingemeinden in Niedersachsen und vor allem in Schleswig-Holstein festzustellen.

Die erheblichen Unterschiede in der Höhe der allgemeinen Deckungsmittel erklären sich bei den Kleingemeinden aber auch durch die hier besonders stark verschiedene Höhe der Einkünfte aus dem Erwerbsvermögen. Bezogen auf die Einwohnerzahl liegen diese Erwerbseinkünfte in Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz beträchtlich über dem Bundesdurchschnitt, in Niedersachsen und Schleswig-Holstein dagegen sind sie völlig unbedeutend.

Auch die Ansprüche, die die Durchführung der Gemeinschaftsaufgaben an die Kleingemeinden stellt, sind sehr erheblich. Sie erklären sich wohl weitgehend durch die Regelung der Schullasten. Sie gehen daher in Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen erheblich über den Bundesdurchschnitt hinaus und sind auch bei den Kleingemeinden in Niedersachsen beachtlich hoch. Hinter dem Bundesdurchschnitt bleiben sie in Rheinland-Pfalz, Hessen und Bayern zurück.

Höchst unterschiedlich ist vor allem das Maß, in dem die Finanzmasse der Kleingemeinden durch staatliche Finanzzuweisungen aufgefüllt wird. Hier kommt der Unterschied zwischen steuerstarken und steuerschwachen Ländern ganz besonders deutlich zum Ausdruck. Ganz besonders hoch ist der absolute und relative Betrag, den die Kleingemeinden als allgemeine Finanzzuweisungen erhalten, in Nordrhein-Westfalen, wo sie fast ebenso hoch sind wie die den Kleingemeinden nach Abgang der Kreisumlage verbleibenden allgemeinen Deckungsmittel.

Beachtlich ist auch das Verhältnis zwischen allgemeinen Finanzzuweisungen und Aufwand für Gemeinschaftsaufgaben. In Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz wird die Belastung der vermögensunwirksamen Rechnung der Kleingemeinden durch Gemeinschaftsaufgaben im Wege der allgemeinen Finanzzuweisungen etwa ausgeglichen; in Nordrhein-Westfalen verbleiben von diesen Mitteln erhebliche Beträge für andere Aufgaben, in Niedersachsen und Schleswig-Holstein decken sie nur über die Hälfte bzw. über ein Drittel der Belastung.

Als Wirkung aller dieser Einzelvorgänge des kommunalen Finanzausgleichs liegt das "Ergebnis" (Betrag der verbleibenden allgemeinen Deckungsmittel), bezogen auf die Einwohnerzahl, in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen erheblich über dem Bundesdurchschnitt und in Bayern und vor allem in Niedersachsen erheblich unter dem Bundesdurchschnitt. Bezieht man das "Ergebnis" auf die Ausgangsposition des Finanzausgleichs, nämlich auf die nach Abzug der Kreisumlage verfügbaren allgemeinen Deckungsmittel, so ist der Finanzausgleich für die Kleingemeinden in Nordrhein-Westfalen besonders günstig und in Niedersachsen besonders ungünstig. In den übrigen Ländern entspricht die Relation zwischen "Ergebnis" und Ausgangsposition des Finanzausgleichs in etwa dem Bundesdurchschnitt.

A n h a n g

A. Ausgaben und spezielle Deckungsmittel der ordentlichen und außerordentlichen Rechnung sowie Zuschußbedarf der ordentlichen Rechnung der Kleingemeinden im Bundesgebiet

1. Rechnungsjahr 1954

a) ordentliche und außerordentliche Rechnung zusammen

b) Ausgaben und Einnahmen der außerordentlichen Rechnung

2. Rechnungsjahr 1953

3. Rechnungsjahr 1952

4. Rechnungsjahr 1951

5. Rechnungsjahr 1950

6. Rechnungsjahr 1949

B. Ausgaben und spezielle Deckungsmittel der ordentlichen und außerordentlichen Rechnung sowie Zuschußbedarf der ordentlichen Rechnung der Kleingemeinden im Rechnungsjahr 1954 nach Ländern ¹⁾

1. Nordrhein-Westfalen

2. Bayern

3. Baden-Württemberg

4. Niedersachsen

5. Hessen

6. Rheinland-Pfalz

7. Schleswig-Holstein

C. Allgemeine Deckungsmittel (Einzelarten) und Gesamtabschluß der Kleingemeinden im Bundesgebiet

1. Rechnungsjahre 1949 bis 1954

2. Rechnungsjahr 1954 nach Ländern

1) Um die durch die unterschiedliche Einwohnerzahl der Länder bedingten Größendifferenzen deutlich zu machen, sind die Länder in den Tabellen - abweichend von dem in der Statistik sonst üblichen System - nach ihrer Einwohnerzahl geordnet.

A. Ausgaben und spezielle Deckungsmittel der ordentlichen und außerordentlichen Rechnung
sowie Zuschußbedarf der ordentlichen Rechnung der Kleingemeinden im Bundesgebiet
1. a) Rechnungsjahr 1954 in 1000 DM

Verwaltungszweig	Ausgaben								Zuweisungen an		Brutto- aus- gaben	Zuwei- sungen	Dar- lehen	Berei- nigte Aus- ga- ben	Zuwei- sungen	Dar- lehen	Eigen- aus- gaben	Spezielle Deckungsmittel						Zu- schuß- bedarf der ordentl. Rechnung
	Persön- liche Aus- gaben	Unterh. von unbew. Ver- mögen	Zinsen, Til- gung	Gewäh- rung von Dar- lehen	Zuführg. an Rückl., Grund- erwerb	Neu- auf-, Um- bauten	Neuan- schaffg. v. bew. Ver- mögen	Üb- rige Aus- gaben	Land (Bund)	Gemein- den (Gv.)		von Gemeinden (Gv.)			vom Land (Bund)			Ge- bühren, Ent- gelte, Strafen	Zinsen, Rückf. v. Dar- lehen	Schul- den- aufn. aus Kredit- markt.	Entri- aus Rückl., Vermög- Erlöse	Üb- rige Ein- nahmen	Zu- sam- men	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24
Allgemeine Verwaltung	34 920	1 167	292	1	259	2 071	1 313	22 983	11	2 871	65 886	867	4	65 014	270	28	64 716	1 799	18	311	551	2 774	5 452	59 354
Öffentl. Sicherheit und Ordnung	2 159	10	0	-	1	6	8	430	0	8	2 621	4	-	2 618	3	-	2 614	989	0	-	-	54	1 044	1 571
Volke- und Hilfsschulen	4 072	7 795	4 577	25	3 930	36 676	3 914	28 999	12 678	5 228	107 895	3 044	1 027	103 822	15 118	1 363	87 337	167	211	7 193	5 517	8 365	21 452	66 649
Mittelschulen	5	1	3	-	-	16	1	153	23	1 458	1 660	7	-	1 653	50	-	1 604	-	-	-	-	5	5	1 599
Höhere Schulen	-	-	-	-	-	-	-	12	-	2 547	2 561	-	-	2 561	-	-	2 561	-	-	-	-	-	-	2 561
Berufsschulen	13	7	10	14	24	190	88	1 450	159	2 190	4 145	366	4	3 774	54	1	3 718	3	7	65	5	71	151	3 588
Nicht aufgeteilt	3	1	3	22	2	7	2	36	2	58	136	3	-	134	3	-	131	1	1	-	6	3	13	117
Schulen	4 094	7 805	4 590	61	3 955	36 887	4 005	30 652	12 862	11 484	116 395	3 420	1 031	111 944	15 225	1 365	95 351	172	220	7 258	5 528	8 448	21 622	74 484
Kultur	206	996	110	46	304	1 611	437	5 330	1	56	9 094	126	24	8 943	123	3	8 817	121	44	71	276	612	1 124	7 653
Allgemeine Fürsorge	-	-	4	-	-	-	-	1 145	0	6 491	7 641	991	-	6 650	4	-	6 646	-	-	-	-	406	406	6 240
Kriegsfolgenhilfe	2	-	-	-	-	-	-	536	-	1 451	1 998	117	-	1 871	354	-	1 516	-	-	-	-	195	195	1 322
Nicht aufgeteilt	700	244	70	0	228	1 705	75	1 299	0	164	4 484	152	9	4 323	182	52	4 089	277	6	211	425	358	1 277	2 646
Fürsorge und Jugendhilfe	702	244	74	0	228	1 705	75	2 979	0	8 105	14 112	1 260	9	12 844	541	52	12 252	277	7	211	425	960	1 680	10 208
Gesundheits- und Jugendpflege	2 725	303	51	80	243	1 235	99	4 426	39	475	9 375	355	12	9 006	395	1	8 621	3 377	19	189	71	632	4 286	4 340
Wohnungsbau und Wohnsiedlung	22	140	778	1 845	2 243	8 169	32	902	3	12	14 147	79	365	13 702	139	1 723	11 838	251	1 132	2 510	1 382	758	6 033	5 726
Straßen, Brücken und sonst. Tiefbau ...	4 142	21 563	4 544	110	4 030	67 308	206	5 527	137	1 204	109 172	7 372	597	101 204	15 716	3 963	81 526	1 928	232	11 720	4 887	7 508	26 271	56 657
Nicht aufgeteilt	179	372	256	81	318	4 018	69	1 522	166	46	6 998	142	53	6 803	1 390	506	4 908	252	10	944	123	663	1 993	2 917
Bau- und Wohnungswesen	4 342	22 077	5 577	2 036	6 590	79 495	308	8 352	275	1 262	130 316	7 593	1 016	121 702	17 245	6 192	98 272	2 429	1 374	15 173	6 389	8 930	34 296	65 297
Öffentl. Einrichtungen	1 468	4 665	2 135	7	2 429	29 560	7 888	14 378	192	462	63 181	1 558	452	61 169	5 247	1 354	54 569	6 983	84	5 980	3 390	4 915	21 354	33 137
Wirtschaftsförderung	3 219	1 752	401	508	707	3 275	2 264	26 926	14	235	39 299	293	145	38 862	1 037	223	37 602	9 738	206	890	691	9 571	21 099	16 460
Öffentl. Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	4 686	6 416	2 535	516	3 135	32 834	10 152	41 303	207	697	102 480	1 851	596	100 032	6 285	1 578	92 170	16 722	291	6 869	4 083	14 484	42 449	49 596
Wirtschaftliche Unternehmen ¹⁾	-	-	703	395	2 268	40 657	303	1 242	2	160	45 728	930	543	44 254	10 567	4 956	28 729	-	46	12 759	6 594	3 834	23 233	7 992
Finanz- und Steuerverwaltung	8 585	17	776	-	84	61	119	5 899	515	145	16 201	20	-	16 181	3	-	16 179	1 291	588	55	30	568	2 522	13 656
Nicht aufteilbarer Schuldendienst	-	-	204	-	64	-	-	5	-	-	273	12	-	273	-	-	261	-	53	-	24	26	102	160
Allgemeines Kapitalvermögen ¹⁾	-	-	-	256	2 019	-	-	-	-	-	2 276	-	-	2 276	-	-	2 276	-	358	-	394	12	763	1 512
Allgemeines Grundvermögen ¹⁾	-	-	164	29	6 106	2 519	67	95	1	102	9 084	19	101	8 965	194	112	8 661	-	58	918	2 061	103	3 140	5 511
Sondervermögen ¹⁾	5	46	5	-	38	-	1	966	1	1	1 063	1	-	1 063	3	-	1 060	464	3	-	2	968	1 437	377
Finanzen und Steuern	8 590	63	1 151	286	8 313	2 580	186	6 966	517	248	28 896	52	101	28 743	200	112	28 434	1 745	1 059	973	2 510	1 676	7 964	20 464
Zusammen	62 418	39 081	15 081	3 418	25 299	199 084	16 884	124 362	13 914	25 366	524 905	16 460	3 336	505 112	50 841	14 286	439 984	27 631	3 079	43 813	26 425	42 403	143 350	300 959

¹⁾ Den Kämmererverwaltungen zugerechnete Ausgaben und Einnahmen.

A. Ausgaben und spezielle Deckungsmittel der außerordentlichen Rechnung
sowie Mehreinnahmen (Mehrausgaben) der Kleingemeinden im Bundesgebiet
1. b) Rechnungsjahr 1954 in 1 000 DM

Verwaltungszweig	Ausgaben									Anteil- beträge der n. R.	Zuwei- sungen	Darlehen	Zuwei- sungen	Darlehen	Spezielle Deckungsmittel						Ein- nahmen zu- sammen	Mehr- ein- nahmen	Mehr- aus- gaben
	Tilgung	Gewährung von Darlehen	Zuführg. an Rückl., Grund- erwerb	Neu-, Auf-, Um- bauten	Neuan- schaffung von bewegl. Vermögen	Übrige Ausgaben	Zuweisungen an		Aus- gaben zu- sammen						Rück- flüsse von Darlehen	Schulden- aufn. aus Kredit- marktn.	Entn. aus Rückl. u. Kapital- vermögen	Erlöse aus Vermögens- ver- äußerung	Übrige Einnahmen	Zu- sammen			
							Land (Bund)	Gemein- den- (Gv.)			Saldo Sp. 9 und 21												
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
Allgemeine Verwaltung, Öffentl. Sicherheit und Ordnung	-	-	84	1 247	33	-	-	-	1 363	487	7	4	69	28	-	311	311	215	23	860	1 454	91	
Schulen	376	26	817	33 335	473	270	6	40	35 339	6 651	1 911	1 031	11 677	1 365	27	7 258	2 972	2 214	985	13 456	36 093	754	
darunter: Volks- und Hilfsschulen	376	19	816	33 190	459	270	6	19	35 153	6 603	1 893	1 027	11 646	1 365	27	7 193	2 972	2 203	985	13 380	35 916	763	
Kultur	25	11	11	493	23	164	-	1	729	264	28	24	68	3	10	71	87	90	44	302	689		39
Fürsorge und Jugendhilfe	-	-	137	1 407	20	8	-	-	1 571	490	17	9	111	52	-	211	253	149	115	728	1 407		165
Gesundheits- und Jugendpflege	-	-	79	852	2	4	-	-	937	382	39	12	192	1	1	189	34	23	68	315	941	4	
Bau- und Wohnungswesen	394	248	1 415	55 278	72	146	128	393	58 076	10 776	4 488	1 016	12 582	6 192	54	15 173	2 878	2 138	4 103	24 346	59 398	1 322	
darunter: Wohnungsbau und Wohnsiedlung	69	211	775	6 634	2	21	-	-	7 761	1 551	47	365	106	1 723	1	2 510	658	538	182	3 889	7 681		80
Straßen, Brücken u. sonst. Tiefbau ...	317	38	584	45 082	18	117	33	393	46 584	8 681	4 324	597	11 411	3 963	47	11 720	2 145	1 561	3 538	19 011	47 986	1 402	
Öffentl. Einrichtungen	149	-	307	20 503	757	136	-	69	21 921	5 379	685	452	3 469	1 354	14	5 980	1 764	1 190	1 551	10 499	21 841		80
Wirtschaftsförderung	56	387	125	2 553	136	98	-	-	3 355	894	9	145	471	223	-	890	331	138	207	1 566	3 308		47
Öffentl. Einrichtungen, Wirtschafts- förderung	205	387	436	23 057	891	235	-	70	25 275	6 273	684	596	3 940	1 578	16	6 869	2 096	1 328	1 758	12 087	25 149		127
Finanz- und Steuerverwaltung, nicht aufteilbarer Schuldendienst ...	-	-	-	59	-	-	-	-	59	1	-	-	-	-	-	54	-	4	-	59	59		
Erwerbvermögen zusammen	864	428	4 638	41 854	341	1 282	2	160	49 568	8 772	934	644	10 667	5 068	60	13 677	3 202	5 142	3 881	25 962	52 053	2 485	
darunter: Wirtschaftl. Unternehmer	702	395	2 269	40 657	302	1 242	2	159	45 728	7 993	932	543	10 567	4 956	46	12 759	2 773	3 820	3 834	23 232	48 223	2 495	
Zusammen	1 884	1 100	7 612	157 581	1 856	2 106	135	664	172 917	34 095	8 118	3 336	59 306	14 286	169	43 813	11 832	11 304	10 983	78 101	177 243	4 326	

A. Ausgaben und spezielle Deckungsmittel der ordentlichen und außerordentlichen Rechnung
sowie Zuschußbedarf der ordentlichen Rechnung der Kleingemeinden im Bundesgebiet
2. Rechnungsjahr 1953 in 1 000 DM

Verwaltungszweig	Ausgaben									Zuweisungen an		Brutto- aus- gaben	Zuwei- sungen von Gemeinden (Gv.)	Dar- lehen	Berein- igte Aus- ga- ben	Zuwei- sungen vom Land (Bund)	Dar- lehen	Eigen- aus- gaben	Spezielle Deckungsmittel						Zu- schuß- bedarf der ordentl. Rechnung
	Persön- liche Aus- gaben	Unterh. von unbew. Ver- mögen	Zin- sen, Til- gung	Gewäh- rung von Dar- lehen	Zuführg. an Rückstg., Grund- erwerb	Neu-, Auf-, Um- bauten	Neuen- schaffg. v.bew. Ver- mögen	Üb- rige Aus- gaben	Land (Bund)	Gemein- den (Gv.)	Ge- bühen, Ent- gelte, Strafen								Zinsen, Rückstg. v. Dar- lehen	Schul- den- aufn. aus Kredit- markt.	Entn. aus Rückstg., Vermög.- Erlöse	Üb- rige Ein- nahmen	Zu- sam- men		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	
Allgemeine Verwaltung	36 329	1 229	133	0	202	1 948	992	20 394	34	2 914	64 175	892	11	63 273	171	15	63 086	1 871	34	465	331	2 411	5 114	58 012	
Öffentl. Sicherheit und Ordnung	2 160	14	0	-	-	8	13	443	-	7	2 645	6	-	2 639	1	-	2 638	1 304	0	-	-	52	1 055	1 583	
Volks- und Hilfsschulen	4 147	7 471	2 470	46	3 179	36 336	3 678	32 121	18 929	1 477	109 853	3 261	850	105 742	14 024	1 641	90 077	100	167	6 564	4 686	8 168	19 684	69 856	
Berufsschulen	26	10	5	29	17	75	34	1 278	132	1 383	2 988	224	-	2 763	17	-	2 747	0	2	10	49	59	121	2 625	
Nicht aufgeteilt	5	1	1	7	45	3	1	187	3	215	466	8	-	459	6	-	453	7	1	-	-	6	14	433	
Schulen	4 177	7 481	2 476	82	3 241	36 413	3 714	33 586	19 064	3 074	113 307	3 493	850	108 964	14 046	1 641	93 276	107	170	6 574	4 735	8 234	19 821	72 914	
Kultur	238	852	68	48	125	2 193	348	4 751	1	74	8 699	148	11	8 540	75	-	8 465	80	39	128	189	655	1 090	7 356	
Allgemeine Fürsorge	-	-	4	-	1	0	-	1 103	0	5 705	6 813	845	-	5 968	3	-	5 965	5	0	-	2	378	385	5 581	
Kriegsfolgenhilfe	6	-	-	-	-	-	0	663	-	1 600	2 269	94	-	2 175	432	-	1 743	-	-	-	-	167	167	1 576	
Nicht aufgeteilt	583	254	49	7	95	1 769	40	1 195	-	190	4 182	85	-	4 097	349	39	3 709	150	9	238	387	473	1 257	2 441	
Fürsorge und Jugendhilfe	589	254	53	7	98	1 769	40	2 961	0	7 495	13 262	1 023	-	12 240	784	39	11 416	155	9	238	389	1 019	1 809	9 597	
Gesundheits- und Jugendpflege	2 437	237	27	94	186	1 502	78	3 537	53	439	8 591	307	14	8 271	395	5	7 871	2 749	12	128	149	763	3 800	3 934	
Wohnungsbau und Wohnsiedlung	31	128	541	1 796	1 631	10 991	43	739	16	28	15 944	123	183	15 638	607	2 158	2 873	70	804	2 876	1 492	711	5 954	7 173	
Straßen, Brücken und sonst. Tiefbau ...	3 773	23 302	2 318	7	2 753	62 853	320	6 618	120	786	102 849	4 883	583	97 381	16 046	3 288	78 047	1 581	226	7 328	4 855	6 827	20 817	55 932	
Nicht aufgeteilt	140	469	134	5	84	3 662	15	1 281	46	48	5 884	129	97	5 659	1 803	282	3 573	207	12	307	163	464	1 152	2 329	
Bau- und Wohnungswesen	3 945	23 898	2 994	1 808	4 467	77 505	377	8 639	182	862	124 677	5 135	863	118 678	18 456	6 729	94 493	1 859	1 042	10 510	6 510	8 002	27 922	65 434	
Öffentl. Einrichtungen	1 237	3 894	967	5	1 571	23 438	7 501	11 930	249	410	51 203	1 344	226	49 832	3 873	465	45 294	3 967	57	3 451	2 416	4 276	14 167	31 272	
Wirtschaftsförderung	3 449	1 823	204	367	711	3 652	2 792	28 468	7	217	41 688	278	9	41 401	899	246	40 257	10 034	111	682	820	10 188	21 834	18 420	
Öffentl. Einrichtungen, Wirtschaftsförderung.	4 686	5 717	1 171	372	2 281	27 090	10 291	40 399	257	627	92 890	1 622	235	91 334	4 773	711	85 550	14 001	168	4 133	3 236	14 465	36 002	49 691	
Wirtschaftliche Unternehmen ¹⁾	-	-	564	156	1 841	32 252	396	1 064	1	189	36 462	869	488	35 105	8 266	2 297	24 542	-	56	7 631	5 845	3 895	17 428	6 711	
Finanz- und Steuerverwaltung	9 239	28	508	-	146	16	102	4 935	449	159	15 585	14	-	15 570	6	-	15 564	1 462	657	-	56	542	2 716	12 848	
Nicht aufteilbarer Schuldendienst	-	-	417	0	78	-	-	10	-	-	504	-	-	504	-	-	504	-	21	-	38	20	79	425	
Allgemeines Kapitalvermögen ¹⁾	-	-	9	108	2 331	-	-	25	-	-	2 472	-	-	2 472	-	0	2 472	-	289	9	405	3	707	1 747	
Allgemeines Grundvermögen ¹⁾	-	-	69	81	5 028	3 999	109	164	4	98	8 952	40	53	8 859	370	168	8 323	-	86	966	2 110	329	3 490	4 929	
Sondervermögen ¹⁾	20	40	10	15	81	39	•	755	-	2	960	2	-	958	2	-	956	407	15	-	1	837	1 259	- 303	
Finanzen und Steuern	9 259	68	1 013	204	7 665	3 453	212	5 889	453	258	28 475	56	53	28 367	378	168	27 821	1 870	1 068	975	2 610	1 731	8 252	19 646	
Zusammen	63 822	39 749	8 496	2 771	20 104	184 130	16 664	121 663	20 046	15 939	493 185	13 552	2 524	477 109	47 345	10 606	419 158	23 683	2 600	30 780	23 993	41 239	122 293	294 877	

1) Den Kämmererverwaltungen zugerechnete Ausgaben und Einnahmen.

A. Ausgaben und spezielle Deckungsmittel der ordentlichen und außerordentlichen Rechnung
sowie Zuschußbedarf der ordentlichen Rechnung der Kleingemeinden im Bundesgebiet
3. Rechnungsjahr 1952 in 1 000 DM

Verwaltungszweig	Ausgaben							Zuweisungen an		Brutto- aus- gaben	Zuwei- sungen	Dar- lehen	Berei- nigte Aus- ga- ben	Zuwei- sungen	Dar- lehen	Eigen- aus- gaben	Spezielle Deckungsmittel						Zu- schuß- bedarf der ordentl. Rechnung
	Persön- liche Aus- gaben	Zin- sen, Til- gung	Gewäh- rung von Dar- lehen	Zuführg. an Rückl., Grund- erwerb	Neu-, Auf-, Um- bauten	Neuan- schaffg. v. bew. Ver- mögen	Üb- rige Aus- gaben ²⁾	Land (Bund)	Gemein- den (Gv.)		von Gemein- den (Gv.)	vom Land (Bund)		Ge- bühren, Ent- gelte, Strafen	Zinsen, Rückfl. v. Dar- lehen		Schul- den- aufn. aus Kredit- markt	Entn. aus Rückl., Vermög.- Erlöse	Üb- rige Ein- nahmen	Zu- sam- men			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	
Allgemeine Verwaltung	34 275	119	46	182	2 598	973	21 246	13	2 610	62 063	800	55	61 207	126	33	61 048	1 899	35	379	767	2 363	5 442	55 598
Öffentl. Sicherheit und Ordnung	2 125	-	-	0	11	8	526	0	8	2 679	4	-	2 675	2	-	2 673	888	0	-	-	81	969	1 704
Volks- und Hilfsschulen	3 774	1 626	14	2 665	34 523	3 167	34 954	16 285	1 326	98 314	2 901	688	94 723	12 944	1 074	80 707	70	119	4 369	4 364	7 385	16 307	63 633
Berufsschulen	43	1	40	18	120	42	1 093	132	1 290	2 780	241	-	2 539	30	-	2 509	0	2	-	50	36	88	2 440
Nicht aufgeteilt	4	9	9	2	8	1	140	2	182	358	6	-	352	7	-	345	1	1	-	12	9	23	327
Schulen	3 821	1 637	63	2 686	34 651	3 211	36 188	16 399	2 798	101 452	3 148	688	97 616	12 981	1 074	83 561	72	122	4 369	4 426	7 430	16 418	66 400
Kultur	225	32	78	91	2 664	413	5 131	2	54	8 688	85	8	8 595	60	21	8 514	40	47	117	503	521	1 227	7 271
Allgemeine Fürsorge	-	-	-	-	-	-	1 120	-	4 968	6 088	764	-	5 324	8	-	5 315	1	0	-	-	264	266	5 049
Kriegsfolgenhilfe	4	0	2	-	-	-	639	0	1 659	2 304	105	-	2 199	404	-	1 795	1	1	-	-	107	109	1 686
Nicht aufgeteilt	476	23	2	149	1 815	38	1 301	8	157	3 968	70	7	3 891	667	21	3 203	112	33	171	275	403	994	2 252
Fürsorge und Jugendhilfe	480	23	4	149	1 815	38	3 059	8	6 784	12 360	939	7	11 413	1 079	21	10 313	115	34	171	275	774	1 368	8 988
Gesundheits- und Jugendpflege	2 213	52	86	87	1 119	65	3 807	48	396	7 673	296	-	7 377	218	-	7 159	2 456	66	64	243	568	3 396	3 777
Wohnungsbau und Wohnsiedlung	31	439	1 515	1 641	10 339	36	757	6	12	14 777	119	178	14 479	712	1 491	12 276	43	595	2 249	1 783	633	5 303	6 713
Straßen, Brücken und sonst. Tiefbau	3 325	1 336	270	2 597	49 218	280	21 446	127	964	79 562	2 815	274	76 473	9 750	2 789	63 934	1 066	209	3 679	3 759	6 378	15 091	48 865
Nicht aufgeteilt	114	52	33	80	3 315	12	1 321	43	41	5 010	90	23	4 898	1 294	174	3 430	146	3	412	246	579	1 387	2 044
Bau- und Wohnungswesen	3 470	1 826	1 818	4 318	62 872	328	23 524	177	1 018	99 350	3 025	475	95 850	11 756	4 453	79 640	1 255	807	6 340	5 789	7 590	21 781	57 621
Öffentl. Einrichtungen	1 163	459	10	1 156	22 280	6 826	14 411	210	412	46 928	988	211	45 728	3 241	430	42 057	3 311	81	2 215	2 736	3 888	12 231	29 499
Wirtschaftsförderung	3 186	136	282	488	3 682	2 860	27 812	10	182	38 617	275	9	38 333	1 144	288	36 902	8 854	100	493	811	9 882	20 140	16 775
Öffentl. Einrichtungen, Wirtschaftsförderung.	4 348	595	293	1 645	25 941	9 685	42 223	220	594	85 545	1 263	220	84 062	4 385	718	78 959	12 165	181	2 708	3 548	13 770	32 371	46 274
Wirtschaftliche Unternehmen ¹⁾	-	612	272	3 060	29 624	441	693	2	54	34 758	778	487	33 492	6 731	3 756	23 005	-	22	6 183	7 815	3 067	17 087	6 708
Finanz- und Steuerverwaltung	8 436	354	0	25	2	90	4 827	432	106	14 273	25	-	14 248	7	-	14 241	1 295	590	-	14	844	2 744	11 498
Nicht aufteilbarer Schuldendienst	-	324	4	47	-	-	9	-	-	385	-	-	385	-	-	385	-	82	-	20	28	130	255
Allgemeines Kapitalvermögen ¹⁾	-	-	330	2 875	-	-	77	-	-	3 212	-	-	3 212	-	-	3 212	-	240	2	618	-	860	2 363
Allgemeines Grundvermögen ¹⁾	-	19	19	3 841	3 025	82	23	52	83	7 143	33	33	7 077	320	88	6 669	-	46	439	1 471	20	1 976	4 817
Sondervermögen ¹⁾	18	8	15	25	40	1	756	1	1	864	2	-	861	8	-	853	355	5	-	8	710	1 078	+ 225
Finanzen und Steuern	8 454	705	368	6 814	3 067	173	5 623	485	190	25 877	60	33	25 783	335	88	25 360	1 650	964	441	2 131	1 602	6 787	18 708
Zusammen	59 411	5 601	3 028	19 030	164 363	15 335	141 819	17 353	14 504	440 445	10 399	1 974	428 072	37 674	10 165	380 233	20 538	2 276	20 771	25 496	37 766	106 847	273 050

1) Den Kämmererverwaltungen zugerechnete Ausgaben und Einnahmen.- 2) Einschl. Unterhaltung und Instandsetzung von beweglichem Vermögen.

A. Ausgaben und spezielle Deckungsmittel der ordentlichen und außerordentlichen Rechnung
sowie Zuschußbedarf der ordentlichen Rechnung der Kleingemeinden im Bundesgebiet
4. Rechnungsjahr 1951 in 1 000 DM

Verwaltungszweig	Ausgaben							Zuweisungen an			Brutto- aus- gaben	Zuwei- sungen	Dar- lehen	Berei- nigte Aus- ga- ben	Zuwei- sungen	Dar- lehen	Eigen- aus- gaben	Spezielle Deckungsmittel						Zu- schuß- bedarf der ordentl. Rechnung
	Persön- liche Aus- gaben	Zin- sen, Til- gung	Gewäh- rung von Dar- lehen	Zuführg. an Rückl., Grund- erwerb	Neu-, Auf-, Um- bauten	Neuan- schaffg. v. bew. Ver- mögen	Üb- rige Aus- gaben 2)	Land (Bund)	Gemein- den (Gv.)	von Gemeinden (Gv.)		vom Land (Bund)	Ge- bühren, Ent- gelte, Strafen		Zinsen, Rückfl. v. Dar- lehen	Schul- den aufn. aus Kredit- markt, m.		Entn. aus Rückl., Vermög- erlöse	Üb- rige Ein- nahmen	Zu- sam- men				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23		
Allgemeine Verwaltung	32 614	64	6	109	2 107	650	19 519	5	2 005	57 159	438	15	56 706	340	101	56 265	1 618	27	152	493	2 723	5 012	51 265	
Öffentl. Sicherheit und Ordnung	2 108	-	-	-	7	8	857	0	3	2 983	5	-	2 978	6	-	2 973	1 047	-	-	-	231	1 298	1 675	
Volks- und Hilsschulen	3 498	586	4	2 328	31 969	4 156	29 757	15 331	1 454	89 083	2 973	658	85 452	11 271	1 717	72 465	72	305	3 204	3 929	9 703	17 113	55 017	
Berufsschulen	68	-	26	0	118	93	1 214	145	1 029	2 694	183	-	2 511	61	-	2 451	11	-	11	64	96	102	2 252	
Nicht aufgeteilt	3	-	-	6	8	2	159	0	286	464	9	-	455	0	-	455	2	0	-	1	36	39	416	
Schulen	3 569	586	30	2 335	32 095	4 251	31 130	15 476	2 770	92 241	3 164	658	88 418	11 332	1 717	75 370	84	305	3 215	3 894	9 835	17 334	57 685	
Kultur	287	19	60	57	2 193	631	4 339	0	14	7 601	99	-	7 502	56	-	7 446	81	5	16	444	453	1 044	6 371	
Allgemeine Fürsorge	-	-	2	0	-	0	1 316	2	3 704	5 025	791	-	4 234	8	-	4 226	2	0	-	0	314	316	3 910	
Kriegsfolgenhilfe	-	0	1	-	-	0	1 275	126	2 173	3 576	264	-	3 312	925	-	2 387	-	0	-	-	300	300	2 087	
Nicht aufgeteilt	325	9	4	48	915	30	1 375	1	84	2 791	34	1	2 757	96	42	2 618	205	7	43	190	519	963	1 654	
Fürsorge und Jugendhilfe	325	9	7	48	915	31	3 965	130	5 962	11 392	1 089	1	10 302	1 029	42	9 231	207	7	43	190	1 133	1 590	7 651	
Gesundheits- und Jugendpflege	1 609	4	71	80	369	62	2 967	4	208	5 373	229	7	5 137	135	-	5 002	1 442	1	21	45	444	1 952	3 051	
Wohnungsbau und Wohnsiedlung	43	252	2 175	2 612	13 353	52	2 496	5	22	21 010	158	210	20 643	385	3 277	16 981	98	990	1 954	2 702	2 191	7 934	8 614	
Straßen, Brücken und sonst. Tiefbau	3 689	476	17	1 395	45 403	311	16 814	94	263	68 462	2 224	178	66 059	8 917	3 289	53 854	835	105	2 039	4 141	6 106	13 227	40 021	
Nicht aufgeteilt	102	16	0	58	2 023	15	1 094	26	31	3 365	36	-	3 329	817	262	2 251	208	10	193	69	454	523	1 360	
Bau- und Wohnungswesen	3 834	744	2 192	4 065	60 779	378	20 404	126	316	92 837	2 418	388	90 031	10 119	6 827	73 036	1 141	1 105	4 187	6 912	8 750	22 094	49 996	
Öffentl. Einrichtungen	991	172	41	902	19 535	5 748	14 211	47	222	41 068	1 002	92	40 774	2 829	601	37 344	3 292	63	1 089	2 468	4 155	11 067	25 331	
Wirtschaftsförderung	3 166	98	380	414	5 883	3 298	20 001	4	119	33 313	231	8	33 074	320	172	32 582	6 233	291	629	1 868	8 107	17 327	15 556	
Öffentl. Einrichtungen, Wirtschaftsförderung..	4 157	270	371	1 316	25 419	9 046	34 212	51	341	75 181	1 234	100	73 847	3 148	774	69 926	9 525	353	1 918	4 336	12 262	28 394	40 887	
Wirtschaftliche Unternehmen 1)	-	362	23	659	19 148	151	587	-	138	21 068	439	361	20 268	3 895	2 545	13 827	-	16	4 534	6 034	1 378	11 963	2 468	
Finanz- und Steuerverwaltung	7 716	154	-	27	8	29	4 117	430	71	12 552	18	-	12 534	31	-	12 503	1 181	407	-	14	497	2 099	10 403	
Nicht aufteilbarer Schuldendienst	-	396	4	143	-	-	18	-	-	563	1	-	562	-	-	562	-	130	23	143	-	296	266	
Allgemeines Kapitalvermögen 1)	-	-	310	1 679	-	-	10	-	-	1 999	-	-	1 999	-	-	1 999	-	674	4	409	0	1 087	934	
Allgemeines Grundvermögen 1)	-	15	15	2 723	3 512	47	12	22	21	6 366	83	14	6 269	306	118	5 845	-	114	433	1 717	22	2 236	3 780	
Sondervermögen 1)	1	2	-	31	43	8	438	1	-	525	-	-	525	4	-	521	32	3	-	1	462	793	253	
Finanzen und Steuern	7 717	568	329	4 604	3 563	84	4 595	453	92	22 005	103	14	21 889	341	118	21 431	1 508	1 329	459	2 285	981	6 562	15 130	
Zusammen	56 220	2 625	3 089	13 272	146 594	15 292	122 574	16 244	11 929	387 840	9 217	1 544	377 079	30 402	12 124	334 554	16 652	3 147	14 545	24 631	38 257	97 232	256 177	

1) Den Kämmergeiverwaltungen zugerechnete Ausgaben und Einnahmen, 2) Einschl. Unterhaltung von unbeweglichem Vermögen.

A. Ausgaben und spezielle Deckungsmittel der ordentlichen und außerordentlichen Rechnung
sowie Zuschußbedarf der ordentlichen Rechnung der Kleingemeinden im Bundesgebiet
5. Rechnungsjahr 1950 in 1 000 DM

Verwaltungsweig	Ausgaben					Zu- weisungen 3)	Brutto- ausgaben	Zuweisungen, und Darlehen von Gemeinden (Gv.)	Berei- nigte Aus- gaben	Zuweisungen und Darlehen vom Land (Bund)	Eigen- Aus- gaben	Spezielle Deckungsmittel			Zuschuß- bedarf der ordent- lichen Rech- nung
	Persön- liche Aus- gaben	Zinsen, Til- gung	Gewährung von Darlehen, Zuführung an Rücklagen, Gründerwerb	Neu-, Auf-, Umbauten, Neuanschaffg. von bewegl. Vermögen	Übrige Aus-2)							Vermögens- wirksame Einnahmen	Vermögens- unwirksame Einnahmen	Zu- sammen	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Allgemeine Verwaltung	30 023	49	158	1 788	18 060	2 016	52 094	515	51 579	397	51 182	414	3 735	4 149	47 033
Öffentl. Sicherheit und Ordnung	1 878	-	-	16	397	8	2 299	5	2 294	4	2 290	-	885	885	1 404
Volks- und Hilfsschulen	3 131	374	1 643	25 682	21 372	24 753	76 955	2 481	74 474	11 175	63 299	5 214	9 902	15 116	48 184
Berufsfachschulen (nur landwirtschaftliche)	59	-	-	180	174	765	1 198	142	1 056	98	958	46	32	78	880
Nicht aufgeteilt	17	2	5	60	200	1 528	1 812	42	1 770	24	1 746	30	77	106	1 640
Schulen	3 207	376	1 648	25 922	21 746	27 066	79 965	2 665	77 300	11 296	66 004	5 290	10 010	15 300	50 703
Kultur	229	20	127	1 993	2 644	1 175	6 188	97	6 091	56	6 035	216	527	743	5 292
Kriegsfolgenhilfe	-	0	0	103	1 497	2 466	4 066	342	3 724	944	2 780	13	310	323	2 457
Nicht aufgeteilt	387	7	43	550	2 829	3 629	7 444	762	6 682	152	6 530	112	1 228	1 340	5 190
Fürsorge und Jugendhilfe	387	8	44	653	4 325	6 094	11 510	1 104	10 406	1 097	9 310	125	1 538	1 663	7 647
Gesundheits- und Jugendpflege	953	7	52	473	2 365	760	4 610	226	4 384	123	4 261	78	1 505	1 583	2 678
Wohnungsbau und Wohnsiedlung	52	316	2 314	14 567	3 312	170	20 731	440	20 291	3 439	16 852	5 751	3 326	9 078	7 774
Straßen, Brücken und sonst. Tiefbau	3 845	287	993	26 750	18 538	410	50 824	1 616	49 207	8 309	40 899	3 672	6 974	10 646	30 253
Nicht aufgeteilt	51	5	59	1 552	932	136	2 736	29	2 707	926	1 781	243	526	769	1 013
Bau- und Wohnungswesen	3 948	608	3 367	42 870	22 782	717	74 290	2 085	72 206	12 673	59 532	9 667	10 826	20 492	39 040
Öffentl. Einrichtungen	879	109	604	14 883	13 335	1 077	30 887	753	30 135	2 192	27 943	1 990	6 231	8 221	19 722
Wirtschaftsförderung	2 922	36	442	7 448	17 322	417	28 588	191	28 397	495	27 902	3 803	12 046	15 849	12 053
Öffentl. Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	3 801	146	1 046	22 331	30 657	1 495	59 475	944	58 531	2 686	55 845	5 793	18 276	24 069	31 776
Finanz- und Steuerverwaltung	7 015	98	45	27	3 222	1 172	11 579	12	11 567	39	11 528	20	1 828	1 848	9 680
Nicht aufteilbarer Schuldendienst	-	362	44	-	32	0	438	1	437	1	437	62	102	163	273
Allgemeines Kapitalvermögen und Grundver- mögen, Sondervermögen	-	-	5 538	4 090	-	74	9 702	103	9 599	380	9 219	4 147	-	4 147	5 072
Finanzen und Steuern	7 015	460	5 627	4 117	3 254	1 246	21 719	116	21 603	420	21 184	4 229	1 930	6 158	15 025
Zusammen	51 441	1 673	12 068	100 163	106 231	40 575	312 151	7 757	304 394	28 752	275 642	25 811	49 232	75 043	280 599

1) Den Kämmererverwaltungen zugerechnete Ausgaben und Einnahmen.- 2) Einschl. Unterhaltung von unbeweglichem Vermögen.- 3) An Gebietskörperschaften sowie Zweckverbände und sonstige Verbände.- 4) Einschl. Mehreinnahmen/Mehrausgaben der ao. Rechnung.

A. Ausgaben und spezielle Deckungsmittel der ordentlichen und außerordentlichen Rechnung
sowie Zuschußbedarf der ordentlichen Rechnung der Kleingemeinden im Bundesgebiet
6. Rechnungsjahr 1949 in 1 000 DM

Verwaltungszweig	Ausgaben					Zu- wei- sungen ³⁾	Brutto- aus- gaben	Zuweisungen und Darlehen von Ge- meinden (Gv.)	Berei- nigte Aus- gaben	Zuweisungen und Darlehen von Land (Bund)	Eigen- aus- gaben	Spezielle Deckungsmittel			Zuschuß- bedarf der ordent- lichen Rechn- ung ⁴⁾
	Persön- liche Aus- gaben	Zinsen, Til- gung	Gewährung von Darlehen, Zuführung an Rücklagen, Gründerwerb	Neu-, Auf-, Umbauten, Neuanschaffg. von bewegl. Vermögen	Übrige Aus- gaben ²⁾							Vermögens- wirksame Einnahmen	Vermögens- unwirksame Einnahmen	Zu- sammen	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Allgemeine Verwaltung	30 030	6	90	1 489	18 050	1 761	51 427	500	50 926	177	50 750	259	3 196	3 455	47 294
Öffentl. Sicherheit und Ordnung	1 796	-	-	6	438	14	2 254	3	2 251	6	2 245	0	880	881	1 364
Volks- und Hilfsschulen	3 068	109	1 397	13 540	20 625	21 574	60 414	1 644	58 770	8 006	50 764	1 557	6 188	7 745	43 019
Berufsschulen (nur landwirtschaftliche)	71	-	0	35	249	570	925	97	828	35	794	0	33	33	760
Nicht aufgeteilt	26	0	1	13	291	1 076	1 407	43	1 364	6	1 358	-	76	76	1 282
Schulen	3 165	109	1 398	13 588	21 166	23 320	62 746	1 784	60 962	8 046	52 916	1 557	6 297	7 854	45 061
Kultur	260	16	222	1 187	2 739	598	5 122	64	5 058	31	5 027	138	362	501	4 527
Kriegsfolgenhilfe	84	0	1	47	5 105	4 793	10 030	591	9 439	3 761	5 677	6	828	834	4 843
Nicht aufgeteilt	371	4	48	561	3 723	3 559	8 307	658	7 648	149	7 500	76	1 769	1 845	5 655
Fürsorge und Jugendhilfe	455	4	49	608	8 828	8 392	18 337	1 250	17 087	3 910	13 177	82	2 597	2 679	10 498
Gesundheits- und Jugendpflege	777	2	71	192	2 170	533	3 746	186	3 559	62	3 497	17	1 147	1 164	2 334
Wohnungsbau und Wohnsiedlung	55	64	1 826	6 907	1 623	178	10 653	455	10 197	1 005	9 193	1 779	995	2 774	6 418
Straßen, Brücken und sonst. Tiefbau	4 342	100	843	14 373	18 632	214	38 504	964	37 540	4 507	33 033	1 193	4 649	5 842	27 191
Nicht aufgeteilt	197	5	44	1 071	1 362	96	2 777	53	2 724	690	2 034	80	549	630	1 404
Bau- und Wohnungswesen	4 594	168	2 714	22 351	21 617	489	51 933	1 472	50 462	6 202	44 259	3 053	6 194	9 246	35 013
Öffentl. Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	5 486	50	754	15 312	29 165	943	51 710	951	50 759	2 202	48 557	4 225	16 468	20 693	27 864
Finanz- und Steuerverwaltung	6 734	14	9	14	3 060	725	10 557	8	10 548	14	10 534	8	1 480	1 488	9 046
Nicht aufteilbarer Schuldendienst	0	322	31	-	18	0	371	-	371	-	371	40	160	200	170
Allgemeines Kapitalvermögen und Grundvermögen, Sondervermögen ¹⁾	-	-	3 601	3 198	-	191	6 988	99	6 890	366	6 523	2 119	-	2 119	4 405
Finanzen und Steuern	6 734	336	3 641	3 211	3 078	916	17 916	107	17 809	380	17 428	2 167	1 640	3 807	13 622
Zusammen	53 299	692	8 939	57 943	107 251	37 067	265 190	6 318	258 872	21 016	237 856	11 498	38 781	50 279	187 577

1) Den Kämmererverwaltungen zugerechnete Ausgaben und Einnahmen.- 2) Einschl. Unterhaltung von unbeweglichem Vermögen.- 3) An Gebietskörperschaften sowie Zweckverbände und sonstige Verbände.- 4) Einschl. Mehreinnahmen/Mehrausgaben der ao. Rechnung.

B. Ausgaben und spezielle Deckungsmittel der ordentlichen und außerordentlichen Rechnung
sowie Zuschußbedarf der ordentlichen Rechnung der Kleingemeinden im Rechnungsjahr 1954 in 1 000 DM
1. Nordrhein - Westfalen

Verwaltungszweig	Ausgaben								Zuweisungen an		Brutto- aus- gaben	Zuwei-	Dar-	Berei- nigte Aus- gaben	Zuwei-	Dar-	Eigen- aus- gaben	Spezielle Deckungsmittel						Zuschuß- bedarf der ordentl. Rechnung
	Persön- liche Aus- gaben	Unterh. von unbew. Ver- mögen	Zinsen, Til- gung	Gewäh- rung von Dar- lehen	Zuführg. an Rücklq., Grund- erwerb	Neu-, Auf-, Um- bauten	Neuan- schaffg. v.bew. Ver- mögen	Übrige Aus- gaben	Land (Bund)	Gemein- den (Gv.)		Zuwei-	Dar-		Zuwei-	Dar-		Ge- bühren, Ent- gelte, Strafen	Zinsen, Rückfl. v.Dar- lehen	Schul- den- aufn.aus Kredit- marktm.	Entn. aus Rückl., Vermög.- Erlöse	Übrige Ein- nahmen	Zu- sammen	
												von Gemeinden (Gv.)	von Land (Bund)											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24
Allgemeine Verwaltung	962	6	0	-	-	1	10	656	-	92	1 727	14	-	1 713	15	-	1 698	17	0	-	3	130	149	1 549
Öffentl. Sicherheit und Ordnung	59	-	-	-	-	-	1	14	-	-	74	-	-	74	0	-	74	0	-	-	-	5	5	69
Volks- und Hilfsschulen	536	769	147	5	326	5 462	498	3 157	3 638	89	14 627	373	130	14 124	3 869	62	10 192	7	13	666	716	647	2 050	8 394
Mittelschulen	1	1	-	-	-	14	1	33	11	9	70	0	-	70	15	-	55	-	-	-	-	3	3	53
Höhere Schulen	-	-	-	-	-	-	-	1	-	2	3	-	-	3	-	-	3	-	-	-	-	-	-	3
Berufsschulen	7	0	-	-	-	-	1	31	-	23	62	3	-	60	5	-	54	-	-	-	-	2	2	53
Nicht aufgeteilt	-	-	-	-	-	-	1	1	-	0	1	-	-	1	0	-	1	-	-	-	-	-	-	1
Schulen	544	770	147	5	326	5 476	500	3 223	3 649	123	14 763	375	130	14 258	3 890	62	10 306	7	13	666	716	652	2 154	8 503
Kultur	6	23	4	29	11	98	31	178	-	5	384	20	11	353	15	3	335	3	0	5	3	12	23	311
Allgemeine Fürsorge	-	-	-	-	-	-	-	389	-	1 234	1 623	476	-	1 147	1	-	1 146	-	0	-	-	81	81	1 065
Kriegsfolgenhilfe	-	-	-	-	-	-	-	510	-	232	741	44	-	697	352	-	344	-	-	-	-	121	121	224
Nicht aufgeteilt	37	1	-	-	4	-	-	55	-	3	100	0	-	100	1	-	99	0	-	-	1	4	4	95
Fürsorge und Jugendhilfe	37	1	-	-	4	-	-	954	-	1 469	2 465	521	-	1 944	355	-	1 589	0	0	-	1	205	206	1 383
Gesundheits- und Jugendpflege	20	7	3	-	54	145	2	164	-	10	405	12	-	393	62	-	331	0	0	12	6	44	62	234
Wohnungsbau und Wohnsiedlung	6	34	52	77	184	689	1	96	-	5	1 144	15	-	1 129	10	252	866	9	31	207	84	123	454	354
Straßen, Brücken und sonst. Tiefbau	698	3 512	122	1	422	7 276	5	189	-	41	12 266	2 004	-	10 262	1 411	497	8 354	245	10	547	266	821	1 888	6 938
Nicht aufgeteilt	17	27	5	-	3	291	-	31	-	-	374	2	-	372	161	-	211	1	0	80	1	26	108	94
Bau- und Wohnungswesen	720	3 573	178	77	610	8 257	7	316	-	46	13 784	2 021	-	11 763	1 582	750	9 431	255	41	835	350	970	2 450	7 385
Öffentl. Einrichtungen	76	298	31	2	159	1 204	235	653	-	141	2 798	44	5	2 749	306	32	2 411	268	1	235	74	189	766	1 771
Wirtschaftsförderung	61	58	14	9	28	201	51	591	-	1	1 013	4	-	1 009	103	27	879	358	2	-	13	171	545	360
Öffentl. Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	136	356	44	11	186	1 405	287	1 244	-	142	3 812	48	5	3 758	410	59	3 290	626	4	235	87	360	1 311	2 131
Wirtschaftliche Unternehmen 1)	-	-	52	0	38	1 329	6	23	-	4	1 451	24	15	1 412	513	49	849	-	11	244	133	286	674	165
Finanz- und Steuerverwaltung	13	1	26	-	5	-	0	109	-	23	177	9	-	168	-	-	168	5	16	-	-	164	185	- 17
Nicht aufteilbarer Schuldendienst	-	-	27	-	-	-	-	-	-	-	27	-	-	27	-	-	27	-	-	-	-	-	-	27
Allgemeines Kapitalvermögen 1)	-	-	-	19	37	-	-	-	-	-	57	-	-	57	-	-	57	-	42	-	11	-	53	4
Allgemeines Grundvermögen 1)	-	-	22	9	771	238	1	3	-	-	1 044	3	7	1 034	73	36	926	-	11	75	195	1	282	587
Sondervermögen 1)	1	-	0	-	5	-	-	21	-	-	26	-	-	26	1	-	26	-	0	-	-	31	31	- 5
Finanzen und Steuern	14	1	75	28	819	238	1	133	-	23	1 331	12	7	1 312	73	36	1 203	5	69	75	206	196	551	595
Zusammen	2 498	4 738	502	151	2 048	16 949	845	6 905	3 649	1 913	40 197	3 048	169	36 980	6 915	959	29 107	913	138	2 071	1 505	2 859	7 486	22 325

1) Den Kämmererverwaltungen zugerechnete Ausgaben und Einnahmen.

B. Ausgaben und spezielle Deckungsmittel der ordentlichen und außerordentlichen Rechnung
sowie Zuschußbedarf der ordentlichen Rechnung der Kleingemeinden im Rechnungsjahr 1954 in 1 000 DM

2. Bayern (einschl. Lindau)

Verwaltungszweig	Ausgaben								Zuweisungen an		Brutto- aus- gaben	Zuwei-	Dar-	Berei- nigte Aus- gaben	Zuwei-	Dar-	Eigen- aus- gaben	Spezielle Deckungsmittel						Zuschuß- bedarf der ordentl. Rechnung
	Persön- liche Aus- gaben	Unterh. von unbew. Ver- mögen	Zinsen, Til- gung	Gewäh- rung von Dar- lehen	Zuführg. an Rückl. Grund- erwerb	Neu-, Auf-, Um- bauten	Neuan- schaffg. b.bew. Ver- mögen	Übrige Aus- geber	Land (Bund)	Gemein- den (Gv.)		von Gemeinden (Gv.)	von Land (Bund)		Ge- bühren, Ent- gelte, Strafen	Zinsen, Rückfl. v. Dar- lehen		Schul- den aufn. aus Kredit- marktm.	Entn. aus Rückl., Vermög.- Erlöse	Übrige Ein- nahmen	Zu- sammen			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	
Allgemeine Verwaltung	7 778	384	133	-	64	279	658	8 490	-	19	17 804	32	-	17 772	28	2	17 741	701	2	89	118	752	1 663	16 083
Öffentl. Sicherheit und Ordnung	196	0	-	-	-	-	1	119	-	-	316	-	-	316	-	-	316	9	-	-	-	7	16	301
Volke- und Hilfsschulen	282	1 355	1 214	-	807	6 399	1 039	7 730	-	170	18 996	718	107	18 170	1 254	60	16 856	73	69	1 878	834	1 649	4 503	12 508
Mittelschulen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Höhere Schulen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Berufsschulen	0	2	8	-	4	114	47	974	-	1 357	2 505	170	2	2 332	22	-	2 311	3	2	60	4	32	101	2 232
Nicht aufgeteilt	-	-	-	-	-	-	-	0	-	23	24	-	-	24	-	-	24	-	-	-	-	0	0	23
Schulen	283	1 357	1 221	-	811	6 513	1 085	8 704	-	1 551	21 524	888	109	20 526	1 276	60	19 190	76	71	1 938	838	1 682	4 605	14 763
Kultur	30	581	19	5	24	431	135	1 620	-	7	2 851	16	-	2 835	41	-	2 794	72	15	18	63	144	312	2 487
Allgemeine Fürsorge	-	-	-	-	-	-	-	13	-	-	13	-	-	13	-	-	13	-	-	-	-	1	1	12
Kriegesfolgenhilfe	-	-	-	-	-	-	-	0	-	-	0	-	-	0	-	-	0	-	-	-	-	-	-	0
Nicht aufgeteilt	180	79	27	0	10	368	26	349	-	83	1 122	8	-	1 114	15	4	1 095	124	6	86	12	124	351	744
Fürsorge und Jugendhilfe	180	79	27	0	10	368	26	362	-	83	1 135	8	-	1 127	15	4	1 108	124	6	86	12	125	353	756
Gesundheits- und Jugendpflege	1 143	67	4	41	8	17	29	1 419	32	2	2 761	11	-	2 750	15	-	2 735	2 204	0	-	2	169	2 376	360
Wohnungsbau und Wohnsiedlung	-	-	208	891	371	2 449	1	353	-	-	4 351	19	118	4 214	22	265	3 927	225	424	797	294	116	1 855	2 206
Straßen, Brücken und sonst. Tiefbau	937	5 501	994	4	630	16 063	66	1 039	8	215	25 457	1 749	200	23 508	4 542	1 665	17 301	581	24	3 060	823	1 765	6 252	11 333
Nicht aufgeteilt	9	21	32	61	14	468	52	259	2	0	918	45	-	873	102	60	711	4	0	85	40	75	204	468
Bau- und Wohnungswesen	946	5 522	1 312	957	1 015	18 980	119	1 650	10	215	30 725	1 812	318	28 595	4 667	1 989	21 939	810	448	3 942	1 156	1 956	8 312	14 006
Öffentl. Einrichtungen	203	1 588	552	5	499	5 124	2 447	4 843	191	9	15 461	335	14	15 112	772	100	14 240	2 847	30	909	506	1 192	5 485	8 532
Wirtschaftsförderung	97	355	41	40	85	172	323	5 514	-	1	6 629	21	-	6 608	82	4	6 522	3 647	23	53	29	1 895	5 647	884
Öffentl. Einrichtungen, Wirtschaftsförderung ...	300	1 943	593	48	584	5 296	2 771	10 357	191	9	22 090	356	14	21 721	854	104	20 762	6 494	53	962	535	3 087	11 131	9 416
Wirtschaftliche Unternehmen 1)	-	-	-	-	141	10 115	38	27	-	-	10 322	124	82	10 116	1 994	2 199	5 922	-	-	2 744	969	1 607	5 320	1 156
Finanz- und Steuerverwaltung	1 474	2	316	-	0	-	28	2 408	501	-	4 729	-	-	4 729	-	-	4 729	634	173	-	-	85	891	3 838
Nicht aufteilbarer Schuldendienst	-	-	51	-	-	-	-	-	-	-	51	-	-	51	-	-	51	-	-	-	-	5	5	46
Allgemeines Kapitalvermögen 1)	-	-	-	30	225	-	-	-	-	-	255	-	-	255	-	-	255	-	78	-	-	-	78	177
Allgemeines Grundvermögen 1)	-	-	-	-	1 282	148	7	-	-	-	1 438	-	2	1 436	49	5	1 382	-	4	89	69	8	169	1 236
Sondervermögen 1)	3	43	4	-	3	-	-	353	-	-	407	-	-	407	-	-	407	78	1	-	-	464	542	- 135
Finanzen und Steuern	1 477	45	371	30	1 511	148	35	2 761	501	-	6 879	-	2	6 877	49	5	6 823	712	156	89	69	561	1 685	5 162
Zusammen	12 332	9 977	3 681	1 078	4 167	42 149	4 896	35 509	733	1 887	116 408	3 248	525	112 635	8 940	4 363	99 332	11 202	850	9 868	3 762	10 090	35 771	64 490

1) Den Kämmererverwaltungen zugerechnete Ausgaben und Einnahmen.

B. Ausgaben und spezielle Deckungsmittel der ordentlichen und außerordentlichen Rechnung
sowie Zuschußbedarf der ordentlichen Rechnung der Kleingemeinden im Rechnungsjahr 1954 in 1 000 DM

3. Baden - Württemberg

Verwaltungszweig	Ausgaben								Zuweisungen an		Brutto- aus- gaben	Zuwei- sungen	Dar- lehen	Berei- nigte Aus- gaben	Zuwei- sungen	Dar- lehen	Eigen- aus- gaben	Spezielle Deckungsmittel						Zuschuß- bedarf der ordentl. Rechnung
	Persön- liche Aus- gaben	Unterh. von unbew. Ver- mögen	Zinsen, Til- gung	Gewäh- rung von Dar- lehen	Zuführg. an Rückl.g. Grund- erwerb	Neu-, Auf-, Um- bauten	Neuan- schaffg. v.bew. Ver- mögen	Übrige Aus- gaben	Land (Bund)	Gemein- den (Gv.)		von Gemeinden (Gv.)	vom Land (Bund)		Ge- bühren Ent- gelte, Strafen	Zinsen, Rückfl. v.Dar- lehen		Schul- den- aufn.aus Kredit- marktn.	Entn. aus Rückl., Vermög.- Erlöse	Übrige Ein- nahmen	Zu- sammen			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	
Allgemeine Verwaltung	10 805	587	142	0	172	1 472	394	5 420	0	1 528	20 521	102	-	20 419	135	26	20 258	507	3	173	361	624	1 667	18 664
Öffentl. Sicherheit und Ordnung	301	10	-	-	1	4	2	123	0	1	441	1	-	441	2	-	438	16	-	-	-	8	24	414
Volks- und Hilfsschulen	1 131	1 362	1 121	-	268	8 588	688	4 198	7 388	321	25 566	376	208	25 082	2 294	72	22 716	11	14	2 045	1 534	1 558	5 162	17 256
Mittelschulen	-	-	-	-	-	-	-	0	-	2	2	-	-	2	-	-	2	-	-	-	-	-	2	
Höhere Schulen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9	9	-	-	9	-	-	9	-	-	-	-	-	9	
Berufsschulen	5	3	2	1	20	55	33	321	159	676	1 275	152	-	1 123	20	-	1 102	0	5	5	1	29	40	1 033
Nicht aufgeteilt	-	-	-	22	-	6	0	1	-	9	38	2	-	37	2	-	35	0	1	-	6	0	8	27
Schulen	1 136	1 365	1 122	23	888	8 649	722	4 520	7 547	1 018	26 991	529	208	26 254	2 316	72	23 865	12	20	2 050	1 541	1 587	5 210	18 329
Kultur	78	83	35	3	185	327	84	1 663	1	12	2 470	19	-	2 451	8	-	2 443	7	6	-	81	109	203	2 244
Allgemeine Fürsorge	-	-	-	-	-	-	-	302	-	478	780	111	-	669	-	-	669	-	-	-	-	59	59	610
Kriegsfolgenhilfe	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Nicht aufgeteilt	220	55	34	-	95	1 156	33	559	-	24	2 176	22	-	2 154	128	44	1 982	87	0	58	382	89	617	1 260
Fürsorge und Jugendhilfe	220	55	34	-	95	1 156	33	880	-	502	2 955	132	-	2 823	128	44	2 651	87	0	58	382	148	676	1 870
Gesundheits- und Jugendpflege	973	33	11	31	50	458	21	933	2	65	2 578	55	12	2 511	32	1	2 478	858	2	137	27	125	1 147	1 369
Wohnungsbau und Wohnsiedlung	-	9	135	317	628	1 763	1	112	-	-	2 965	-	113	2 851	43	229	2 579	3	176	627	617	62	1 486	962
Straßen, Brücken und sonst. Tiefbau	1 024	3 079	389	30	477	6 583	73	2 584	67	131	14 437	264	35	14 138	1 277	346	12 515	152	3	1 024	680	560	2 419	10 296
Nicht aufgeteilt	72	128	178	-	182	2 112	11	758	132	11	3 583	27	13	3 543	621	373	2 550	198	6	493	68	378	1 144	1 432
Bau- und Wohnungswesen	1 096	3 216	702	347	1 286	10 457	85	3 453	199	142	20 984	291	161	20 532	1 940	949	17 643	353	185	2 144	1 365	1 001	5 048	12 691
Öffentl. Einrichtungen	620	531	665	0	703	9 298	1 670	3 373	0	57	16 917	282	50	16 584	1 636	547	14 401	2 393	5	2 268	1 339	936	6 942	7 248
Wirtschaftsförderung	1 819	1 045	274	77	368	2 231	857	11 916	4	94	18 686	152	13	18 521	487	78	17 956	1 000	40	697	444	3 866	6 048	11 800
Öffentl. Einrichtungen, Wirtschaftsförderung ...	2 440	1 576	939	77	1 071	11 529	2 527	15 288	5	151	35 602	434	63	35 105	2 123	625	32 357	3 394	45	2 965	1 784	4 802	12 989	19 048
Wirtschaftliche Unternehmen 1)	-	-	279	127	1 195	12 441	75	874	2	112	15 104	209	95	14 800	3 761	1 185	9 854	-	16	4 270	3 153	472	7 908	2 959
Finanz- und Steuerverwaltung	2 540	5	117	-	19	6	22	742	13	24	3 487	-	-	3 487	-	-	3 487	433	173	1	9	65	681	2 806
Nicht aufteilbarer Schuldendienst	-	-	11	-	62	-	-	1	-	-	74	-	-	74	-	-	74	-	27	-	21	0	48	26
Allgemeines Kapitalvermögen 1)	-	-	-	147	1 515	-	-	-	-	-	1 661	-	-	1 661	-	-	1 661	-	133	-	308	-	441	1 220
Allgemeines Grundvermögen 1)	-	-	66	8	1 473	1 121	47	10	-	1	2 726	0	16	2 710	6	41	2 663	-	6	443	635	7	1 091	1 582
Sondervermögen 1)	-	1	-	-	3	-	1	478	-	-	483	-	-	483	-	-	483	323	0	-	0	266	590	- 107
Finanzen und Steuern	2 540	6	194	155	3 072	1 127	70	1 231	13	25	8 431	0	16	8 415	6	41	8 368	756	339	444	973	338	2 851	5 527
Zusammen	19 588	6 931	3 459	763	8 015	47 622	4 011	34 367	7 769	3 554	136 078	1 773	555	133 751	10 451	2 942	120 358	5 990	614	12 239	9 666	9 214	37 724	83 117

1) Den Kammereiverwaltungen zugerechnete Ausgaben und Einnahmen.

B. Ausgaben und spezielle Deckungsmittel der ordentlichen und außerordentlichen Rechnung
sowie Zuschußbedarf der ordentlichen Rechnung der Kleingemeinden
im Rechnungsjahr 1954 in 1 000 DM
4. Niedersachsen

Verwaltungszweig	Ausgaben								Zuweisungen an		Brutto- aus- gaben	Zuwei- sungen von Gemeinden (Gv.)	Dar- lehen	Berei- nigte Aus- ga- ben	Zuwei- sungen vom Land (Bund)	Dar- lehen	Eigen- aus- gaben	Spezielle Deckungsmittel						Zu- schuß- bedarf der ordentl. Rechnung
	Persön- liche Aus- gaben	Unterh. von unbew. Ver- mögen	Zin- sen, Til- gung	Gewäh- rung von Dar- lehen	Zuführg. an Rückl., Grund- erwerb	Neu- auf-, Um- bauten	Neuan- schaffg. v. bew. Ver- mögen	Üb- rige Aus- gaben	Land (Bund)	Gemein- den (Gv.)								Ge- bühren, Ent- gelte, Strafen	Zinsen, Rückfl. v. Dar- lehen	Schul- den- aufn. aus Kredit- markt	Entn. aus Rückl., Vermög- erlöse	Üb- rige Ein- nahmen	Zu- sam- men	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	
Allgemeine Verwaltung	4 542	24	1	-	-	13	68	2 990	0	268	7 906	113	4	7 790	11	-	7 779	171	0	1	1	112	284	7 492
Öffentl. Sicherheit und Ordnung	105	-	-	-	-	0	-	32	0	0	138	1	-	137	-	-	137	172	0	-	-	2	174	+ 37
Volks- und Hilfsschulen	637	1 445	880	18	508	4 740	605	5 423	106	4 404	18 665	555	432	17 678	2 322	151	15 206	22	24	1 322	658	1 737	3 763	11 922
Mittelschulen	-	-	-	-	-	-	-	79	-	1 426	1 505	1	-	1 504	5	-	1 500	-	-	-	-	1	1	1 498
Höhere Schulen	-	-	-	-	-	-	-	2	-	2 531	2 534	-	-	2 534	-	-	2 534	-	-	-	-	-	-	2 534
Berufsschulen	0	-	-	-	-	13	1	102	-	72	187	21	2	165	1	1	163	-	-	-	-	5	5	155
Nicht aufgeteilt	1	1	3	-	2	1	1	29	-	7	44	1	-	43	1	-	42	1	0	-	-	2	4	38
Schulen	638	1 446	882	18	509	4 753	606	5 635	106	8 439	22 935	576	433	21 924	2 328	151	19 444	23	25	1 322	658	1 746	3 773	16 147
Kultur	3	13	1	-	2	38	60	170	-	1	288	21	-	267	13	-	254	7	0	-	4	37	48	206
Allgemeine Fürsorge	-	-	-	-	-	-	-	97	0	1 534	1 632	128	-	1 504	-	-	1 504	-	-	-	-	63	63	1 441
Kriegsfolgenhilfe	2	-	-	-	-	-	-	13	-	373	389	41	-	348	2	-	348	-	-	-	-	9	9	337
Nicht aufgeteilt	36	58	2	-	3	28	2	84	-	3	215	88	-	127	15	-	112	2	0	15	2	99	118	1
Fürsorge und Jugendhilfe	38	58	2	-	3	28	2	194	0	1 910	2 235	257	-	1 979	17	-	1 962	2	0	15	2	172	190	1 779
Gesundheits- und Jugendpflege	91	53	7	-	33	68	3	456	0	163	876	102	-	773	14	-	760	13	0	8	3	44	69	696
Wohnungsbau und Wohnsiedlung	5	43	60	102	658	700	2	132	2	4	1 608	21	55	1 532	24	50	1 458	11	41	280	127	170	629	904
Straßen, Brücken und sonst. Tiefbau	493	2 411	880	1	961	10 379	28	393	1	128	15 674	1 273	73	14 328	1 073	161	13 095	208	55	2 029	607	1 964	4 863	8 228
Nicht aufgeteilt	9	56	6	-	3	34	-	54	-	31	194	2	-	191	5	-	186	11	0	-	-	17	28	159
Bau- und Wohnungswesen	507	2 511	946	103	1 522	11 112	30	580	3	163	17 470	1 297	128	16 052	1 102	211	14 739	229	96	2 308	734	2 152	5 520	9 291
Öffentl. Einrichtungen	75	530	205	-	231	1 450	1 133	1 805	1	87	5 516	528	5	4 983	268	42	4 674	217	11	372	102	403	1 106	3 626
Wirtschaftsförderung	7	7	2	30	19	72	63	755	8	3	965	12	-	953	32	43	878	305	3	40	10	283	641	242
Öffentl. Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	82	537	207	30	250	1 522	1 195	2 561	9	90	6 481	540	5	5 936	300	85	5 551	522	14	411	113	686	1 746	3 868
Wirtschaftliche Unternehmen ¹⁾	-	-	59	-	6	2 748	-	10	-	-	2 823	134	47	2 641	317	226	2 098	-	-	1 377	100	466	1 943	420
Finanz- und Steuerverwaltung	1 448	5	150	-	21	0	14	631	0	62	2 333	11	-	2 322	1	-	2 322	104	62	-	6	78	249	2 073
Nicht aufteilbarer Schuldendienst	-	-	13	-	-	-	-	0	-	-	13	-	-	13	-	-	13	-	1	-	-	-	1	13
Allgemeines Kapitalvermögen ¹⁾	-	-	-	8	44	-	-	-	-	-	52	-	-	52	-	-	52	-	4	-	13	-	17	35
Allgemeines Grundvermögen ¹⁾	-	-	7	-	280	127	2	1	-	1	418	3	16	400	-	-	400	-	2	59	91	14	166	238
Sondervermögen ¹⁾	-	2	1	-	0	-	-	2	-	-	6	-	-	6	-	-	6	-	-	-	-	9	9	+ 3
Finanzen und Steuern ..	1 448	7	171	8	346	127	16	634	0	63	2 822	14	16	2 792	1	-	2 792	104	68	59	109	100	441	2 355
Zusammen	7 455	4 651	2 275	158	2 671	20 408	1 882	13 262	119	11 099	63 979	3 055	632	60 292	4 102	673	55 517	1 244	204	5 502	1 723	5 517	14 190	42 216

1) Den Kämmererverwaltungen zugerechnete Ausgaben und Einnahmen.

B. Ausgaben und spezielle Deckungsmittel der ordentlichen und außerordentlichen Rechnung
sowie Zuschußbedarf der ordentlichen Rechnung der Kleingemeinden im Rechnungsjahr 1954 in 1 000 DM

5. Hessen

Verwaltungszweig	Ausgaben								Zuweisungen an		Brutto- aus- gaben	Zuwei- sungen	Dar- lehen	Berei- nigte Aus- gaben	Zuwei- sungen	Dar- lehen	Eigen- aus- gaben	Spezielle Deckungsmittel						Zuschuß- bedarf der ordentl. Rechnung
	Persön- liche Aus- gaben	Unterh. von unbew. Ver- mögen	Zinsen, Til- gung	Gewäh- rung von Dar- lehen	Zuführg. an Rücklg., Grund- erwerb	Neu-, Auf-, Um- bauten	Neuan- schaffg. v. bew. Ver- mögen	Übrige Aus- gaben	Land (Bund)	Gemein- den (Gv.)								von Gemeinden (Gv.)	von Land (Bund)	Ge- bühren, Ent- gelte, Strafen	Zinsen, Rückfl. v. Dar- lehen	Schul- den- aufn. aus Kredit- marktm.	Entn. aus Rückl., Vermög.- Erlöse	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
Allgemeine Verwaltung	4 958	70	2	-	12	81	65	2 668	1	178	8 035	83	-	7 951	16	-	7 935	186	0	28	18	396	628	7 312
Öffentl. Sicherheit und Ordnung	256	0	-	-	-	2	0	46	-	5	308	1	-	307	0	-	307	12	-	-	-	4	16	291
Volks- und Hilfsschulen	473	1 033	709	1	665	5 518	474	2 564	9	116	11 562	625	111	10 826	2 825	65	7 935	28	25	697	698	1 108	2 556	5 452
Mittelschulen	-	-	-	-	-	-	-	1	-	0	1	-	-	1	-	-	1	-	-	-	-	-	-	1
Höhere Schulen	-	-	-	-	-	-	-	5	-	0	5	-	-	5	-	-	5	-	-	-	-	-	-	5
Berufsschulen	0	0	-	-	0	-	3	8	0	55	67	10	-	57	-	-	57	0	-	-	-	1	1	56
Nicht aufgeteilt	-	-	-	-	-	-	-	4	2	18	24	-	-	24	-	-	24	-	-	-	-	0	0	24
Schulen	473	1 034	709	1	665	5 518	477	2 582	11	189	11 658	635	111	10 913	2 825	65	8 022	28	25	697	698	1 109	2 557	5 538
Kultur	71	185	45	-	21	468	66	713	0	25	1 595	38	13	1 543	38	-	1 505	9	2	42	18	185	256	1 230
Allgemeine Fürsorge	-	-	-	-	-	-	-	58	-	972	1 030	-	-	1 030	-	-	1 030	-	-	-	-	138	138	892
Kriegsfolgenhilfe	-	-	-	-	-	-	-	5	-	475	480	-	-	480	-	-	480	-	0	-	-	64	64	416
Nicht aufgeteilt	48	19	-	-	0	21	5	104	0	19	216	12	-	204	15	-	189	22	0	10	2	20	54	148
Fürsorge und Jugendhilfe	48	19	-	-	0	21	5	167	0	1 466	1 726	12	-	1 714	15	-	1 699	22	0	10	2	222	256	1 456
Gesundheits- und Jugendpflege	211	100	22	3	80	517	13	488	5	114	1 553	115	-	1 439	248	-	1 191	23	1	32	20	159	235	948
Wohnungsbau und Wohnsiedlung	8	22	125	180	183	890	19	132	0	3	1 563	13	64	1 486	31	126	1 329	1	222	223	95	156	697	533
Straßen, Brücken und sonst. Tiefbau	371	2 029	611	8	302	5 940	12	562	20	69	9 925	282	132	9 511	1 063	86	8 362	172	26	1 120	450	1 047	2 814	5 678
Nicht aufgeteilt	16	79	24	-	33	919	3	105	1	4	1 184	30	20	1 134	315	55	764	1	0	276	3	77	357	421
Bau- und Wohnungswesen	395	2 130	760	188	517	7 750	34	799	21	76	12 672	325	217	12 130	1 408	266	10 455	174	248	1 618	548	1 280	3 868	6 631
Öffentl. Einrichtungen	272	760	388	0	375	7 562	1 173	1 587	0	55	12 171	255	356	11 560	1 294	414	9 852	604	6	1 288	610	1 680	4 188	5 579
Wirtschaftsförderung	671	221	24	53	102	242	591	4 046	0	26	5 976	31	-	5 945	87	5	5 853	2 180	16	64	63	1 796	4 119	1 728
Öffentl. Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	942	980	412	53	477	7 804	1 763	5 633	0	81	18 147	286	356	17 505	1 381	419	15 705	2 784	22	1 352	673	3 475	8 307	7 308
Wirtschaftliche Unternehmen 1)	-	-	78	6	309	7 145	21	40	-	20	7 619	259	212	7 148	1 713	613	4 821	-	17	1 897	1 033	604	3 550	1 613
Finanz- und Steuerverwaltung	2 640	3	110	-	5	-	16	691	1	25	3 491	0	-	3 491	2	-	3 489	53	75	-	13	84	225	3 264
Nicht aufteilbarer Schuldendienst	-	-	77	-	2	-	-	4	-	-	83	12	-	83	-	-	71	-	24	-	3	3	30	41
Allgemeines Kapitalvermögen 1)	-	-	-	38	135	-	-	-	-	-	173	-	-	173	-	-	173	-	58	-	40	-	97	76
Allgemeines Grundvermögen 1)	-	-	47	6	961	455	4	8	1	1	1 484	1	57	1 426	28	16	1 382	-	21	187	323	19	551	852
Sondervermögen 1)	1	0	-	-	25	-	-	79	1	-	105	1	-	105	2	-	102	36	0	-	2	130	168	66
Finanzen und Steuern	2 641	3	235	45	1 127	455	20	783	3	26	5 336	14	57	5 265	33	16	5 218	89	179	187	381	238	1 072	4 167
Zusammen	9 993	4 522	2 263	295	3 210	29 761	2 464	13 919	40	2 181	68 649	1 768	966	65 916	7 676	1 379	56 860	3 326	495	5 863	3 390	7 672	20 745	36 493

1) Den Kämmergeverwaltungen zugerechnete Ausgaben und Einnahmen.

B. Ausgaben und spezielle Deckungsmittel der ordentlichen und außerordentlichen Rechnung
sowie Zuschußbedarf der ordentlichen Rechnung der Kleingemeinden im Rechnungsjahr 1954 in 1 000 DM
6. Rheinland - Pfalz

Verwaltungszweig	Ausgaben								Zuweisungen an		Brutto- aus- gaben	Zuwei-	Dar-	Berei- nigte Aus- gaben	Zuwei-	Dar-	Eigen- aus- gaben	Spezielle Deckungsmittel						Zuschuß- bedarf der ordentl. Rechnung
	Persön- liche Aus- gaben	Unterh. von unbew. Ver- mögen	Zinsen, Til- gung	Gewäh- rung von Dar- lehen	Zuführung an Rückstg. Grund- erwerb	Neu-, Auf-, Um- bauten	Neuan- schaffg. v. bew. Ver- mögen	Übrige Aus- gaben	Land (Bund)	Gemein- den (Gv.)		von Gemeinden (Gv.)	lehen		von Land (Bund)	lehen		Ge- bühren, Ent- gelte, Strafen	Zinsen, Rückstg. v. Dar- lehen	Schul- den- aufn. aus Kredit- marktm.	Entn. aus Rückstg., Vermög.- Erlöse	Übrige Ein- nahmen	Zu- sammen	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		12	13		15	16		18	19	20	21	22	23	24
Allgemeine Verwaltung	4 857	88	14	-	10	225	107	1 942	10	733	7 986	518	-	7 468	34	-	7 434	205	13	20	50	724	1 013	6 431
Öffentl. Sicherheit und Ordnung	1 234	-	0	-	-	-	4	93	-	2	1 333	1	-	1 332	1	-	1 331	780	-	-	-	28	808	523
Volks- und Hilfsschulen	632	1 234	348	-	654	4 735	509	3 064	6	53	11 236	303	11	10 922	1 560	559	8 802	20	22	529	888	1 094	2 552	6 309
Mittelschulen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Höhere Schulen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0	0	-	-	0	-	-	0	-	-	-	-	-	-	0
Berufsschulen	1	2	-	13	-	8	3	13	-	6	47	12	-	35	6	-	29	-	-	-	-	2	2	27
Nicht aufgeteilt	2	-	-	-	-	-	-	0	-	0	2	0	-	2	-	-	2	-	-	-	-	1	1	1
Schulen	635	1 236	348	13	654	4 743	512	3 078	6	60	11 285	315	11	10 959	1 566	559	8 834	20	22	529	888	1 097	2 555	6 338
Kultur	16	102	5	9	46	216	53	876	-	1	1 323	12	-	1 311	7	-	1 304	19	21	6	107	117	269	1 007
Allgemeine Fürsorge	-	-	4	-	-	-	-	286	-	1 310	1 600	205	-	1 395	3	-	1 392	-	0	-	-	63	63	1 329
Kriegsfolgenhilfe	-	-	-	-	-	-	-	5	-	8	12	1	-	11	-	-	11	-	-	-	-	1	1	10
Nicht aufgeteilt	97	25	7	-	116	132	9	115	-	28	529	13	9	507	7	4	496	42	-	42	26	14	125	291
Fürsorge und Jugendhilfe	97	25	11	-	116	132	9	406	-	1 345	2 141	219	9	1 913	10	4	1 900	42	1	42	26	78	189	1 631
Gesundheits- und Jugendpflege	228	34	3	5	18	30	7	549	-	75	949	47	-	901	14	-	887	279	16	-	9	58	361	526
Wohnungsbau und Wohnsiedlung	-	-	70	276	309	940	-	28	1	0	1 624	11	15	1 598	9	179	1 409	-	234	353	154	95	837	644
Straßen, Brücken und sonst. Tiefbau	414	3 526	1 029	66	815	13 913	18	704	41	556	21 083	1 011	115	19 957	3 039	342	16 577	446	92	2 877	1 700	955	6 070	10 639
Nicht aufgeteilt	20	80	11	20	76	188	3	191	1	0	570	36	20	515	65	10	439	36	4	10	11	76	137	297
Bau- und Wohnungswesen	434	3 586	1 110	362	1 200	15 042	21	924	42	556	23 278	1 058	150	22 070	3 114	531	18 426	482	330	3 240	1 865	1 126	7 044	11 580
Öffentl. Einrichtungen	184	833	291	0	430	4 441	1 056	1 604	0	98	8 937	95	22	8 820	618	219	7 983	644	26	906	710	463	2 749	5 486
Wirtschaftsförderung	561	64	45	299	105	179	379	4 080	2	107	5 820	71	132	5 618	75	66	5 477	2 248	122	34	132	1 555	4 091	1 415
Öffentl. Einrichtungen, Wirtschaftsförderung ...	745	897	336	299	535	4 619	1 435	5 683	2	206	14 757	165	153	14 438	693	286	13 460	2 892	148	940	842	2 018	6 840	6 901
Wirtschaftliche Unternehmen 1)	-	-	228	262	579	5 363	163	242	-	24	6 862	180	92	6 588	847	668	5 073	-	4	2 281	1 203	394	3 802	1 644
Finanz- und Steuerverwaltung	456	-	45	-	34	55	39	1 294	-	8	1 931	0	-	1 931	-	-	1 931	38	81	54	2	58	235	1 696
Nicht aufteilbarer Schuldendienst	-	-	7	-	-	-	-	-	-	-	7	-	-	7	-	-	7	-	-	-	-	-	-	7
Allgemeines Kapitalvermögen 1)	-	-	-	14	42	-	-	-	-	-	57	-	-	57	-	-	57	-	33	-	18	12	63	7
Allgemeines Grundvermögen 1)	-	-	22	6	1 212	350	5	72	0	99	1 766	12	3	1 752	38	-	1 714	-	14	35	683	54	786	925
Sondervermögen 1)	-	-	-	-	2	-	-	33	-	1	36	-	-	36	-	-	36	27	2	-	-	67	96	60
Finanzen und Steuern	456	-	75	20	1 290	405	44	1 399	0	108	3 798	12	3	3 782	38	-	3 744	65	130	89	703	191	1 180	2 563
Zusammen	8 701	5 968	2 129	370	4 449	30 775	2 355	15 191	61	3 110	73 709	2 527	418	70 764	6 323	2 048	62 393	4 784	684	7 068	5 694	5 831	24 061	39 143

1) Den Kämmererverwaltungen zugerechnete Ausgaben und Einnahmen.

B. Ausgaben und spezielle Deckungsmittel der ordentlichen und außerordentlichen Rechnung
sowie Zuschußbedarf der ordentlichen Rechnung der Kleingemeinden im Rechnungsjahr 1954 in 1 000 DM

7. Schleswig - Holstein

Verwaltungszweig	Ausgaben								Zuweisungen an		Brutto- aus- gaben	Zuwei- sungen	Dar- lehen	Berei- nigte Aus- gaben	Zuwei- sungen	Dar- lehen	Eigen- aus- gaben	Spezielle Deckungsmittel						Zuschuß- bedarf der ordentl. Rechnung
	Persön- liche Aus- gaben	Unterh. von unbew. Ver- mögen	Zinsen, Til- gung	Gewäh- rung von Dar- lehen	Zuführg. an Rückl. Grund- erwerb	Neu-, Auf-, Um- bauten	Neuan- schaffg. v. bew. Ver- mögen	Übrige Aus- gaben	Land (Bund)	Gemein- den (Gv.)		von Gemeinden (Gv.)	vom Land (Bund)		Ge- bühren, Ent- gelte, Strafen	Zinsen, Rückfl. v. Dar- lehen		Schul- den- aufn. aus Kredit- markt.	Entn. aus Rückl., Vormög.- Erlöse	Übrige Ein- nahmen	Zu- sammen			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	
Allgemeine Verwaltung	1 018	8	-	-	1	-	11	817	-	53	1 907	5	-	1 901	31	-	1 871	12	0	-	-	36	48	1 823
Öffentl. Sicherheit und Ordnung	8	-	-	-	-	-	-	3	-	-	11	-	-	11	-	-	11	0	-	-	-	0	1	10
Volke- und Hilfsschulen	381	597	158	1	102	1 234	201	2 863	1 531	75	7 143	94	29	7 020	994	396	5 630	6	44	56	189	572	866	4 808
Mittelschulen	4	-	3	-	-	2	0	40	12	21	82	6	-	76	30	-	46	-	-	-	-	1	1	45
Höhere Schulen	-	-	-	-	-	-	-	4	-	5	10	-	-	10	-	-	10	-	-	-	-	-	-	10
Berufsschulen	-	-	-	-	-	-	-	1	-	1	2	0	-	2	-	-	2	-	-	-	-	-	-	2
Nicht aufgeteilt	0	0	-	-	-	-	-	1	-	1	3	-	-	3	-	-	3	-	-	-	-	0	0	3
Schulen	385	597	161	1	102	1 235	201	2 910	1 543	104	7 239	100	29	7 110	1 024	396	5 690	6	44	56	189	574	867	4 866
Kultur	2	9	1	-	15	33	8	110	-	5	183	0	-	183	1	-	182	4	0	-	1	8	14	168
Allgemeine Fürsorge	-	-	-	-	-	-	-	0	-	963	963	71	-	892	-	-	892	-	-	-	-	1	1	891
Kriegsfolgenhilfe	-	-	-	-	-	-	-	3	-	363	366	31	-	335	-	-	335	-	-	-	-	0	0	335
Nicht aufgeteilt	82	7	-	-	-	0	-	33	-	4	126	9	-	117	1	-	116	-	-	-	-	9	9	107
Fürsorge und Jugendhilfe	82	7	-	-	-	0	-	36	-	1 330	1 455	111	-	1 344	1	-	1 343	-	-	-	-	10	10	1 333
Gesundheits- und Jugendpflege	59	7	1	-	-	-	24	117	-	46	253	13	-	239	-	-	239	-	-	-	3	33	36	207
Wohnungsbau und Wohnsiedlung	3	32	50	2	10	738	8	49	-	-	892	0	-	892	-	622	270	2	4	23	11	36	75	122
Straßen, Brücken und sonst. Tiefbau	205	1 505	519	-	423	7 154	4	456	-	64	10 330	789	42	9 500	3 311	866	5 322	124	22	1 063	361	396	1 965	3 545
Nicht aufgeteilt	36	1	-	-	7	6	-	124	-	0	175	-	-	175	121	8	47	1	-	-	-	14	15	46
Beu- und Wohnungswesen	244	1 539	569	2	440	7 897	12	630	-	64	11 397	789	42	10 567	3 432	1 496	5 639	126	26	1 086	371	445	2 054	3 713
Öffentl. Einrichtungen	38	125	3	-	32	481	174	513	-	15	1 381	19	-	1 361	353	-	1 008	10	5	2	49	52	118	894
Wirtschaftsförderung	3	2	1	-	-	178	0	24	-	3	210	2	-	208	171	-	37	0	-	2	-	5	6	31
Öffentl. Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	41	127	4	-	32	659	174	537	-	18	1 591	22	-	1 569	524	-	1 045	10	5	4	49	56	125	924
Wirtschaftliche Unternehmen 1)	-	-	7	-	-	1 516	-	26	-	-	1 549	-	-	1 549	1 422	16	112	-	-	26	3	6	36	35
Finanz- und Steuerverwaltung	14	1	12	-	0	-	-	24	-	3	53	-	-	53	-	-	53	14	8	-	-	34	56	2
Nicht aufteilbarer Schuldendienst	-	-	18	-	0	-	-	0	-	-	18	-	-	18	-	-	18	-	1	-	-	18	18	0
Allgemeines Kapitalvermögen 1)	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21	-	-	21	-	-	21	-	10	-	4	-	14	7
Allgemeines Grundvermögen 1)	-	-	-	-	127	80	1	1	-	-	208	-	-	208	-	14	194	-	-	30	65	-	95	91
Sondervermögen 1)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1	1
Finanzen und Steuern	14	1	30	-	148	80	1	25	-	3	300	-	-	300	-	14	286	14	18	30	69	52	184	95
Zusammen	1 851	2 294	772	3	738	11 420	431	5 209	1 543	1 622	25 865	1 041	71	24 774	6 434	1 922	16 417	172	94	1 202	685	1 220	3 373	13 175

1) Den Kämmererverwaltungen zugerechnete Ausgaben und Einnahmen.

C. Allgemeine Deckungsmittel (Einzelarten) und Gesamtabschluß der Kleingemeinden im Bundesgebiet
1. Rechnungsjahre 1949 bis 1954 in 1 000 DM

Bezeichnung	1949	1950	1951	1952	1953	1954
	1	2	3	4	5	6
1. Realsteuern						
Grundsteuer A (Land- und forstwirtschaftl. Betriebe)	128 399	133 320	136 668	140 665	147 539	151 919
Grundsteuer B (sonst. Grundstücke)	23 044	24 253	25 453	26 210	27 965	29 636
Grundsteuerbeteiligungsbeträge						
Einnahmen	1 966	2 200	1 906	2 359	2 439	2 499
Ausgaben	2 036	2 251	1 884	2 444	2 530	2 581
Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten	100	114	169	155	146	152
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ..	24 586	27 316	44 513	57 127	68 944	78 079
Lohnsummensteuer	788	798	1 043	1 068	814	881
Gewerbesteuerausgleichzuschüsse						
Einnahmen	4 454	5 564	10 296	13 532	14 900	16 019
Ausgaben	381	588	803	1 263	1 376	1 591
Summe 1	180 919	190 726	217 361	237 409	258 841	275 012
2. Verbrauch- und Aufwandsteuern						
Gemeindegetränksteuer	303	284	338	461	499	530
Kinosteuer	360	386	415	439	479	473
Übrige Vergnügungsteuer	1 711	1 330	1 147	1 244	1 289	1 334
Hundesteuer	4 260	4 147	4 253	4 082	3 962	3 885
Übrige	2	6	9	4	4	1
Summe 2	6 636	6 153	6 162	6 231	6 234	6 223
3. Sonstige Gemeindesteuern	138	125	107	141	184	238
Summe 1 bis 3	187 693	197 003	223 631	243 781	265 259	281 473
4. Steuerähnliche Einnahmen						
Verwaltungskostenzuschüsse von der Bundespost, Bundesbahn und ehem. Reichsbetriebe	449	297	496	486	537	873
Übrige steuerähnliche Einnahmen	1 663	3 365	5 188	7 674	10 489	11 165
Summe 4	2 112	3 662	5 684	8 160	11 026	12 038
5. Allgemeine Finanzzuweisungen						
Schlüsselzuweisungen	34 352	40 652	44 121	50 370	58 489	64 080
Bürgersteuerausgleichbeträge	5 175	4 020	3 030	3 216	3 295	2 392
Grundsteuerausgleichzuweisungen und -ausfallentschädigungen	440	321	239	431	376	347
Bedarfszuweisungen aus dem						
Ausgleichsstock (-fonds) (Saldo)	4 021	6 344	7 115	7 257	8 643	9 745
kommunalen Notstock (Saldo)	1 165	603	450	103	70	108
Übrige	362	290	870	189	151	462
Sonstige allgem. Finanzzuweisungen (Saldo)	156	373	99	364	417 ¹⁾	417 ¹⁾
Summe 5	45 671	52 603	55 923	61 929	71 442	77 551
6. Allgemeine Umlagen						
Kreisumlage	76 478	77 902	82 543	92 344	100 668	105 938
Amtsumlage	13 569	14 445	15 687	17 317	19 400	20 334
Sonstige Umlagen	3 421	3 513	2 686	1 414	705	5
Summe 6	93 468	95 860	100 917	111 075	120 773	126 277

1) Einschl. Erstausrüstungen.

C. Allgemeine Deckungsmittel (Einzelarten) und Gesamtab schluß der Kleingemeinden im Bundesgebiet
nach: 1. Rechnungsjahre 1949 bis 1954 in 1 000 DM

Bezeichnung	1949	1950	1951	1952	1953	1954
	1	2	3	4	5	6
Erwerbsvermögen						
7. Überschüsse der wirtschaftlichen						
Unternehmen	56 934	44 089	58 148	74 711	59 840	57 146
Erträge des allgem. Kapitalvermögens...	6 486 ²⁾	6 394 ²⁾	736	391	676	629
" des allgem. Grundvermögens			6 665	7 299	6 573	8 639
Summe 7	63 419	50 483	65 549	82 361	67 088	66 414
Gesamtab schluß						
Zuschußbedarf der ordentlichen Rechnung ..	187 577	200 599	236 177	273 050	294 878	300 959
Allgemeine Finanzzuweisungen (Saldo)	45 671	52 603	55 823	61 929	71 442	77 551
Allgemeine Umlagen (Saldo)	93 468	95 860	100 917	111 075	120 773	126 277
Deckungsbedarf	235 374	243 856	281 171	322 195	344 209	349 685
Allgemeine Deckungsmittel (ohne allgem. Finanzzuweisungen und Umlagen)						
Erwerbsvermögen	63 419	50 483	65 549	82 361	67 088	66 414
Steuern	187 693	197 003	223 531	243 781	265 259	281 473
Steuerähnliche Einnahmen	2 112	3 662	5 684	8 160	11 026	12 038
Zusammen	253 225	251 148	294 865	334 302	343 373	359 925
Erstausrüstung						
Einnahmen	2 705	638	303	55	.	.
Ausgaben	377	327	0	21	.	.
Saldo	2 328	310	303	34	3)	3)
Allgemeine Deckungsmittel zusammen	255 553	251 459	295 168	334 336	343 373	359 925
Unterschied zwischen Deckungsbedarf und allgemeinen Deckungsmitteln						
Mehreinnahmen	20 178	7 603	13 996	12 140	-	10 240
Mehrausgaben	-	-	-	-	836	-
Rücklagen für den Gesamthaushalt						
Entnahmen	679	934	1 595	2 232	2 654	2 977
Zuführungen	7 934	4 980	6 636	5 573	6 968	6 853
Saldo	7 256	4 047	5 041	3 341	4 313	3 876
Abschluß der ordentlichen Rechnung						
Mehreinnahmen	12 923	3 556	8 956	8 799	-	6 364
Mehrausgaben	-	-	-	-	5 149	-
Außerordentliche Rechnung						
Mehreinnahmen	-	-	-	-	-	4 326
Mehrausgaben	-	-	1 144	336	1 988	-
Abschluß der ordentlichen und außer- ordentlichen Rechnung						
Mehreinnahmen	12 923	3 556	7 812	8 464	-	10 689
Mehrausgaben	-	-	-	-	7 137	-

2) Sowie des Sondervermögens, soweit den allgemeinen Deckungsmitteln zugerechnet.- 3) Bei den sonstigen allgemeinen Finanzzuweisungen erfaßt.

C. Allgemeine Deckungsmittel (Einzelarten) und Gesamtab-schluß der Kleingemeinden im Bundesgebiet
2. Rechnungsjahr 1954 nach Ländern in 1 000 DM

Bezeichnung	Nord- rhein- Westfalen	Bayern	Baden- Württem- berg	Nieder- sachsen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Schles- wig- Holstein	Bundes- gebiet
	1	2	3	4	5	6	7	8
1. Realsteuern								
Grundsteuer A (Land- und forstwirt- schaftl. Betriebe)	7 423	44 041	25 273	32 747	13 917	16 385	12 133	151 919
Grundsteuer B (sonst. Grundstücke)	3 131	6 746	5 668	5 305	2 826	3 974	1 991	29 636
Grundsteuerbeteiligungsbeträge								
Einnahmen	-	1 920	220	-	-	359	-	2 499
Ausgaben	-	1 861	313	-	-	407	-	2 581
Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohn- stätten	11	48	16	43	20	11	3	152
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ..	8 219	17 748	15 918	14 718	6 991	11 198	3 295	78 079
Lohnsummensteuer	172	-	-	139	153	417	-	881
Gewerbesteuerausgleichszuschüsse								
Einnahmen	2 022	3 020	3 960	2 413	2 426	1 867	311	16 019
Ausgaben	146	312	250	313	269	275	26	1 591
Summe 1	20 832	71 351	50 492	55 042	26 058	33 529	17 707	275 012
2. Verbrauch- und Aufwandsteuern								
Gemeindegetränksteuer	13	175	76	8	13	209	36	530
Kinosteuer	52	94	36	99	42	130	21	473
Übrige Vergnügungsteuer	185	287	89	237	109	363	63	1 334
Hundesteuer	206	1 030	915	487	408	704	136	3 885
Übrige	-	0	-	0	-	0	0	1
Summe 2	456	1 586	1 116	832	572	1 406	256	6 223
3. Sonstige Gemeindesteuern	-	1	96	-	-	-	141	238
Summe 1 bis 3	21 288	72 938	51 704	55 874	26 630	34 934	18 105	281 473
4. Steuerähnliche Einnahmen								
Verwaltungskostenzuschüsse von der Bundespost, Bundesbahn u. ehem. Reichsbetrieben	246	173	124	94	100	118	18	873
Übrige steuerähnliche Einnahmen	478	5 024	1 985	1 239	818	1 258	363	11 165
Summe 4	724	5 197	2 109	1 334	917	1 377	381	12 038
5. Allgemeine Finanzausweisungen								
Schlüsselzuweisungen	12 911	15 628	14 149	6 993	5 432	6 225	2 742	64 080
Bürgersteuerausgleichsbeträge	-	-	88	2 304	-	-	-	2 392
Grundsteuerausgleichszuweisungen und -ausfallentschädigungen	162	5	-	-	14	166	-	347
Bedarfszuweisungen aus dem Ausgleichsstock (-fonds) (Saldo)	1 937	-	6 818	218	31	636	106	9 745
kommunalen Notstock (Saldo)	12	-	25	-	62	-	8	108
Übrige	-	453	-	8	-	-	-	462
Sonstige allgem. Finanzausweisungen (Saldo)	-	3	13	286	5	91	19	417
Summe 5	15 021	16 090	21 092	9 810	5 545	7 118	2 875	77 551

1) Einschl. Erstausrüstungen.

C. Allgemeine Deckungsmittel (Einzelarten) und Gesamtab-schluß der Kleingemeinden im Bundesgebiet
noch: 2. Rechnungsjahr 1954 nach Ländern in 1 000 DM

Bezeichnung	Nord- rhein- Westfalen	Bayern	Baden- Württem- berg	Nieder- sachsen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Schles- wig- Holstein	Bundes- gebiet
	1	2	3	4	5	6	7	8
6. Allgemeine Umlagen								
Kreisumlage	9 029	36 948	12 673	22 561	8 764	10 653	5 311	105 938
Amtsumlage	9 110	-	-	-	-	8 438	2 786	20 334
Sonstige Umlagen	-	-	-	1	4	-	-	5
Summe 6	18 139	36 948	12 673	22 562	8 768	19 091	8 097	126 277
Erwerbsvermögen								
7. Überschüsse der wirtschaftl. Unternehmen								
Wasserversorgung	- 369	- 203	- 1 865	- 58	- 507	- 1 500	- 41	- 4 543
Land- u. forstwirtschaftl. Unternehmen	2 894	7 423	23 070	119	12 270	14 381	1	60 158
Sonstige wirtschaftl. Unternehmen	143	1 001	54	24	64	375	83	1 530
Summe 7	2 668	8 221	21 259	39	11 827	13 255	122	57 146
8. Erträge des allgemeinen Kapital- und Grundvermögens								
Allgemeines Kapitalvermögen	59	82	338	100	31	2	17	629
Allgemeines Grundvermögen	876	2 706	982	994	1 634	1 090	362	8 639
Summe 8	935	2 788	1 320	1 093	1 661	1 092	379	9 268
Erwerbsvermögen zusammen (7 und 8)	3 603	11 008	22 579	1 132	13 488	14 348	256	66 414
Gesamtab-schluß								
Zuschußbedarf der ordentlichen Rechnung .	22 325	64 490	83 117	42 215	36 493	59 143	13 175	300 959
Allgemeine Finanzzuweisungen (Saldo)	15 021	16 090	21 092	9 811	5 345	7 118	2 875	77 551
Allgemeine Umlagen (Saldo)	18 139	36 948	12 673	22 562	8 768	19 091	8 097	126 277
Deckungsbedarf	25 442	85 348	74 698	54 969	39 716	51 116	18 397	349 685
Allgemeine Deckungsmittel (ohne allgem. Finanzzuweisungen und Umlagen)								
Erwerbsvermögen	3 603	11 008	22 579	1 132	13 488	14 348	256	66 414
Steuern	21 288	72 938	51 704	55 874	26 630	34 934	18 105	281 473
Steuerähnliche Einnahmen	724	5 197	2 109	1 334	917	1 377	381	12 038
Zusammen	25 615	89 143	76 392	58 340	41 035	50 659	18 742	359 925
Unterschied zwischen Deckungsbedarf und allgemeinen Deckungsmitteln								
Mehreinnahmen	173	3 795	1 694	3 371	1 319	-	345	10 240
Mehrausgaben	-	-	-	-	-	457	-	-
Rücklagen für den Gesamthaushalt								
Entnahmen	105	787	255	283	364	1 112	71	2 977
Zuführungen	297	2 310	988	1 041	1 019	950	248	6 853
Saldo	192	1 522	733	758	655	+ 162	178	3 876
Abschluß der ordentlichen Rechnung								
Mehreinnahmen	-	2 272	962	2 613	663	-	168	6 364
Mehrausgaben	20	-	-	-	-	295	-	-
Außerordentliche Rechnung								
Mehreinnahmen	704	929	483	889	378	811	130	4 326
Abschluß der ordentl. und außerordentl. Rechnung								
Mehreinnahmen	684	3 201	1 445	3 502	1 042	516	298	10 689